



Volt

Darmstadt dynamisch und innovativ gestalten

Für eine starke, klimaneutrale, gerechte und internationale Stadt

Koalitionsvertrag

zwischen

Bündnis 90/DIE GRÜNEN Darmstadt,

CDU Darmstadt

und

Volt Darmstadt

für die Legislaturperiode 2021 bis 2026

Inhalt

Präambel – Seite 03

1. Höchste Priorität für das Klima – Seite 09

2. Stadtentwicklung & Mobilität: Klimagerecht. Zukunftsfähig. Smart.

2.1. Ein wachsendes Darmstadt als Stadt der kurzen Wege für alle lebenswert gestalten. – Seite 16

2.2. Unsere Ziele für die Innenstadt – Seite 28

2.3. Sicher, fair, hochwertig: Umweltfreundliche, zukunftsfähige Mobilität in Darmstadt verwirklichen. – Seite 31

3. Umwelt- und Naturschutz: Wald und Natur erhalten. – Seite 44

4. Soziales: Zusammenhalt für Darmstadt – Seite 50

5. Gesundheit: Daseinsvorsorge für die Menschen – Seite 58

6. Gesellschaftspolitik

6.1. Bürgerbeteiligung: frühzeitig, dialogbasiert und konstruktiv – Seite 60

6.2. Vielfalt, Demokratie und Internationales – Seite 62

6.3. Darmstadt ist divers und international – in der Region, in Europa und in der Welt. – Seite 68

6.4. Selbstbestimmung und Gleichberechtigung von Frauen – Seite 72

6.5. Queeres Darmstadt – Seite 75

7. Chancen von Anfang an – Zukunft durch gute Bildung – Seite 79

8. Darmstadt ist Kulturstadt. – Seite 86

9. Sicherheit und Ordnung: Prävention vor Repression – Seite 93

10. Sport und Ehrenamt – Bindeglieder unserer Gesellschaft – Seite 96

11. Solide Finanzen und starke Wirtschaft. Ökologie und Ökonomie zusammenbringen. – Seite 100

12. Darmstadt weiter als Digitalstadt profilieren. – Seite 110

Impressum – Seite 117

Präambel

Als Ergebnis der Kommunalwahl im März 2021 haben wir den Auftrag angenommen, mit unserem Dreierbündnis aus Bündnis 90/DIE GRÜNEN, CDU und Volt den erfolgreichen kommunalpolitischen Aufbruch, der seit 2011 in der Wissenschaftsstadt Darmstadt begonnen wurde, weiterzuentwickeln und uns allen damit verbundenen Aufgaben anzunehmen.

Darmstadts Herausforderungen in den nächsten fünf Jahre sind größer denn je: Es gilt, die Weichen zu stellen für die Zukunftsfähigkeit unserer wachsenden Stadt unter dem Paradigma des Klimaschutzes. Denn dieser ist *die* Herausforderung des 21. Jahrhunderts – und der Kampf gegen die Klimakrise muss in den Städten gewonnen werden.

Wir haben uns das ambitionierte Ziel gesetzt, unsere Stadt überall dort, wo wir Einfluss nehmen können, bis 2035 klimaneutral zu machen. Das gilt für alle Bereiche: für Strom- und Wärmeversorgung, Mobilität, Wohnen und die Entwicklung von Innenstadt, Stadtteilen und neuen Quartieren. Dabei haben wir stets das große Ganze im Blick.

Wir bekennen uns klar zum Prinzip „Innenentwicklung vor Außenentwicklung“ sowie zur doppelten Innenentwicklung. Das heißt, die zur Verfügung stehenden Flächen werden gerecht verteilt, sodass sowohl dem Bedürfnis nach Mobilität und attraktivem, bezahlbarem Wohnen als auch der ökologischen Wertsteigerung durch Flächenentsiegelung und Walderhalt Rechnung getragen wird. Der Masterplan DA 2030+ und das neu aufgestellte Klimaschutzkonzept sind dabei unsere Leitplanken.

In der aktuellen Phase sind viele Bürger*innen durch die wirtschaftlichen und sozialen Umbrüche, die die Corona-Pandemie mit sich bringt, belastet. Nicht nur in Krisenzeiten, aber gerade dann, ist Solidarität der Menschen untereinander zentral. Wir müssen als Stadtgesellschaft zusammenrücken. Nur gemeinsam ist der Weg aus der Krise zu bewerkstelligen und erfolgreich zu meistern. Hier wird eine gestärkte Bürgerbeteiligung, die auf Vertrauen und Transparenz in den Beteiligungsprozessen und politischen Entscheidungen basiert, gemeinsam gestaltete Lösungen unterstützen.

Wir verfolgen deshalb das Ziel einer solidarischen Ökologie, getragen von einem starken Verbund aus Wirtschaft, Wissenschaft und Bürgerschaft. Das heißt, wir verbinden Klimaschutz und Soziales miteinander, bauen Kitas und Schulen aus, stärken Gemein- und Gesundheitswesen, fördern Kunst, Kultur sowie Sport und gestalten die Digitalisierung aktiv mit.

In unserer modernen Gesellschaft machen Herausforderungen nicht an den Grenzen von Nationalstaaten halt: Dementsprechend braucht es überregionale Kooperationen, um gemeinsame Lösungen zu finden. Als wichtige Bestandteile Europas und der Welt spielen Kommunen und Regionen – wie auch Darmstadt – eine Schlüsselrolle für eine nachhaltige internationale Politik. Unsere Stadt kann hier weiter mit gutem Beispiel vorangehen.

In unserem Koalitionsvertrag sind in zwölf kommunalen Handlungsfeldern die zentralen Herausforderungen der Stadtpolitik der nächsten fünf Jahre dargelegt. Die entscheidenden Punkte werden an dieser Stelle noch einmal hervorgehoben:

Klimaschutz, Erhöhung der Biodiversität und Walderhalt

Um Darmstadt bis 2035 klimaneutral zu gestalten, werden verbindliche Reduktionsziele in den verschiedenen Sektoren für 2025 und 2030 festgelegt und zusätzlich zu bereits etablierten Mitteln insgesamt 300 Mio. Euro (5 x 60 Mio. pro Jahr) für nachhaltigen Klimaschutz bereitgestellt.

Wir stärken die bauverein AG als kommunales Wohnungsunternehmen mit einer Aufstockung des Eigenkapitals in Höhe von 100 Mio. Euro zur energetischen Sanierung ihres Wohnungsbestandes.

Als koordinierende Instanz für alle entsprechenden Belange werden wir ein Amt für Klimaschutz und Klimaanpassung in der Stadtverwaltung einrichten.

Um die Artenvielfalt und die Biodiversität in der Stadt zu fördern, wollen wir die bereits begonnene Vernetzung von Biotopen in der Stadt stärker vorantreiben und Grünzüge verbinden. Den nachhaltigen Schutz des Darmstädter Stadtwaldes werden wir gemeinsam mit den Initiativen des „Runden Tisches Wald“ gewährleisten.

Steigerung des Umweltverbundes auf 75 %, Verkehrssicherheit und flächendeckende Parkraumbewirtschaftung

Der Anteil des Umweltverbundes (ÖPNV, Fahrrad, Fußgänger*innen) am gesamten Verkehr in unserer Stadt soll künftig mindestens 75 % betragen. Um dies zu erreichen, werden wir Zwischenziele für die kommenden Jahre festlegen.

Ein eigenständiges Rad-Haupttroutennetz im gesamten Stadtgebiet, bestehend aus eigenen Radverkehrsanlagen, baulich getrennt vom Kfz- und Fußverkehr, wird eingeführt. Ziel ist dabei die Umsetzung von Flächengerechtigkeit zwischen Rad-, Fuß- und motorisiertem Individualverkehr. Der Bereich Heinrichstraße ist im Sinne einer leistungsfähigen und sicheren Ost-West-Verbindung vorrangig umzusetzen.

Aus Gründen des Lärmschutzes, der Verkehrssicherheit und des Verkehrsflusses ist es notwendig, dass die Stadt eigenständig Tempo-30-Zonen ausweisen kann. Da dies aufgrund der derzeitigen Gesetzeslage nicht möglich ist, werden wir gemeinsam ein Modellprojekt auf Bundesebene zur Schaffung von Tempo 30 als Regelgeschwindigkeit anstoßen – und entsprechende Initiativen unterstützen. Gleichzeitig werden auf Hauptverkehrsstraßen Tempo-50- oder Tempo-40-Regelungen beibehalten, wo dies aus Gründen des Verkehrsflusses notwendig und sinnvoll ist, sofern eine ausreichende Sicherheit und der -fluss des Umweltverbundes gewährleistet sind.

In dieser Legislaturperiode soll die Parkraumbewirtschaftung in der Kernstadt flächendeckend umgesetzt werden. In einem Pilotprojekt „Autoarmes Bestandsquartier“ wird zudem veranschaulicht, wie sich die Bewegungsfreiheit aller erhöht, wenn der ruhende und der fahrende Wirtschafts- und Autoverkehr auf das absolut Nötigste reduziert und der gewonnene Straßenraum wiederbelebt und begrünt wird.

Umfassende Teilhabe in unserer Stadt sichern.

Wir werden die soziale Infrastruktur im Sinne einer umfassenden Teilhabegerechtigkeit in der Stadt sichern und weiterentwickeln.

Um den Anforderungen angesichts der Folgen der Corona-Pandemie gerecht zu werden, bedarf es besonderer Maßnahmen zur Stärkung des gesellschaftlichen Zusammenhalts sowie der Teilhabe- und Bildungsgerechtigkeit. Wir legen deshalb einen zusätzlichen Teilhabe-Pandemie-Ausgleichsfonds auf, mit dem die Coronahilfen von Bund und Land kofinanziert werden.

Das Quartiersmanagement und die Schulsozialarbeit werden in den kommenden fünf Jahren verstetigt und weiter ausgebaut.

Die Innenstadt als lebendige Mitte erhalten.

Während der aktuellen Legislaturperiode steht die Innenstadt vor einem epochalen Transformationsprozess, wie zuletzt zurzeit der Industrialisierung und nach dem 2. Weltkrieg. Dies ist eine historische Gestaltungschance für unsere Koalition, die wir aufgreifen und umsetzen werden. Um attraktiv und lebendig zu bleiben, müssen mehr Wohnen, Kultur, Wissenschaft, Sport, kleine und mittelständische Einzelhandels-, Dienstleistungs- und Handwerksunternehmen, Co-Working-Angebote sowie viel Grün Einzug halten. Mit

einem Innenstadtentwicklungskonzept wurden bereits erste Schritte eingeleitet. Diese werden wir gemeinsam mit Einzelhandel, Kulturschaffenden, Stadtplanung, Architekt*innen und der Bürgerschaft zügig umsetzen. Wir tun alles, um der Innenstadt durch eine größere Vielfalt ein neues Gesicht zu geben und sie als Herz unserer Stadt zu bewahren.

Schwerpunkt Westen

Im westlichen Bereich der Kernstadt bietet sich durch Flächenkonversion, gemischte Strukturen und die Aktivierung von Leerständen die Chance, einen neuen städtebaulichen Entwicklungsschwerpunkt zu setzen. Zentral und in besonderer Weise chancenreich ist dabei die Rheinstraße von der Bahn bis zum Anschluss an die Mollerstadt. Diese Achse ist der wichtigste Eingang zur Stadt, und damit die Visitenkarte Darmstadts. Er bietet städtebauliche und grünplanerische Potenziale, die wir im öffentlichen Raum selbst und auf den angrenzenden Grundstücken gemeinsam mit den Eigentümer*innen heben wollen. Auf der Nordseite der Rheinstraße soll zudem die Flächeninanspruchnahme stadökologisch verbessert und das gesamte Quartier durch mehr Nutzungsvielfalt belebt werden.

Wohnraum schaffen, neue Quartiere umweltverträglich, attraktiv und sozial gemischt entwickeln.

Auf Marien- und Messplatz und dem Gelände des ehemaligen Klinikums in Eberstadt sind neue Wohnquartiere geplant. Wir sorgen dafür, dass diese nach dem Vorbild des Ludwigshöviertels und der Lincoln Siedlung gestaltet werden. Das heißt: attraktiv, sozial durchmischt, energetisch nachhaltig, nach klimaneutralen Standards sowie mit einem hohen Anteil an naturnahen Grünflächen.

Die Rahmenplanung für die Starkenburgkaserne und das benachbarte Gelände der Firma Kuhnwald werden wir anstoßen, um die Weichen für die Verfügbarkeit der Flächen in der zweiten Hälfte dieses Jahrzehnts zu stellen. Unser Ziel sind moderne urbane Stadtviertel, mit der Option, die umliegenden Quartiere der Waldkolonie zu verzahnen und einen neuen Versorgungs- und Arbeitsplatzschwerpunkt zu etablieren. Im Pallaswiesen/Morneuegviertel (Pa*Mo) geht der Prozess „Soziale Stadt/Sozialer Zusammenhalt“ weiter: Die Gemeinwesenarbeit wird verstetigt, der Strukturwandel wie im Masterplan DA 2030+ beschrieben vorangetrieben und der öffentliche Raum aufgewertet.

Digitalisierung nicht den anderen überlassen.

Darmstadt gilt als Vorreiterin in der Digitalisierung. Sie wurde in verschiedenen Rankings zur Zukunftstadt gekürt und hat hohe finanzielle Förderungen erhalten. Auch im Hinblick auf die Ausweitung der Nachhaltigkeit in der Umwelt- und Klimapolitik setzen wir auf eine konsequente Digitalisierung. Aktuell sind Projekte in 14 städtischen Bereichen in der Umsetzung.

Die Digitalisierung wird voranschreiten. Wir werden sie nicht international agierenden Großkonzernen überlassen oder zur Steuerung des privaten, freiheitlichen Lebens missbrauchen. Wir wollen sie vielmehr nutzen, um neue Möglichkeiten und Freiheiten zu eröffnen.

Kultur fördern, denn sie ist in unserer Stadt mehr als relevant.

Kultur hält unsere Stadt lebendig! Deshalb ist es unserer Koalition wichtig, dass die kulturelle Vielfalt der Zeit vor Corona zurückkehrt und langfristig erhalten bleibt. Durch Kommunikations-, Netzwerk- und Strukturangebote wollen wir sie weiter unterstützen. Die sogenannten „Freiwilligen Leistungen“ zur Förderung der Kultur in ihrer ganzen Breite werden als „Investitionspflicht“ verstanden und entsprechend fortgeschrieben. Neben der institutionellen „Hochkultur“ mit ihrer überregionalen Strahlkraft ist die sogenannte „Freie Szene“ mit all ihren Gattungen eine tragende Säule des kulturellen Lebens in Darmstadt. Freie Träger und etablierte Kulturinstitutionen, die entsprechende Kulturprojekte anbieten, werden von uns auch zukünftig die notwendige Hilfe bei der Vernetzung und Durchführung von Projekten erhalten. Wir wissen: Die Kultur ist die Seele unserer Stadt.

Welterbe werden.

In diesem Jahr fällt voraussichtlich die Entscheidung der UNESCO, der Mathildenhöhe den Welterbetitel zu verleihen. Damit wird Darmstadt mit einem Schlag auf der Tourismuslandkarte Europas landen. Die Idee der Mathildenhöhe bestand seit jeher nicht allein in einem Weltentwurf für Kunst, Kultur, Architektur und Gartengestaltung. Sie war immer auch ein Beitrag zur Wirtschaftsförderung. Auch wir sind bestrebt, immer wieder Verbindungen zwischen Wissenschaft, Kunst und Wirtschaft zu schaffen. Nach Erteilung des Zuschlags werden wir alle Anstrengungen aufbringen, den Welterbe-Status langfristig zu sichern und unserer Verantwortung sowohl gegenüber der Stadt als auch der Weltöffentlichkeit nachzukommen.

Solide Finanzen dauerhaft sichern.

Bei all unseren Vorhaben ist der Haushalt unser strategischer Gesamtplan. In den vergangenen Jahren ist es gelungen, die städtischen Finanzen zu sanieren und zu stabilisieren. Vor der Corona-Krise konnten nicht nur sechs Jahre in Folge ausgeglichene Haushalte, sondern 2019 und 2020 sogar echte Rücklagen erwirtschaftet werden. Das eröffnete neue Spielräume für unsere ökologisch, ökonomisch und sozial zukunftsweisende Politik.

Die Corona-Krise hat nicht zuletzt auch die Stadt mit ihren unterschiedlichen Strukturen und Funktionen einem harten Stresstest unterzogen. Darmstadt und die Stadtgesellschaft haben sich dem gewachsen gezeigt.

Nach Überwindung der Pandemie wird die Haushaltspolitik vor neuen Herausforderungen stehen, denen wir uns tatkräftig stellen. Es zeichnet sich bereits jetzt ab, dass nicht nur eine Fortführung, sondern eine Neu-Fokussierung der soliden Darmstädter Haushaltspolitik notwendig sein wird. Die Wiederherstellung eines ausgeglichenen Haushalts muss dabei im Vordergrund stehen, um neues ausreichendes Potenzial für die dringend erforderlichen Infrastrukturmaßnahmen zu erschließen.

Eine starke Wirtschaft sichert die soziale und ökologische Stadt.

Die Wirtschaft in unserer Stadt ist stark, weil sie mit einem breiten Branchenmix aufwarten kann. Einbußen in der einen Branche werden in der Regel durch Zugewinne in der anderen Branche ausgeglichen. Über viele Jahre haben wir eine zielgerichtete Standortentwicklungspolitik betrieben, die unsere Stadt für Investor*innen interessant gemacht hat. Zudem setzt unsere Wirtschaftspolitik auf eine starke Stadtwirtschaft. Die kommunalen Unternehmen haben für die Umsetzung unserer Klima- und Wirtschaftspolitik in den Bereichen Energie, Wohnen und Verkehr eine große Bedeutung.

Wir werden der regionalen Wirtschaft und Investor*innen weiterhin ein attraktives Umfeld bieten und dazu die notwendige Infrastruktur unter Berücksichtigung der Kriterien von Ressourcenschonung, Klimaschutz und Biodiversität ausbauen und gestalten.

Um unsere Stadt mit Maß und Verstand weiterzuentwickeln, ist es notwendig, Denk- und in der Folge mögliche Handlungsoptionen offen zu halten. Dabei geht es nicht darum, einseitig für bestimmte Nutzungen zu planen, sondern das Zusammenwirken von Arbeiten, Wohnen, ökologischer Mobilität und Versorgung kombiniert mit Fragen der Grün- und Naturraumentwicklung für den einzelnen Stadtteil genauso wie für die Gesamtstadt vernetzt im Blick zu haben.

Darmstadt ist divers und international – in der Region, in Europa und in der Welt

Städtische, regionale, nationale, europäische und internationale Politik, Kultur und Wirtschaft stehen in Darmstadt in enger Verbindung miteinander. Die Wissenschaftsstadt Darmstadt selbst, Bürger*innen, Vereine, Institutionen und auch die Unternehmen sind in Europa und in der Welt exzellent vernetzt. Für viele Menschen aus Europa und nahezu allen Regionen der Welt ist Darmstadt zu einer neuen Heimat geworden.

Mehr Sichtbarkeit und mehr Aktivität für Europa in Darmstadts Städtepartnerschaften haben seit dem 2.

Weltkrieg die Völkerverständigung gefördert und den Europäer*innen ein gemeinsames Bewusstsein für eine europäische Identität nähergebracht und in Darmstadt etabliert.

Wir werden europapolitische Themen stärker in die Öffentlichkeit bringen und noch mehr für Europa werben. Hierbei wird die kritische Auseinandersetzung mit der europäischen Migrations- und Minderheitenpolitik weiterhin Gegenstand sein.

Wir sehen die Zukunft der weltoffenen Wissenschaftsstadt Darmstadts nur in einem vereinten Europa.

Wir, GRÜNE, CDU und Volt, werden die neue Legislaturperiode zum Wohle unserer Stadt und im Sinne ihrer Bürger*innen transparent und mit innovativer Kraft gestalten. Dabei gilt es, weiterhin gute komplexe Kompromisse für alle Bürger*innen zu finden und umzusetzen.

Alle drei Partner*innen werden gemeinsam und unabhängig von der jeweiligen Magistrats- und Ressortzuständigkeit mit dem direkt gewählten Oberbürgermeister und den hauptamtlichen Dezernent*innen für eine professionelle, effektive und effiziente Verwaltung zum Wohl der Bürger*innen eintreten.

Wir haben den festen Willen zu einer verlässlichen und verantwortlichen Kooperation und werden für die gesamte Politik der Koalition gemeinsam Verantwortung übernehmen. In der Stadtverordnetenversammlung werden die Koalitionsfraktionen geschlossen abstimmen.

Zudem verfolgen wir gemeinsam das Ziel, wichtige Vorhaben und Aufgaben mit einer breiten Mehrheit in der Stadtverordnetenversammlung zu beschließen. Deshalb ist der vorliegende Koalitionsvertrag auch eine Einladung zur Mitarbeit an alle demokratischen Parteien und Wählervereinigungen in der Stadtverordnetenversammlung.

Wir sind zuversichtlich, dass bei dem Vielen, was uns eint, und dem gegenseitigen Verständnis für das, was uns trennt, immer einvernehmlich Lösungen gefunden werden, für ein zukunftsfähiges, wirtschaftlich starkes, sozial gerechtes, ökologisch verantwortliches und internationales Darmstadt.

Darmstadt, 15. Juli 2021

Jochen Partsch
Oberbürgermeister

Hildegard Förster-Heldmann
Parteisprecherin u. Fraktionsvorsitzende
Bündnis 90/DIE GRÜNEN

Paul Georg Wandrey
Kreisvorsitzender
CDU

Jana Wilke
City Lead
Volt

Dr. Jürgen Deicke
Parteisprecher
Bündnis 90/DIE GRÜNEN

Caroline Groß
Stellv. Kreisvorsitzende
CDU

Robert Bruns
City Lead
Volt

Andreas Ewald
Fraktionsvorsitzender
Bündnis 90/DIE GRÜNEN

Roland Desch
Fraktionsvorsitzender
CDU

Nicolas Kämmerer
Fraktionsvorsitzender
Volt

Dr. Annette Brunert
Stellv. Fraktionsvorsitzende
CDU

Carla Filler
Stellv. Fraktionsvorsitzende
Volt

1. Höchste Priorität für das Klima

Wir wollen Darmstadt als Vorreiterin der klimagerechten Stadt entwickeln. Dabei setzen wir auf eine sozial-ökologische Transformation, die Stadtgesellschaft, Wirtschaft, Industrie, Stadtwirtschaft, Sozialverbände, Klima- und Umweltbewegung, Forschung und Hochschulen, Politik sowie Verwaltung einbezieht.

Mit dem Beschluss „Höchste Priorität für Klimaschutz – Weltklima in Not – Darmstadt handelt“ wurde im Herbst 2019 die Basis gelegt für das ambitionierteste Klimaschutzkonzept und Maßnahmenprogramm, die in Darmstadt je aufgelegt wurden.

Unser übergreifendes Ziel ist es, Darmstadt bis ins Jahr 2035 klimaneutral zu machen. Klimaneutral bedeutet gemäß dem Pariser Klimaschutzabkommen (Art. 4), nicht mehr Treibhausgase auszustoßen, als die Natur wieder aufnehmen kann. Das heißt, dass die Treibhausgas-Emissionen in allen Bereichen vollständig oder fast vollständig vermieden und die Restemissionen durch negative Emissionen ausgeglichen werden (Netto-Null-Emissionen). Eine Kommune gilt dann als klimaneutral, wenn ihre Bewohner*innen nur noch ein sogenanntes „klimaverträgliches Maß“ an Treibhausgasen verursachen.

- Wir nehmen das Ziel, Darmstadt bis 2035 klimaneutral zu machen, in alle in unserer Verantwortung und Einflussnahme stehenden Politikfelder auf und werden in allen dafür relevanten Handlungsfeldern entsprechende politische Vorgaben machen.
- Wir wollen den Großteil der Emissionsreduktion bereits vor 2030 erreichen, denn wir gehen davon aus, dass aufgrund technischer Beschränkungen insbesondere die letzten Schritte auf dem Weg zu Netto-Null-Emissionen am schwierigsten sein werden.
- Wir streben an, schon in der kommenden Legislaturperiode in die Nähe des Reduktionspfades zu kommen, der für die Begrenzung der Klimaerwärmung auf maximal 1,5 °C erforderlich ist. Für das Jahr 2025 entspricht das einem Richtwert von 60 % weniger CO₂-Emissionen im Vergleich zum Jahr 1990.
- Nicht alle Emissionen können politisch direkt beeinflusst werden. Es bedarf ebenfalls des Engagements der Stadtgesellschaft und der Unternehmen. Dieses wollen wir mobilisieren und fördern.

Grundsätzlich gilt für uns: Reduktion vor Kompensation. Das heißt, auf Ausgleichsmaßnahmen werden wir nur in den Bereichen und Fällen mit städtischen Einfluss- und Handlungsoptionen zurückgreifen, wo eine Emissionsvermeidung zum jeweils gegenwärtigen Zeitpunkt aus beispielsweise technischen Gründen nicht möglich ist.

- Bei notwendigen Kompensationsmaßnahmen werden wir nachhaltige Lösungen in Darmstadt und Umgebung priorisieren. Ein entsprechendes Konzept wird erstellt.

Im Jahr 2020 wurden bereits zahlreiche klimarelevante Magistratsvorlagen beschlossen. Dazu gehören ein umfassendes Sofortprogramm, der Klimavorbehalt, eine Informations- und Beteiligungsplattform, die Neuaufstellung des Klimaschutzkonzeptes sowie weitere Maßnahmen resultierend aus der Initiative KlimaEntscheid Darmstadt.

Diese sind die Grundlage, auf der unser Handeln in der aktuellen Legislaturperiode fest verankert ist. Sofern notwendig, werden wir sie in weitere Beschlussvorlagen zur Erreichung der Klimaneutralität bis 2035 übersetzen.

- Wir werden bereits bestehende sowie zukünftig notwendige Beschlüsse zur Erreichung der Klimaziele konsequent umsetzen und die hierfür notwendigen personellen und finanziellen Ressourcen bereitstellen, um die ökologische Transformation der Wissenschaftsstadt Darmstadt voranzutreiben.
- Den Klimavorbehalt werden wir entschlossen umsetzen. Maßnahmen zum Klimaschutz kommt damit höchste, das heißt nicht aufschiebbare, Priorität zu. Das bedeutet, zukünftige Magistratsvorlagen werden hinsichtlich ihrer Auswirkungen auf das Stadtklima und die CO₂-Bilanz bewertet. Ist eine Maßnahme klimarelevant, so muss die jeweils klimaoptimalste Lösung für Darmstadt identifiziert und umgesetzt werden.
- Auch bereits in Planung befindliche Projekte mit großer Klimawirkung werden wir, wo es möglich ist, mittels des Klimavorbehalts auf Verbesserungen für den Klimaschutz hin prüfen.
- Für die Umsetzung der konkreten Maßnahmen werden wir in der kommenden Legislaturperiode zusätzlich zu bereits etablierten Mitteln insgesamt 300 Mio. Euro (60 Mio. pro Jahr) bereitstellen. Um eine effektive Fördermittelakquise betreiben zu können, werden wir in der Verwaltung die erforderlichen Personalressourcen erhöhen.
- Als koordinierende Instanz für alle entsprechenden Belange werden wir ein Amt für Klimaschutz und Klimaanpassung in der Stadtverwaltung einrichten. Dafür werden zunächst fünf neue Stellen zusätzlich zu den bereits bestehenden Klimaschutzstellen geschaffen. Diese werden so dotiert, dass fachlich kompetentes, versiertes Personal gewonnen werden kann. Darüber hinaus werden auch in anderen Bereichen der Stadtverwaltung weitere Stellen notwendig werden.

Durch Reduktionspfade wird ein klarer Weg und eine faire Lastenverteilung zur Erreichung der Klimaneutralität bis 2035 geschaffen.

- Im Rahmen der Neuaufstellung des Klimaschutzkonzeptes werden in den verschiedenen Sektoren verbindliche Reduktionsziele für 2025 und 2030 festgelegt.
- Dafür werden wir einen Treibhausgas-Haushalt mit festen Zielvorgaben etablieren. Die Erreichung stellen wir durch ein konsequentes Monitoring sicher. Dabei wird der CO₂-Ausstoß der städtischen Verwaltung und Eigenbetriebe jährlich bilanziert. Für die Gesamtstadt werden im Zweijahresrhythmus CO₂-Bilanzen erstellt.
- Wird der Reduktionspfad nicht erreicht, werden wir mit weiteren Maßnahmen nachsteuern.
- Daneben wird der Umsetzungsstand der beschlossenen Maßnahmen mit einem Klimacontrolling jährlich evaluiert. Die Daten werden auf einer digitalen Plattform verarbeitet und veröffentlicht. Hierfür ist es notwendig, dass das neu einzurichtende Amt für Klimaschutz eine für die anderen relevanten Ämter, Verwaltungsstellen und Eigenbetriebe (Stadtwirtschaft) verbindliche Kommunikations- und Rückmeldestruktur etablieren kann.
- Im Bereich Klimaschutz, Klimaanpassung und Biodiversität ist es von großer Bedeutung, dass Festsetzungen in Bebauungsplänen oder privatrechtliche Vereinbarungen auch von den entsprechenden Bauherrschaften oder Investoren berücksichtigt und vollumfänglich umgesetzt werden. Dafür bedarf es personeller Ressourcen und klarer Zuständigkeiten bei den Ämtern der Stadtplanung beziehungsweise Bauaufsicht.

Die Wärmewende ist unverzichtbar für die Erreichung der Pariser Klimaziele.

- Wir werden die Entwicklung eines strategischen kommunalen Dekarbonisierungs- und Wärmeplans unter Einbeziehung von Industrie und Stadtwirtschaft vorantreiben. Dafür werden Wärmebedarfe, nutzbare erneuerbare Wärmequellen, Wärmesenken und Abwärmepotenziale ermittelt. Die möglichen Wärmequellen werden auf unterschiedlichen Temperaturniveaus, wie z.B. industrielle Abwärme, Abwasser, Geothermie, solarthermische Großanlagen, identifiziert und ein Konzept zur Nutzung dieser Quellen durch Anlieger*innen entwickelt. Dabei sollen möglichst energieeffiziente Technologien und Quartierslösungen sowie quartiersübergreifende Ansätze zur Anwendung kommen. Bei der Umsetzung beziehen wir die Ergebnisse aktueller Forschungsprojekte wie zum Beispiel des DELTA-Projekts mit ein.
- Zudem wollen wir ein Wärmemonitoring für mehr Transparenz in der Wärmeversorgung einführen, sodass Bürger*innen einen Einblick in die Darmstädter Wärmewende erhalten.
- Pilotprojekte zur Wasserstoffherzeugung aus erneuerbaren Energien wollen wir dort anstoßen, wo dies ökologisch sinnvoll und technisch effizient ist. Dabei streben wir Kooperationen mit ortsansässigen Unternehmen an. Das bereits gestartete Pilotprojekt zur Wasserstoffherstellung beim Zweckverband Abfallverwertung Südhessen (ZAS) und den Einsatz von Wasserstoff für Nutzfahrzeuge wollen wir weiterverfolgen. Im Zuge dessen soll auch die Möglichkeit zur CO₂-Abscheidung am Müllheizkraftwerk geprüft werden.

Klimaschutz Hand in Hand mit Bürger*innen und Unternehmen

Klimaschutz muss Hand in Hand mit den Bürger*innen geleistet werden. Dafür setzen wir Förderprogramme, Mitmachmöglichkeiten, Informationsplattformen und Beteiligungsformate auf. Umwelt- und Klimabildung für alle Alters- und Bevölkerungsgruppen in Darmstadt sind relevante flankierende Maßnahmen.

- Wir erstellen ein Online-Klimaschutzportal, auf dem Bürger*innen mit wenigen Klicks Informationen zu allen städtischen und überregionalen Förderprogrammen und Beratungsangeboten im Bereich Klima- und Umweltschutz erhalten. Die Plattform ermöglicht zudem einen Überblick über die augenblicklich seitens der Stadt umgesetzten Maßnahmen und aktuellen CO₂-Bilanzen.
- Zudem kommunizieren wir über das Online-Klimaschutzportal sowie bei öffentlichen Ausstellungen und Kampagnen Best-Practice-Beispiele für den Klimaschutz und Möglichkeiten für die Bürger*innen, selbst aktiv zu werden.
- Ergänzt wird die Öffentlichkeitsarbeit durch ein umfassendes Beratungsangebot: Die erfolgreichen Programme „Stromspar-Check“ und „Modernisierungskonvoi“ werden wir ausbauen und weitere Beratungsangebote zu energetischen Sanierungen, Heizungstausch, Energiesparen und erneuerbaren Energien etablieren.
- Mit dem Projekt „Green Deal Darmstadt“ werden wir die Wirtschaft zu einem Ideenwettbewerb aufrufen, Best-Practice-Beispiele vorstellen und mit einem Preis würdigen. Für kleine Unternehmen werden wir eine Förderberatung anbieten und ein Förderbudget auflegen, um Klimaschutzmaßnahmen zu forcieren. Förderrichtlinien dafür werden wir erarbeiten.
- Darüber hinaus streben wir die Schaffung privater lokaler Investitionsmöglichkeiten für Bürger*innen in Klimaschutz- und Energiewende-Projekte in Darmstadt an, etwa in Form eines Klimaschutzfonds.
- Wir wollen in Zusammenarbeit mit städtischen Forschungseinrichtungen und der Stadtwirtschaft die Idee einer Nachhaltigkeitsmesse „Green Expo Darmstadt“ prüfen.

Auch im Bildungsbereich wollen wir das Angebot an klimabezogenen Themen stärken. Einen besonderen Beitrag leistet dabei das Modellprojekt „Zentrum für erneuerbare Energien“ an der Heinrich-Emanuel-Merck-Schule (HEMS) im Berufsschulzentrum Nord. Dort werden künftige Generationen von Schüler*innen, Studierenden und Auszubildenden auf dem neuesten Stand der Technik für eine nachhaltige, klimaverträgliche und energieeffiziente Gestaltung unserer Wirtschaft und Gesellschaft ausgebildet. Themen wie Solarenergie, Windenergie, Energiespeicher, Smarthome und Elektromobilität werden weithin sichtbar und für die Lernenden erlebbar in das Gebäude integriert. Die Energiewende ist somit vor Ort erfahrbar und ein integraler Bestandteil der Ausbildung zukünftiger Berufstätiger.

Klimaschutz im Quartiers- und Gebäudebereich

Unser Ziel ist es, Quartierskonzepte sektorenübergreifend und energieoptimiert zu entwickeln.

- Mit dem Modellvorhaben „Klimaneutrale Quartierentwicklung“ werden Klimamaßnahmen in den Bereichen Neubau- und Sanierung, erneuerbare Energieversorgung und Mobilität innerhalb eines Quartiers kompakt geplant und umgesetzt. Dies geschieht in Begleitung von Bürgerbeteiligung.
- In neuen Quartieren wird die Vision der Netto-Energieerzeugung angestrebt, das heißt, die Potenziale für die Erzeugung erneuerbarer Energien, etwa mittels Dach- und Fassadensolaranlagen werden umfänglich genutzt, auch durch die optimale Ausrichtung und Kubatur der Gebäude. Bei den Fassaden wird auf eine hohe Dämmqualität geachtet, um energieeffiziente und klimafreundliche Technologien zur Wärmeversorgung wie Wärmepumpen in Verbindung mit erneuerbaren Wärmequellen und Abwärmequellen nutzen zu können. Um die Schwankungen in der Versorgung mit erneuerbaren Energien auszugleichen und den Eigenverbrauch sowie die Energieflexibilität zu erhöhen, setzen wir auf den Einsatz innovativer Speicherlösungen und digitaler Technologien wie Smart Meter und Smart Grid. Bei der Quartierentwicklung werden Fördermittel gezielt genutzt und Forschungsergebnisse aus der wissenschaftlich begleiteten Entwicklung anderer Quartiere verwertet.

Die Teilnahme am „Wattbewerb Faktor 2“ werden wir nutzen, um den Ausbau von Fotovoltaik-Anlagen weiter voranzutreiben.

- Dafür werden wir ein umfassendes Solardachprogramm auflegen. Förderprogramme für Aufdachanlagen und Balkonmodule sollen Privatpersonen motivieren, sich an der Energiewende zu beteiligen.
- Zudem setzen wir uns, wo immer rechtlich möglich, für eine Solarpflicht ein. Dazu verankern wir eine Solaranlagen-Installationspflicht in Bebauungsplänen. Bei vorhabenbezogenen Bebauungsplänen sowie bei städtischen Grundstücksverkäufen und städtebaulichen Verträgen verpflichten wir die Bauherrschaft privatrechtlich zur Nutzung dieser regenerativen Energiequelle.
- Mieterstrommodelle werden wir unterstützen.

Die Stadt als Vorbild

Wir entwickeln die städtische Infrastruktur und städtischen Gesellschaften zum Vorbild für urbanen Klimaschutz.

- Städtische Gebäude werden wir als grüne Plus-Energie-Häuser bauen und damit neben der Vorgabe eines KfW40- oder Passivhausstandards auch Solaranlagen, Dach- und Fassadenbegrünung obligatorisch einplanen und umsetzen.
- Um beim Bau die sogenannte Graue Energie zu minimieren, sollen, wo es sinnvoll ist, ökologische, recycelte und recyclingfähige Baustoffe bevorzugt werden.
- Das Potenzial zur Erzeugung von Strom und Wärme aus erneuerbaren Energien wird bei bestehenden städtischen Gebäuden, den Gebäuden stadteigener Betriebe und der Stadtwirtschaft bis 2030 vollumfänglich genutzt. Als Zwischenziel wollen wir bis zum Ende der Legislaturperiode mindestens die Hälfte aller geeigneten städtischen Dächer mit Solaranlagen ausstatten. Dabei werden neue Technologien im Solarbereich immer einbezogen.

Der Sanierungsfahrplan für städtische Liegenschaften wird so ausgestaltet, dass die Klimaneutralität in 2035 erreichbar ist.

- Die energetische Sanierungsquote des Eigenbetriebs Immobilienmanagement der Wissenschaftsstadt Darmstadt (IDA) erhöhen wir dazu auf mindestens 6 % pro Jahr. Die Sanierung muss dabei immer auf einen Standard ausgerichtet sein, der dem Anspruch der Klimaneutralität des gesamten Bestands gerecht wird. Die detaillierten Ziele müssen am jeweiligen Objekt und den Rahmenbedingungen definiert werden, ein Zielwert von höchstens 35 kWh/m²a (Heizwärme-Kennwert) streben wir an. Bei Denkmalschutzbelangen sind möglichst klimafreundliche Lösungen zu finden.
- Bereits in Planung befindliche Vorhaben werden überprüft und wo immer möglich entsprechend dieser Standards angepasst.
- Für die Umsetzung dieses ambitionierten Programms, die Einwerbung von Fördermitteln und den Aufbau eines professionellen Energiemanagements werden die notwendigen personellen Ressourcen geschaffen.

Stadtwirtschaft

- Die Nachhaltigkeitsziele der Darmstädter Stadtwirtschaft werden der klaren Zielsetzung des Magistrats und der Stadtverordnetenversammlung angeglichen. Auch hier streben wir Klimaneutralität bis 2035 an.
- Wir ermöglichen mit 100 Mio. Euro der bauverein AG eine Eigenkapitalerhöhung zum Zwecke der energetischen Sanierung des Gebäudebestands. Damit versetzen wir das städtische Wohnungsunternehmen in die Lage, den Wohnungsbestand im Sinne der sozial-ökologischen Transformation energetisch zu sanieren. Die Sanierungsquote soll mit der Eigenkapitalerhöhung deutlich gesteigert werden.
- Bis 2022 soll ein detaillierter Sanierungsfahrplan der bauverein AG ausgearbeitet werden, dem das Ziel eines klimaneutralen und energieeffizienten Gebäudebestands bis 2035 zugrunde liegt. Die Sanierungen müssen dabei immer auf einen Standard ausgerichtet sein, der dem Anspruch der Klimaneutralität des gesamten Bestands gerecht wird. Die Zielsetzungen müssen am jeweiligen Objekt und an den Rahmenbedingungen definiert werden. Ein Wert von 35 kWh/m²a (Heizwärme-Kennwert), sofern voll sanierbar (kein Denkmalschutz usw.), ist gemäß bereits beschlossener Magistratsvorlage in jedem Fall anzustreben. (siehe auch Kapitel Stadtentwicklung)
- Ein Energiemanagement und der Ausbau von Mieterstrommodellen auf allen sanierten Gebäuden der bauverein AG soll für geringere Energiekosten für die Mieter*innen sorgen.

- Auch bei den anderen Unternehmen der Stadtwirtschaft wollen wir den Solarausbau und die energetischen Sanierungen vorantreiben.
- Der städtische Energieversorger Entega sollte bis spätestens 2023 ein Konzept erarbeiten, wie die Fernwärme in Darmstadt vollständig dekarbonisiert werden kann.

Klimaanpassung im Quartier

Die Klimakrise ist kein fernes Zukunftsszenario, sondern findet bereits hier und heute in Darmstadt statt. Wir entwickeln Konzepte und Maßnahmen, um die Stadt an die spürbaren Auswirkungen anzupassen. Durch gezielte Gestaltung der Quartiere wollen wir die zunehmende Erhitzung lindern und die Lebensqualität der Bürger*innen erhalten.

- Es wird ein Klimaanpassungskonzept entwickelt und in alle Bereiche städtischen Handelns implementiert.

Hierzu gehören auch Maßnahmen wie Dach- und Fassadenbegrünung.

- Wir werden ein stadtweites Dach- und Fassadenbegrünungsprogramm auflegen und Förderprogramme einrichten.
- Die Stadt geht als Vorbild voran und begrünt jährlich 300 m² hierfür geeigneter Fassaden städtischer Liegenschaften. Auch Lärmschutzwände, Verkehrsinseln, Straßenlaternen, Brücken und Straßenbahntrassen sollen weiter begrünt werden, sofern die technische Funktionalität dies erlaubt.
- Dach- und Fassadenbegrünungen werden wir in allen Bebauungsplänen und städtebaulichen Verträgen festschreiben – alle rechtlichen Möglichkeiten für Festsetzungen oder vertragliche Vereinbarungen im Bereich des Umwelt- und Klimaschutzes werden wir nutzen.
- Eine Grünsatzung wird erarbeitet und das Gründachkataster fortgesetzt.
- Gleichzeitig werden wir Privatpersonen über Beratungs- und Förderprogramme für freiwillige Maßnahmen Anreize bieten. Wir werden prüfen, wie die Beratung und Förderung zur Fassaden- und Dachbegrünung stadtweit unter Berücksichtigung sozialer Kriterien ausgeweitet werden kann.
- Besonders in der Innenstadt werden wir Anstrengungen gegen das Entstehen von Hitzeinseln unternehmen. Durch weitere Begrünung, schattenspendende Bäume und das Einbringen von Wasserflächen wollen wir der Überhitzung entgegenwirken sowie die Aufenthaltsqualität und letztlich die Attraktivität der Innenstadt stärken.
- Im Rahmen eines Pilotprojekts werden wir während der Sommermonate versuchsweise zwei Straßen in „Cool Streets“ nach Wiener Vorbild umwandeln. Dafür werden sie in geeigneter Weise verkehrsberuhigt und mit temporären Sitzgelegenheiten ausgestattet. Durch Sprühnebel wird die Umgebungstemperatur um bis zu fünf Grad gesenkt. Bei Erfolg sollen die „Cool Streets“ langfristig bestehen bleiben und mit zusätzlichen Bäumen, Wasserelementen und hellerem Straßenbelag ausgestattet werden. Weitere könnten folgen.
- Die Qualität der Klimaanpassungsmaßnahmen wollen wir evaluieren und verbessern. Um die Klimaanpassung auf eine geeignete Datengrundlage zu stellen und zu prüfen, ob und in welchem Umfang die aufgezählten Maßnahmen Wirkung zeigen, möchten wir das städtische Messstellennetz in Verbindung mit der Datenplattform weiter ausbauen.

Divestment

Als Wissenschaftsstadt Darmstadt wollen wir keine Investitionen (Beschaffung, Vergabe, Beteiligungen, Finanzprodukte wie Fonds) in umwelt- oder klimaschädlichen Bereichen vornehmen. Wir werden unsere Rolle im Markt vielmehr nutzen, um klimafreundliche Produkte und Technologien zu fördern. Unter dem Stichwort Divestment wird angestrebt, die Geldanlagen der Stadt zu überprüfen und in naher Zukunft entsprechende Investments, die nicht ökologischen Kriterien unterliegen, hin zu nachhaltigen umzuschichten. (siehe auch Kapitel Wirtschaft und Finanzen)

2. Stadtentwicklung & Mobilität: Klimagerecht. Zukunftsfähig. Smart.

2.1. Ein wachsendes Darmstadt als Stadt der kurzen Wege für alle lebenswert gestalten.

Wir werden Darmstadt weiter innerhalb der Leitplanken des Masterplans DA 2030+ entwickeln. Täten wir dies nicht, würde das Leben in Darmstadt immer teurer und nur noch ein Teil der Bevölkerung könnte es sich leisten, hier zu wohnen. Wir werden deshalb den Masterplan DA 2030+ sowie das neue Klimaschutzkonzept als Maßgabe für Verwaltung und Politik etablieren, konkrete Zielpfade definieren und die Umsetzung sowie die zugrundeliegenden Annahmen regelmäßig evaluieren. Der Prozess findet transparent und unter Beteiligung der unterschiedlichen Akteur*innen der Stadtgesellschaft statt. Wir wollen Darmstadt bis 2035 klimaneutral machen. Wir suchen bei dieser Herausforderung nicht nur den Austausch mit anderen Städten und der Wissenschaft sowie Best-Practice-Beispiele, sondern auch Kooperationen über die Stadtgrenze hinaus. Details sind im Kapitel „Klima“ festgehalten. Mit den Konversionsflächen im Süden und der doppelten Innenentwicklung in den Quartieren liegen in der aktuellen Legislaturperiode viele Umsetzungsaufgaben vor uns. Auf den Flächen der Starkenburgkaserne und in deren Nachbarschaft planen wir die Erweiterung der Waldkolonie. Im Westen der Darmstädter Kernstadt und im Industriegebiet Nordwest starten wir eine neue Rahmenplanung für ungenutzte Potenziale. Und im Darmstädter Norden untersuchen wir, ob dort weitere Entwicklungen möglich sind. Begleitend zum Ziel der Klimaneutralität werden Klimaanpassungsstrategien in die Stadtentwicklung aufgenommen, um die bereits spürbaren Auswirkungen der Klimakrise abzumildern. (siehe auch Kapitel Klima und Kapitel Umwelt)

Unsere Ziele für die Gesamtstadt

Stadtentwicklung zukunftsfähig gestalten

Darmstadt wächst nach wie vor. Der Masterplan DA 2030+ ist das Leitbild für die kommenden neun Jahre und darüber hinaus.

- Wir werden regelmäßig überprüfen, wie sich die dem Masterplan zugrundeliegenden Annahmen entwickeln, und ihn gegebenenfalls fortschreiben.
- Der Masterplan DA 2030+ hat die Form der Siedlungsgrenze Darmstadts für die nächsten Jahre definiert. Außenentwicklung darüber hinaus wird es nicht geben.
- Um den Bedarf an Wohnraum, Gewerbe und Industrie, Kultur und Daseinsvorsorge zu gewährleisten, setzen wir folgende Prioritäten: Umnutzung ungenutzter Flächen innerhalb bebauter Gebiete, doppelte Innenentwicklung und Effizienzerhöhung sowie stellenweise auch Neuentwicklung von Flächen. Alle Aspekte finden dabei parallel an verschiedenen Stellen in Darmstadt statt.
- Eine Neuentwicklung von Flächen kann jedoch nur erfolgen, wenn der ökologische Wert des jeweiligen Gebiets nach der Entwicklung mindestens so hoch ist wie vorher, die Bebauung an sich umweltschonend erfolgt, das anfallende Regenwasser zwingend im jeweiligen Gebiet versickert und Flächen entsiegelt werden. Dadurch wollen wir Lebensraum für Menschen ermöglichen und gleichzeitig unser ökologisches System schützen.

- Um die Innenentwicklung voranzutreiben, initiieren wir das Modellprojekt „Erfassung von Flächenpotenzialen“. Dabei sollen Baulücken, Freiflächen, Aufstockungsmöglichkeiten etc. erfasst werden. Die damit verbundene Bürgerbeteiligung wollen wir dokumentieren und wissenschaftlich begleiten. Es soll – transparent und öffentlich – ersichtlich werden, welche Probleme auftreten, welche Lösungsansätze hilfreich sind, welche öffentlichen Auflagen sich als sinnvoll oder hinderlich erwiesen haben und auch welcher Aufwand für welche Flächen zu leisten ist. Jährliche Zwischenstände sind wünschenswert.

Wir erleben immer mehr Schnittstellenproblematiken zwischen einzelnen Planungsbereichen: soziale Fragen bei der klimaschützenden Wohnungssanierung, Denkmalschutzaspekte bei der Mobilitätswende und viele mehr. Als Schlüsselkompetenz für die Stadtentwicklung muss daher gelten, den Dissens zu moderieren und idealerweise Win-Win-Situationen zu finden. Dies stellt eine Herausforderung dar sowohl im Hinblick auf die Arbeit und Abstimmungsprozesse innerhalb der Verwaltung als auch auf den Dialog mit den Bürger*innen der Stadt.

- Die verschiedenen Formen frühzeitiger Bürgerbeteiligung werden fortgesetzt und moderne Moderations- und Vorgehensarten ausgebaut.

An der Schnittstelle von Stadtentwicklung und Mobilität verfolgen wir die Leitbilder der „Stadt der kurzen Wege“ sowie der „Vision Zero“, das heißt, der Unversehrtheit von Menschen im Straßenverkehr. (siehe auch Kapitel Mobilität)

Bei Verbindungen zur Klimapolitik verfolgen wir das Leitbild einer auf die zunehmende Klimaerwärmung angepassten „Schwammstadt“, die auf die steigenden Temperaturen und zunehmenden Extremwetterlagen vorbereitet ist.

- Eine gute Datenlage ist essenziell für jede politische Entscheidung. Deshalb unterstützen wir ein konsequentes Weiterverfolgen des Strategieplanes zum Ausbau der Digitalstadt Darmstadt und das damit einhergehende dichter werdende Sensoren-Netz zum Sammeln von Logistik-, Mobilitäts- und Klimadaten.

Eine zentrale Aufgabe der Darmstädter Stadtentwicklung ist es, die Wohnraumknappheit zu bekämpfen. Wir wollen insbesondere Familien, auch mit mehreren Kindern, weiterhin geeigneten und finanzierbaren Lebensraum in unserer Stadt bieten.

Fortsetzung der Infrastruktursanierung

Bei Straßen, Gehwegen, Plätzen, Schulen, Brücken, aber auch Kanälen und weiterer Infrastruktur gibt es auch nach zehn Jahren Sanierungsprogramm viel zu tun.

- Wir werden auch weiterhin in die soziale -, verkehrliche -, Versorgungs- und Sicherheitsinfrastruktur investieren und die Sanierung fortführen. Ergänzt wird Letztere um den Schwerpunkt Klimaschutz.

Neubau und Sanierung mit höchster Priorität für den Klimaschutz

Das Plus-Energie-Level wird als Energiestandard für städtische Bauten im Neubau und als Kriterium für städtebauliche Wettbewerbe und städtebauliche Verträge bei allen Grundstücksverkäufen angestrebt.

Klimafreundliche Baumaterialien werden gefördert, Abriss wo immer möglich vermieden. Ein Vorbild dafür ist die aktuelle Sanierung der Christoph-Graupner-Schule.

- Städtische Gebäude werden wir als grüne Plus-Energie-Häuser bauen und damit neben der Vorgabe eines KfW40- oder Passivhausstandards auch Solaranlagen, Dach- und Fassadenbegrünung obligatorisch einplanen und umsetzen. (mehr dazu im Kapitel Klima)
- Zudem setzen wir uns, wo immer rechtlich möglich, für eine Solarpflicht ein. Dazu verankern wir eine Solaranlagen-Installationspflicht in Bebauungsplänen. Bei vorhabenbezogenen Bebauungsplänen sowie bei städtischen Grundstücksverkäufen und städtebaulichen Verträgen verpflichten wir die Bauherrschaft privatrechtlich zur Nutzung dieser regenerativen Energiequelle. (mehr dazu im Kapitel Klima)
- Dach- und Fassadenbegrünungen werden wir in allen Bebauungsplänen und städtebaulichen Verträgen festschreiben – alle rechtlichen Möglichkeiten für Festsetzungen oder vertragliche Vereinbarungen im Bereich des Umwelt- und Klimaschutzes werden wir nutzen. (mehr dazu im Kapitel Klima)
- Unser Ziel ist es, Quartierskonzepte sektorenübergreifend und energieoptimiert zu entwickeln. In neuen Quartieren wird die Vision der Netto-Energieerzeugung angestrebt. (mehr dazu im Kapitel Klima)
- Wir unterstützen aktiv die Verwendung von ökologischen, recycelten und recyclingfähigen Baustoffen beispielsweise über eine entsprechende Planung und Gestaltung der Ausschreibungen.
- Wir werden vermehrt Lifecycle-Betrachtungen für Gebäude veranlassen.

Fläche für Fläche naturnah

Städtische Flächen wie Parkanlagen, Spielplätze, Schulhöfe und Außenanlagen von öffentlichen Gebäuden möchten wir schrittweise und kontinuierlich zu naturnahen Bereichen mit hoher biologischer Vielfalt umgestalten. Zahlreiche Gebiete wurden schon unter besonderen Schutz gestellt. An vielen Stellen gibt es Wildblütenwiesen. Die neue Grünflächenstrategie und die Vergabe von Blühflächen- und Baumpatenschaften sind weitere wichtige Maßnahmen in Richtung Biodiversität. (mehr dazu im Kapitel Umwelt)

- Die Grünflächenstrategie werden wir konsequent umsetzen.
- Insbesondere in der Innenstadt wollen wir eine angemessene Durchgrünung erreichen. Dafür sollen Grundstücken und Gebäuden konsequent begrünt werden.

Denkmalschutz zwischen Bewahrung und Anpassung an heutige Herausforderungen

In einer historisch gewachsenen Stadt wie Darmstadt gibt es immer wieder Orte, an denen zwischen den Belangen des Denkmalschutzes und dem Ausbau der Infrastrukturmaßnahmen zugunsten klimaverträglicher Verkehrsmittel abgewogen werden muss. Im Sinne des EU-Beschlusses zum europäischen Denkmalschutzjahr 2017 möchten wir den Denkmalschutz in Darmstadt sowohl als Pflege als auch als Weiterentwicklung des Stadtbildes verstanden wissen. Ein zeitgemäßes Eingreifen hält die historische Bebauung lebendig und wertet unser kulturelles Erbe auf. Ein solches Verständnis schlägt eine Brücke zwischen Epochen, die Darmstadt geprägt haben, und der zukunftsweisenden Stadt von heute sowie den damit verbundenen Herausforderungen.

Gewerbeansiedlung

Für eine weiterhin hohe Krisenfestigkeit werden wir auch die Industrie- und Gewerbeansiedlung weiterführen. Dabei liegt ein Fokus auf innovativen und ökologischen Unternehmen.

Wir streben keine Ansiedlung von Logistikparks oder ähnlich flächenverbrauchenden Unternehmen an. Die erfolgreiche Start-up-Förderung setzen wir fort. (mehr dazu im Kapitel Wirtschaft und Finanzen)

Unsere Ziele für eine Stadt der kurzen Wege

Die gesamte Stadtentwicklung hat Einfluss auf das Mobilitätsverhalten. In gemischten Quartieren mit einer kleinräumigen Versorgungsstruktur an Dienstleistungen, Geschäften, Freizeiteinrichtungen, Grünanlagen, Kindergärten und Schulen kann viel zu Fuß oder per Rad erledigt werden. Zur Reduzierung des Verkehrs soll deshalb innerhalb der Stadtteile eine Nutzungsmischung bestehen. Jeder vermiedene oder stark verkürzte Weg ist gut für die Aufenthaltsqualität, das Klima und die Reduktion der Verkehrsbelastung.

Nahversorgung vor Ort

Wir unterstützen das in 2016 verabschiedete Nahversorgungskonzept, das nicht nur die Einzelhandelssituation in der Innenstadt und in den Stadtteilen Arheilgen, Eberstadt, Wixhausen und Kranichstein in den Blick nimmt, sondern das gesamte Stadtgebiet kleinräumig betrachtet. Es macht deutlich, dass 22 % der Darmstädter*innen länger als zehn Gehminuten zur nächsten Nahversorgungsmöglichkeit brauchen.

- Diese Quote werden wir senken, indem wir die Stadtteil- und Nahversorgungszentren weiter stärken und die Entwicklung der Innenstadt weiter fördern.
- Wir unterstützen den Bebauungsplanentwurf für einen zweiten Discounter in Arheilgen, der eine fußläufige Nahversorgung im Ortskern sichert und diesen aufwertet. Wir begrüßen die flächensparende Funktionsmischung von Wohnen, Spielen, Einkaufen und Parken.
- Die Pläne für ein neues, baulich integriertes Stadtteilzentrum in Wixhausen unterstützen wir. Für das aktuelle Zentrum werden wir eine Folgenutzung entwickeln.
- Die zwei Einkaufszentren in Kranichstein werden wir erhalten und den Neubau des Zentrums am See vorantreiben. Sie sollen optisch attraktiver gestaltet und durch weitere Geschäfte ergänzt werden. Die Verbindung zwischen den beiden Zentren werden wir aufwerten.

Arbeiten vor Ort

Aus Darmstadt pendeln täglich rund 30.000 Menschen in andere Städte. Die Corona-Krise hat gezeigt, dass viel mehr Tätigkeiten im Homeoffice ausgeführt werden können als gedacht. Homeoffice eignet sich aber nicht für jede*n: Kaum ein Doppelverdienerhaushalt hält zwei Arbeitszimmer bereit; in einer kleinen Singlewohnung sind Arbeits- und Privatleben nur schwer voneinander zu trennen. Durch den Bau größerer Wohnungen mit entsprechend mehr Arbeitszimmern würde der Flächenverbrauch ansteigen.

- Als Alternative zum Homeoffice und zum Pendeln werden wir daher Coworking-Spaces fördern, beispielsweise durch die Prüfung einer möglichen Flächenbereitstellung im Rahmen von Leerstandsmanagement sowie durch Kooperationen mit den bereits aktiven Akteur*innen.

- Wir wollen die Trennung in reine Wohn- oder Arbeitsschwerpunkte auflösen und stattdessen eine Mischung von Wohnen und Arbeiten in den Quartieren fördern, da dadurch Wege vermieden werden können. Ein Schwerpunkt liegt dabei im Westen der Stadt. (siehe dazu auch unten „Schwerpunkt Westen“)

Unsere Ziele für die Quartiere

Lebensqualität für alle in den Quartieren

Um die Zersiedelung und Versiegelung der Landschaft zu vermeiden, gilt für uns der Grundsatz: Innen- vor Außenentwicklung. Dies darf jedoch nicht auf Kosten der Lebensqualität in den Bestandsvierteln gehen. Wir werden diese vielmehr erhalten und weiter verbessern. Das heißt, es werden sowohl Grün- und Naturflächen als auch Wohnraum geschaffen (doppelte Innenentwicklung). Gewachsene Siedlungsstrukturen werden wir erhalten.

- Gemäß des Masterplans DA 2030+ werden wir die Versiegelung weiterer Flächen vermeiden und statt dessen in bestehenden Quartieren die doppelte Innenentwicklung offensiv vorantreiben.
- Wir werden den Darmstadt Qualitätsstandard für Quartiere (DAQS 2030+) aus dem Masterplan umsetzen und anhand von Zahlen bewertbar machen.

Platz für Begegnung, Bewegung und Erlebnisse schaffen

Straßen waren einmal Orte der Begegnung und des nachbarschaftlichen Austauschs. In Folge der „autogerechten Stadt“ wurden sie mehr und mehr vom ruhenden und fahrenden Verkehr belegt. Diese Entwicklung ist mittlerweile rückläufig. Wir werden auch weiterhin Begegnungs- und Bewegungsräume für Menschen aller Altersgruppen in den Quartieren schaffen.

- In den Sommermonaten werden wir Parklets und Sommergärten, temporäre Spielfeste und Märkte auf Straßen genehmigen, da sie den öffentlichen Raum aufwerten.
- Wir legen ein Programm zur Stadtteilentwicklung auf, um den öffentlichen Raum in den Stadtteilzentren aufzuwerten.
- Insbesondere Stadtteil- und Quartiersplätze werden wir ertüchtigen.
- Wir werden für alle Altersgruppen im gesamten Stadtgebiet sukzessive weitere Bewegungsangebote schaffen. Ein besonderer Fokus liegt dabei auch auf Bewegungsmöglichkeiten für ältere Menschen. Dies geschieht in enger Abstimmung mit der Interessenvertretung für Senior*innen, mit Sportvereinen und mit den Freien Trägern der Seniorenarbeit. (siehe auch Kapitel Sport)
- Im Rahmen eines Pilotprojekts werden wir während der Sommermonate versuchsweise zwei Straßen in sogenannte „Cool Streets“ nach Wiener Vorbild umwandeln. (siehe auch Kapitel Klima)

Stadtnatur stärken, grüne (und blaue) Oasen schaffen

Wir stehen für eine verantwortliche Innenentwicklung von Darmstadt, die im Zuge des Ausgleichs zwischen allen urbanen Funktionen und mit Blick auf die Stadt als ganzheitlich vernetzter Organismus Chancen zur Aufwertung von Grün-, Natur-, Freizeit- und Erholungsräumen aufgreift und aktiv nutzt.

Dies gilt im Besonderen dort, wo sich Gestaltungsoptionen für Bereiche mit wichtiger stadtklimatischer

Funktion wie etwa Frischluftschneisen, hoher Biodiversität und/oder einer Schlüsselfunktion für den Aufenthalt der Menschen im Freien eröffnen.

- Deshalb werden wir beim Grundstück des Trainingsbades am Woog – wenn es im Zuge der Fertigstellung des neuen Nordbades aufgegeben werden kann – bewusst auf eine Neubebauung verzichten. Wir werden vielmehr die Möglichkeit nutzen, Freiraum für die gesamte Bürgerschaft zurückzugewinnen und den stadttökologisch in jeder Hinsicht wertvollen Grünzug, der Darmstadt prägt und im Bewusstsein der Darmstädter*innen eine zentrale Rolle spielt, aufzuwerten, zu erweitern und damit zu sichern.
- Wir wollen, wo sinnvoll und möglich, verrohrte Bäche wieder erlebbar machen und ihre Vorteile für die Stadtgestaltung und Klimaanpassung nutzen. Für eine mittelfristige Freilegung verrohrter Bäche halten wir die nötigen Flächen planerisch frei.
- Als einen wichtigen Baustein der Klimaanpassung werden wir die Abkopplung des Meiereibachs vom Kanalnetz und seine Einleitung in den Darmbach umsetzen. Die Renaturierung des Darmbachs am Ostparkweg werden wir prüfen. (siehe auch Kapitel Umwelt)
- Wir werden die barrierearme Fuß- und Radwegeverbindung von der Innenstadt in den Ostwald fortführen. (siehe auch Kapitel Umwelt)
- Bestehende Parks werden saniert und durch die Erhöhung der Biodiversität aufgewertet. Dabei sollen regionales Saatgut und heimische Gehölze/Hecken verwendet werden. Dies gilt insbesondere für die Albert-Schweizer-Anlage und die Parks entlang der Havelstraße.

Besetzt die Stadt!

Wir wollen, dass die Darmstädter*innen ihre Stadt an möglichst vielen Orten und Plätzen „besitzen“ und bespielen können.

- Wir richten ein Budget für Sitzgelegenheiten und Elemente für mehr Aufenthaltsqualität und Outdoor-Spiele ein.
- In den Sommermonaten erhalten Darmstädter Gastronomiebetriebe die Möglichkeit, Parkflächen vor ihrem Betrieb kostenlos als Sondernutzung für Außengastronomie zu nutzen.

Urban Gardening und Initiative Essbares Darmstadt

- Wir werden Projekte und Initiativen wie „Urban Garden Darmstadt“ und „Essbares Darmstadt“ unter einer starken Einbindung der Bürger*innen weiter fördern. Die Erfahrungen zeigen, dass dies neben der Nachhaltigkeit und der Qualität des öffentlichen Raumes auch das gesellschaftliche Klima und die persönliche Identifikation mit der Stadt verbessert.

Pilotprojekt: Autoarmes Bestandsquartier

In einem Pilotprojekt soll gezeigt werden, wie sich die Bewegungsfreiheit aller Menschen erhöht, wenn der ruhende und der fahrende Wirtschafts- und Autoverkehr auf das absolut Nötigste reduziert und der gewonnene Straßenraum wiederbelebt und begrünt wird. (siehe auch Kapitel Mobilität)

Städtebauliche Entwicklungsmaßnahmen fortsetzen

Mit Mitteln aus dem Förderprogramm „Stadtumbau in Hessen“ wird das Gebiet um Kapellplatz und Woog, einschließlich Ostbahnhof, unter den Gesichtspunkten Klimawandel/Klimaschutz, demographischer Wandel und Bevölkerungswachstum weiterentwickelt. Unter breiter Bürgerbeteiligung wurde dafür ein Integriertes Städtebauliches Entwicklungskonzept (ISEK) erstellt. Rund 30 Vertreter*innen aus den Bereichen Bewohner-/Eigentümerschaft, Kultur/Soziales, Vereine/Gruppen, Jugendliche/Senioren/Menschen mit Beeinträchtigung und Gewerbe sind in den zehnjährigen Umbauprozess eingebunden.

- Wir werden den Sanierungsprozess „Stadtumbau Ost“ rund um Kapellplatz und Woog weiter vorantreiben.

2013 wurde ein „Integriertes Quartierskonzept zur energetischen Stadtsanierung Mollerstadt“ beschlossen. Ziel des Konzeptes ist es, die CO₂-Emissionen aus dem Quartier heraus zu reduzieren. Dazu wurde ein Maßnahmenkatalog erarbeitet. Dieser umfasst die Handlungsfelder „Energetische Modernisierung von Gebäuden“, „Förderung privater Begrünungsmaßnahmen“ und „Nachhaltige Mobilität“.

- Das Förderprogramm für das Sanierungsgebiet Mollerstadt werden wir verlängern. Wir werden prüfen, ob eine Ausweitung auf die Fußgängerzone möglich ist.

Das Pallaswiesen-Mornewegviertel (Pa*Mo) wurde 2014 in das Bund-Länder-Programm „Soziale Stadt“ aufgenommen, innerhalb von 12 bis 14 Jahren soll die Lebensqualität hier deutlich erhöht und Gemeinwesenarbeit als Strategie gegen Armut und soziale Ausgrenzung ausgeweitet werden. Das integrierte Handlungskonzept wurde um die Schwerpunkte Kultur und Klimaschutz erweitert. (siehe dazu auch unten „Schwerpunkt Westen“)

Neue Quartiere entwickeln

Im Ludwigshöhviertel entstehen zurzeit rund 1.400 neue Wohnungen, die ersten werden 2024 fertig sein. Das Quartier ist beispielhaft für die Stadtentwicklung in Darmstadt und zeigt klar definierte Mindeststandards für alle weiteren städtischen – und wo immer möglich auch privaten – Wohnungsprojekte auf: Mindestens 45 % der Wohnungen sind für niedrige und mittlere Einkommen vorgesehen. Das ist weit mehr als im stadtweiten Durchschnitt. Die Bauweise erfüllt hohe umweltverträgliche Standards wie die Nutzung regenerativer Energiequellen. Fotovoltaik auf den Dächern, Gründächer und Fassadenbegrünung sind verpflichtend.

Durch eine gute lokale Nahversorgung und ein „Smart Mobility Konzept“, bestehend aus hervorragender ÖPNV-Anbindung, Fahrrad- und Fußverkehrsinfrastruktur sowie sehr guten Bike- und Carsharing-Angeboten wird der Pkw-Verkehr innerhalb des Ludwigshöhviertels auf ein Minimum reduziert. Wertvolle Biotope und Grünflächen auf dem Gelände kommen nicht allein der Erholung der Menschen zugute, sondern fördern Artenvielfalt und Biodiversität.

- Das Ludwigshöhviertel und die Lincoln Siedlung sind beispielgebend für alle weiteren neuen Quartiere in Darmstadt. Sie werden ebenfalls nach ökologischen, klimaneutralen und sozialen Standards sowie nach neuen gesellschaftspolitischen Anforderungen entwickelt. (siehe dazu auch unten „Schwerpunkt Westen“)

Auf dem ehemaligen Klinikgelände in Eberstadt entstehen ca. 400 neue Wohnungen. Dabei wurden zahlreiche Anregungen aus dem Bürgerforum Eberstadt aufgegriffen. Bei der Errichtung muss darauf geachtet werden, dass der Baumbestand und die parkähnliche Struktur erhalten bleiben. Auch hier kommt die Quotenregelung zum Einsatz: 20 % der Wohnungen sind für Menschen mit mittlerem Einkommen vorgesehen. Der 25-prozentige Anteil an geförderten Wohnungen ist an anderer Stelle im Stadtgebiet zu schaffen.

- Wir werden beim Verkauf der Grundstücke auf dem ehemaligen Klinikgelände das Instrument der Konzeptvergabe nutzen, um Einfluss auf die Qualität der Bebauung und insbesondere auf die späteren Wohnungspreise zu nehmen.
- Wir werden prüfen, ob Flächen des ehemaligen Klinikgeländes für die Einrichtung eines Pflegezentrums genutzt werden können.

Nach 30-jähriger Diskussion um die Nutzung des letzten größeren freien Areals in der Darmstädter Innenstadt ist es entschieden: Auf dem Marienplatz wird eine urbane Wohnbebauung entstehen. Damit Einfluss auf die Wohnungspreise und -qualität genommen werden kann, wurde der Realisierungswettbewerb ebenfalls an eine Konzeptvergabe gebunden und sowohl soziale als auch ökologische Standards festgelegt.

- Wir werden die Erstellung des Bebauungsplans für den Marienplatz weiterführen.

Wir befürworten die Vorbereitenden Untersuchungen für Städtebauliche Entwicklungsmaßnahmen in Arheilgen West und Wixhausen Ost und werden diese zügig voranbringen. Umwelt- und naturschutzrechtliche Fragestellungen sind dabei so zu berücksichtigen, dass es gelingt, einen klugen Ausgleich zwischen der unbedingt notwendigen Schaffung von Gewerbeflächen, der Verlängerung der Straßenbahn nach Wixhausen und der Bewahrung der Freiraumqualitäten zu schaffen. (Siehe auch Kapitel Wirtschaft und Finanzen)

Eine Verlegung des HEAG Depots bietet zudem die Möglichkeit am jetzigen Standort ein weiteres Wohnquartier zu etablieren.

Unsere Ziele für das Wohnen in der Stadt

Bezahlbaren und klimafreundlichen Wohnraum schaffen

In den vergangenen 15 Jahren ist die Zahl der Einwohner*innen in Darmstadt um rund 15.000 Personen gestiegen, ohne dass die Stadt sich in der Fläche wesentlich ausgedehnt hat.

- Diesen verantwortungsvollen und effizienten Umgang mit der Ressource Boden werden wir fortführen und dabei weiterhin bezahlbaren und klimafreundlichen Wohnraum schaffen. (mehr zu den Kriterien für klimaneutrales Bauen weiter oben und im Kapitel Klima)

Innerhalb von fünf Jahren wurden 10.000 neue Wohnungen auf den Weg gebracht. Bei der Vergabe von städtischen Grundstücken gilt der Quotenbeschluss für am Wohnungsmarkt benachteiligte Menschen, wonach 25 % als Sozialwohnungen und 20 % für mittlere Einkommen errichtet werden müssen.

Vielfältige Wohnformen geben positive Impulse für das Zusammenleben

Darmstadt gilt als Pionierstadt für neue Wohnformen und wird dafür deutschlandweit beachtet. In den vergangenen Jahrzehnten haben sich Wohnprojekte wie „WohnSinn“ und „WohnArt“ in Kranichstein, „Sandberghof“ in Bessungen, „Agora“ am Ostbahnhof oder „Heinersyndikat“ und „ZusammenHaus“ in der Lincoln Siedlung entwickelt.

- Genossenschaften haben erhebliche Potenziale für attraktives und nachhaltiges Wohnen. Wir werden deshalb auch weiterhin dafür sorgen, dass alternative Wohnprojekte bei der Vergabe von Bauflächen bevorzugt behandelt werden.

Weiterentwicklung des wohnungspolitischen Konzeptes für verschiedene Wohn- und Eigentumsformen

Um den Wohnungsbau – insbesondere für niedrige und mittlere Einkommensgruppen – weiter voranzutreiben und politisch zu steuern, wurden 2019 alle Maßnahmen vom Magistrat in einem „Wohnungspolitischen Konzept“ gebündelt. Jedes geeignete Instrument von der Sozialquote, über die einkommensabhängige Mietendeckelung bis zur sozialgerechten Bodennutzung wurde angeschaut und bewertet, sodass sie seither noch wirkungsvoller zum Einsatz gebracht werden können. Durch Neubau und Ankauf von Belegungsrechten durch die Stadt wird der Anteil an Sozialwohnungen weiter ausgebaut.

- Die 21 Maßnahmen des „Wohnungspolitischen Konzeptes“ zur Förderung bezahlbaren Wohnens setzen wir kontinuierlich und konsequent um. Zudem werden wir das Konzept weiterentwickeln.
- Um neben den geförderten Wohnungen für geringe und mittlere Einkommen weitere Maßnahmen für bezahlbares Wohnen zu erreichen, wollen wir uns mit einem „dritten Förderweg“ auseinandersetzen und mögliche Schritte dazu prüfen.
- Ein besonderer Fokus liegt für uns auch auf der Schaffung von bezahlbaren, ausreichend großen Wohnungen für Familien mit mehreren Kindern, auch hinsichtlich der Schaffung von Wohneigentum.
- Wir werden mit der Landesregierung zusammenarbeiten, damit ausreichend bezahlbarer Wohnraum für Studierende zur Verfügung steht.
- Auch für Auszubildende und Freiwilligendienstleistende ist die angespannte Lage auf dem Darmstädter Wohnungsmarkt ein Problem. Wir setzen uns dafür ein, dass beim Ausbau der Studierendenwohnheime Wohnmöglichkeiten für Auszubildende und Freiwilligendienstleistende mit geschaffen werden.

bauverein bleibt starker Partner für günstigen Wohnraum

Das Engagement der bauverein AG wirkt sich preisdämpfend auf den Darmstädter Wohnungsmarkt aus. Das gilt auch für die Mieten des bauvereins: Die durchschnittliche Miete beträgt 7,43 Euro/m². Im geförderten Bereich liegt sie bei 78 % der Wohnungen bei 6,50 Euro/ m² und weniger. Im Durchschnitt liegen die geförderten Wohnungen in Darmstadt bei 5,75 Euro/m² (Stand 1. Quartal 2021).

Ohne die bauverein AG würde sich die Lage am Wohnungsmarkt, insbesondere für Menschen mit geringen oder mittleren Einkommen, heute wesentlich schwieriger darstellen. Das städtische Tochterunternehmen ist essenziell an der Bereitstellung von Wohnraum in den verschiedenen Kategorien beteiligt.

- Der Weg der sozial-ökologischen Transformation muss auch in der Wohnungswirtschaft unterstützt werden. Die bauverein AG als kommunales Wohnungsunternehmen stärken wir mit einer

Aufstockung des Eigenkapitals in Höhe von 100 Mio. Euro zur Unterstützung der Handlungsfähigkeit und insbesondere der energetischen Sanierung des Wohnungsbestandes.

Mit Konzeptvergaben gute Kriterien vor maximalen Ertrag stellen

Damit auch andere Wohnungsunternehmen bezahlbaren Wohnraum schaffen, wendet die Stadt beim Verkauf von Grundstücken das Instrument der Konzeptvergabe an. Damit kann sie Einfluss auf die Art der Bebauung und die späteren Wohnungspreise nehmen.

- Wir setzen uns dafür ein, dass nicht das höchste Gebot bei der Vergabe von Grundstücken ausschlaggebend ist, sondern dass festgelegte Kriterien wie qualitätsvolles, abwechslungsreiches und klimaneutrales Bauen sowie unsere Sozialquote die Entscheidung maßgebend bestimmen.

Beratung und Unterstützung beim „Downsizing“

Passender Wohnraum kann auch durch Wohnungstausch generiert werden. Nach dem Auszug der Kinder leben ältere Menschen häufig weiter in ihrer großen Wohnung. Doch die Bedürfnisse wandeln sich. Barrierefreiheit oder ein seniorenrechtliches Umfeld gewinnen an Bedeutung. Auf der anderen Seite sind viele junge Familien auf der Suche nach einer größeren Wohnung. Im Zuge der Erstellung des „Wohnungspolitischen Konzeptes“ haben die Stadt und die bauverein AG ein Wohnungstausch/Umzugsprämienprogramm aufgelegt.

- Wir wollen das Angebot beim bauverein ausbauen und durch kostenlose Beratungsangebote auch auf andere Wohnungsgesellschaften ausweiten.

Wir legen einen Schwerpunkt auf die Entwicklung im Westen der Stadt

Der Masterplan DA 2030+ benennt Schlüsselräume der zukünftigen Stadtentwicklung, die wir aufgreifen werden. Insbesondere im westlichen Bereich der Kernstadt bietet sich durch Flächenkonversion, gemischte Strukturen und die Aktivierung von Leerständen die Chance, einen neuen städtebaulichen Entwicklungsschwerpunkt zu setzen.

Starkenburkaserne & Kuhnwald-Gelände

Das 30 Hektar große Gelände der Starkenburkaserne westlich des Hauptbahnhofs, das zurzeit noch von der Heeresinstandsetzungslogistik GmbH (HIL) als Panzerausbesserungswerk genutzt wird, ist für unsere dynamisch wachsende Stadt von hoher Bedeutung. Hier kann abermalig Wohnraum für 5.000 Menschen entstehen, noch dazu perfekt angebunden an den ÖPNV und das überregionale Schienennetz. Durch geschickte Verhandlungen ist es gelungen, dieses Gelände für die Stadt zu sichern.

- Wir werden die Rahmenplanung für die Starkenburkaserne und das benachbarte Gelände der Firma Kuhnwald anstoßen, um die Weichen für die Verfügbarkeit der Flächen in der zweiten Hälfte dieses Jahrzehnts zu stellen. Unser Ziel sind moderne urbane Stadtviertel wie die Lincoln Siedlung und das Ludwigshöhviertel, mit der Option die umliegenden Quartiere der Waldkolonie zu verzahnen und einen neuen Versorgungs- und Arbeitsplatzschwerpunkt zu etablieren.

Zukunftsstadtteil westliche Innenstadt (Mornewegviertel / „Nördlich der Rheinstraße“ / Hauptbahnhof / Mainzer Straße / Bismarckstraße / Steubenplatz / Rheinstraße)

Zentral und in besonderer Weise chancenreich ist dabei die Rheinstraße von der Bahn bis zum Anschluss an die Mollerstadt. Diese Achse ist der wichtigste Eingang zur Stadt, und damit die Visitenkarte Darmstadts. Er bietet städtebauliche und grünplanerische Potenziale, die wir im öffentlichen Raum selbst und auf den angrenzenden Grundstücken gemeinsam mit den Eigentümer*innen heben wollen. Hierzu zählt auch eine gerechtere und bessere Verteilung der Verkehrsflächen.

- Insbesondere Fußgänger*innen und Radfahrer*innen können die Rheinstraße aktuell weder optimal nutzen, noch ihre möglichen stadträumlichen Qualitäten erleben. Dies werden wir durch eine Neugestaltung der Fuß- und Radwege ändern.
- Die Rheinstraße soll als Boulevard des Wissens und der Kultur entwickelt werden und damit die Wirkung für die Stadt entfalten, die ihr an sich seit jeher zugedacht war. Dazu werden wir einen Rahmenplan auf den Weg bringen, der den gesamten Bereich langfristig in den Blick nimmt und einen besonderen Schwerpunkt auf den Norden der Stadtachse sowie das benachbarte Mornewegviertel legt. (siehe auch Kapitel Kultur)
- Gerade die Nordseite der Rheinstraße (von der Goebelstraße bis zur Kunsthalle) bietet Optionen, um einem großstädtischen Maßstab entsprechende städtebauliche Dominanten zu setzen, zu einer städtökologisch verbesserten Flächeninanspruchnahme zu kommen und das gesamte Quartier durch mehr Nutzungsvielfalt zu beleben – ja es regelrecht „in die Stadt zu holen“. Die Regeln der doppelten Innenentwicklung sind dabei selbstverständliche Handlungsmaxime ebenso wie wir klar benennen, dass mehr Vielfalt auch bedeutet, dass der produzierende Kern des Darmstädter Wirtschaftslebens im Mornewegviertel weiter einen seiner Ankerpunkte behalten kann. Neben einer Stärkung der Wohnfunktion unmittelbar am Boulevard werden wir auch an der Sicherung oder Weiterentwicklung von Flächen für das Arbeiten in der Stadt mitwirken.

Städtebauförderprogramm „Sozialer Zusammenhalt“ im Pa*Mo

Die Erfahrungen aus dem Städtebauförderprogramm „Soziale Stadt“ haben gezeigt, dass die Beteiligung der Bevölkerung der Schlüssel zum Erfolg für die Entwicklung der Quartiere ist. Gemeinwesenarbeit setzt auf emanzipatorische, stärkende Sozialarbeit in den Quartieren und damit auf Selbstbestimmung und Politisierung insbesondere von benachteiligten Bevölkerungsgruppen.

Das Pallaswiesen-/Mornewegviertel (Pa*Mo) wurde 2014 in das Soziale-Stadt-Programm (heute „Sozialer Zusammenhalt“) aufgenommen. Das integrierte Handlungskonzept wurde hier um die Schwerpunkte Kultur und Klimaschutz erweitert. Erste Unternehmen der Kreativwirtschaft sowie freie Kulturschaffende sind dort bereits eingezogen. Durch den Bau des Kunstdepots erhält das Quartier zusätzliche Impulse. (siehe auch Kapitel Kultur)

Der Mix aus Wirtschaft und Kultur ist eine Bereicherung für das Stadtviertel, das bisher im Wesentlichen von Industrie und Verkehr geprägt wird. Ein Verkehrs- und Mobilitätskonzept wurde 2020 bereits angestoßen.

- Wir werden die Gemeinwesenarbeit im Pallaswiesen/Mornewegviertel (Pa*Mo) verstetigen, den Strukturwandel wie im Masterplan DA 2030+ beschrieben weiter vorantreiben und den öffentlichen Raum aufwerten.

Sicherheitsinfrastruktur für eine wachsende Stadt

Die Darmstädter Berufsfeuerwehr ist mit den Anforderungen einer wachsenden Stadt und den immer häufiger vorkommenden Starkwetterereignisse in Folge des Klimawandels konfrontiert. Wir werden die Voraussetzungen dafür schaffen, dass das bisherige Schutzniveau der Darmstädter Bevölkerung erhalten bleibt. Nach Jahren des Stillstands sind die Planung und der Bau neuer Feuerwehrrhäuser in vollem Gange. Das Gebäude der Darmstädter Berufsfeuerwehr in der Bismarckstraße ist marode und wird den Anforderungen an einen modernen Brandschutz nicht mehr gerecht. In einem transparenten Verfahren wurde eine Lösung erarbeitet, die dem Wachstum der Stadt Rechnung trägt: Damit die Berufsfeuerwehr auch künftig schnell am Einsatzort ist, wird es zwei neue Wachen geben, eine im Norden und eine im Süden. In der Pfnorstraße wurde bereits ein passendes Grundstück für den nördlichen Stützpunkt gefunden.

- Die Wache Nord werden wir planen und umsetzen.
- Der Standort im Süden befindet sich noch in der Prüfung, dabei muss zwischen Naturschutz, der Schaffung von Wohnraum und dringend notwendigen Infrastrukturmaßnahmen abgewogen werden. Unsere Präferenz gilt dem Real-Gelände oder einem Grundstück in der näheren Umgebung.

2.2. Unsere Ziele für die Innenstadt

Während der aktuellen Legislaturperiode steht die Innenstadt vor einem epochalen Transformationsprozess, wie zuletzt zur Zeit der Industrialisierung und nach dem 2. Weltkrieg. Dies ist eine historische Gestaltungschance für unsere Koalition. Es ist zugleich auch eine Verpflichtung für die nachfolgende Generation. Denn die Impulse, die nun zu setzen sind, werden langfristig wirksam sein.

Ausgangssituation

Die Darmstädter Innenstadt hat seit den 1970er-Jahren keine wesentliche Ausweitung der Verkaufsfläche erfahren. Mit deren rund 120.000 m² und einer kompakten Fußgängerzone mit nur 250 m Radius ist sie relativ robust durch die 2010er-Jahre gekommen, die bereits als Jahrzehnt der Krise des stationären (insbesondere Textil-)Einzelhandels gelten müssen. Vor der Pandemie lag die Leerstandsquote deutlich unter 5 %. Festzustellen ist an vielen Stellen aber ein Rückzug des Einzelhandels aus den oberen Geschossen.

Parallel dazu haben sich in den vergangenen Jahren an der Nordost- und Südost-Ecke neue Gastronomiepole herausgebildet. Es gab erste neue Wohnungsbauprojekte. Zudem ist die Kultur „traditionell“ recht stark vertreten mit dem Staatstheater am Cityrand und der städtischen Centralstation im Citykern. Auch grenzen der TU-Innenstadt-Campus mit dem Schloss und das Kongresszentrum darmstadtium unmittelbar an die Einkaufscity. Die Stadtverwaltung und das Regierungspräsidium haben die Innenstadt niemals verlassen. Die Stadt baut ihre Präsenz mit einem Bürgerservicezentrum im Luisencenter sogar aus.

Während der Pandemie haben sich die Leerstände erwartungsgemäß vermehrt. Nach wie vor ist die Situation aber noch an vielen Stellen unwägbare, da durchaus auch Neuvermietungen stattfinden und sich je nach Länge der Einschränkungen sowie der Möglichkeit von staatlichen Hilfszahlungen das tatsächliche Ausmaß einer für Gesamt-Deutschland prognostizierten Insolvenzwelle im Einzelhandel und in der Gastronomie noch erweisen wird. Paradox (zumindest vermeintlich) ist dabei, dass zwar das Mietniveau für Einzelhandelsflächen sinkt, jedoch durch die Menge an frei verfügbarem Kapital und niedrigen Zinsen die (hohen) Immobilienpreise in den Innenstädten bisher stabil bleiben.

Auffällig war die Belebung der Innenstadt während der Lockerungsphasen innerhalb der Pandemie. Offensichtlich haben die Menschen den Wunsch, sich an „echten“ Orten zu treffen, zu bummeln, einzukaufen, zu trinken und zu essen.

Befunde

Die Ausgangssituation ist günstig, um in der Innenstadt eine „neue“ Nutzungsmischung zu erreichen. Es besteht keine Überdimensionierung und die Stadt befindet sich bereits mitten in der Umsetzung eines städtebaulichen Aufwertungsprogramms (Marktplatz, Friedensplatz, Ernst-Ludwigs-Platz).

Der traditionelle „Battle of the Giants“ – Innenstädte vs. Shopping-Center auf der grünen Wiese – ist nur noch ein Randphänomen. In erster Linie geht es darum, dem Online-Handel etwas entgegenzusetzen. Mit seinen „eigenen Waffen“ schlagen wird man ihn – trotz der Notwendigkeit auf hybride Konzepte zu setzen – nicht gänzlich. Vielmehr müssen die Alleinstellungsmerkmale der Innenstadt nicht nur herausgearbeitet werden – sie müssen neu erfunden werden.

Die Corona-Krise ist dabei vor allem ein Katalysator für Prozesse im Einzelhandel, denen man sich mehrheitlich ohnedies zu stellen gehabt hätte – wenn auch in zeitlich deutlich gestreckter und womöglich weniger schmerzhafter Form. Dies sollte nicht außer Acht gelassen werden.

Die Hochfilialisierungsphase (und zugleich Anonymisierungsphase) in den 1990er- und 2000er-Jahren ist maßgeblich dafür verantwortlich, dass der inhabergeführte Einzelhandel durch horrenden Mieten aus den Innenstädten gedrängt wurde. Ein Absinken des Mietniveaus kann den positiven Effekt haben, wieder mehr Innovation (auch Risikofreude), Individualität und lokales Flair („mehr Schulstraße“) in die Innenstadt zu bringen.

Wie kann es also gelingen, eine gute Zukunft der Innenstadt zu gestalten und zu begleiten?

Unsere Thesen zur Innenstadtentwicklung

- Unsere Innenstadt benötigt eine Idee – eine Vision ihrer Zukunft. Dazu ist ein städtebauliches Innenstadt-Entwicklungskonzept notwendig, das ganzheitlich denkt – von funktionalen und stadtgestalterischen Fragen bis zu grünplanerischen Aspekten und Modellen zum Umgang mit der städtischen Wärmeinsel. Die Aufstellung eines solchen Konzepts wurde schon auf den Weg gebracht. Es wird im Verlaufe des Jahres 2021 erarbeitet. Es setzt die mittel- und langfristigen Leitplanken für die Innenstadtentwicklung.
- Mit dem Verein Darmstadt Citymarketing, integriert in die Strukturen der Darmstadt Marketing GmbH, hat Darmstadt eine deutschlandweit beachtete gemeinsame Plattform von Politik und Geschäftstreibenden. Dieses Instrument ist ideal geeignet, um kurzfristig eine Marketingoffensive für die Innenstadt zu initiieren und umzusetzen. Wir bekennen uns zu dieser Struktur und stellen Mittel für eine Marketingoffensive für die Innenstadt zur Verfügung – ebenso wie es für das touristische Stadtmarketing geplant ist.
- Wir unterstützen und erleichtern temporäre Nutzungen von leerstehenden Ladengeschäften durch die Kultur- und Kreativwirtschaft. Sie können Keimzellen für Neues in der Innenstadt sein. Das Gleiche gilt für innovative Kulturveranstaltungen und kreative Events im öffentlichen Raum. Wo dies möglich ist, wollen wir es unterstützen. (siehe auch Kapitel Kultur)
- Die Funktionsvielfalt muss erhöht werden – ohne den Handel als Leitfunktion zu verneinen, denn er zieht viele Menschen in die Innenstadt. Dazu zählen die Kultur, nicht-kommerzielle Angebote, die Gastronomie, das Wohnen vor allem in den Obergeschossen, die Bildung und last but not least die Verwaltung. Wir haben als Koalition auch eine Verantwortung für unsere Innenstadt als Nutzerin. Bürgerservices sind ebenfalls eine Hauptfunktion.
- Um dies umzusetzen, ist ein strategisches kommunales Immobilienmanagement notwendig. Sollten Leitimmobilien durch den Strukturwandel zum Verkauf stehen, so prüfen wir eine Übernahme durch die Stadt, sofern finanzierbar, mit dem Ziel, Verwaltungsnutzungen, kulturelle Angebote und nicht-kommerzielle Treffpunkte in der Innenstadt zu stärken.
- Zugleich starten wir eine Investitionsoffensive für den öffentlichen Raum. Antizyklische Investitionen sind ein klassisches Mittel der staatlichen Krisenbewältigung – nun umso mehr. Denn wir verbinden dies damit, höhere stadträumliche Qualität und Aufenthaltsqualität zu schaffen.
- Besonders in den Blick nehmen wir dabei die Übergangszonen zwischen der klassischen Einkaufscity und den benachbarten Innenstadtquartieren wie zum Beispiel im Bereich Kirchstraße/Justus-Liebig-Haus oder die „Strangulierung“ durch den Cityring. Dort sind Ansatzpunkte gegeben, um die Isolation der Innenstadt aufzuheben und sie noch besser in das allgemeine stadträumliche Gefüge einzubinden.
- Die Innenstadt ist nicht nur ein funktionaler Stadtteil, sie ist auch der Kulminationspunkt der städtischen Wärmeinsel. Die „Benutzbarkeit“ im Sinne der Aufenthaltsqualität hat bedingt durch die

Klimakrise in den Hitzesommern der vergangenen Dekade oft über längere Zeiträume hinweg gelitten. Dem entgegenzuwirken und mikroklimatische Verbesserungen zu erzielen, muss ein weiteres Ziel unseres strategischen Handelns sein.

- Weder die Wissenschaftsstadt Darmstadt noch andere Groß- und Mittelstädte können all dies vollkommen aus eigener finanzieller Kraft heraus schaffen. Wir werden uns deshalb über unsere Kontakte zu den aktuellen und zukünftigen Landes- und Bundesregierungen und im Deutschen Städtetag intensiv für mehr Städtebauförderung einsetzen.
- Wir müssen uns dem Thema Erreichbarkeit stellen, denn es steht in unmittelbarem Zusammenhang mit den Frequenzen, ohne die es in der City nun einmal nicht geht. Bereits heute profitiert die Innenstadt vom Ausbau des Radverkehrs und von der Verbesserung der Fußwegeverbindungen. Eine ökologische Mobilitätswende und eine prosperierende City stehen in keinem Widerspruch. Das Gegenteil ist der Fall. Eine konsequente Umsetzung macht Räume frei, die für alle Verkehrsteilnehmenden, auch diejenige, die nicht auf das Auto verzichten können, leichter zum Ziel führen. Dies werden wir offensiv auch nach außen kommunizieren (Marketingoffensive) und zugleich weitere Infrastrukturen schaffen.

Folgende Maßnahmen werden wir zudem ergreifen:

- ein Sanierungsprogramm für die Innenstadt auflegen
- die Straßenoberflächen instandsetzen
- mehr Grünflächen schaffen, eventuell auch an Wänden und Fassaden
- mehr Wasserflächen in der Innenstadt schaffen durch Brunnensanierung und Trinkbrunnen. Die Installation von Wasserwänden ist zu prüfen.
- öffentliche WC-Anlagen sanieren beziehungsweise errichten
- Spielmöglichkeiten für Kinder und Aufenthaltsbereiche für Familien entwickeln
- attraktive Flächen für Außengastronomie und kulturelle Nutzung schaffen
- ein Fahrradparkhaus einrichten
- das Vorkaufsrecht auf Flächen erwirken
- temporäre Nutzungen bei Leerstand und auf Plätzen zulassen
- ein zukünftiges Nutzungsszenario für die Materialprüfungsanstalt und das Stadthaus Grafenstraße entwerfen
- Entwicklung eines Boulevards in der mittleren Rheinstraße, von der Grafenstraße bis zum Kennedyhaus, mit einem Verkehrsversuch und temporären Bauten wie Parklets im Jahr 2022 (siehe dazu auch unten „Schwerpunkt Westen“)

2.3. Sicher, fair, hochwertig:

Umweltfreundliche, zukunftsfähige Mobilität in Darmstadt verwirklichen.

Wir wollen in der nächsten Legislaturperiode die Mobilität für alle in der Stadt weiter verbessern und eine klare Priorität auf die Sicherheit und Bewegungsfreiheit aller Menschen setzen. Klimafreundlichkeit, Aufenthaltsqualität und die weitere Begrünung der Straßen sollen Vorrang haben.

Das Leitbild „Stadt der kurzen Wege“ begleitet vor allem die Art und Weise, wie wir die Stadt, ihre aktuellen und zukünftigen Quartiere entwickeln. Kurze Wege zwischen den verschiedenen Zielen eines Tages beziehungsweise Strecken, die vermieden werden können, sind der beste Beitrag zu einer Stadt mit weniger Verkehr und weniger CO₂-Ausstoß. Die verbleibenden Wegstrecken sollen nach dem Leitbild der „Vision Zero“, das heißt, der Unversehrtheit von Menschen im Straßenverkehr, stadtverträglich zurückgelegt werden.

Sicherheit und Durchgängigkeit für alle Mobilitätsformen stehen für uns an erster Stelle, dabei hat der Verkehrsfluss des Umweltverbunds Vorrang vor dem des Kfz-Verkehrs. Potenzialflächen für weitere Stadtbäume und der Erhalt alter Straßenbäume haben ebenfalls hohe Wichtigkeit.

Der Verkehrssektor spielt eine Schlüsselrolle für die Erreichung von Klimaneutralität bis 2035. Über Technologie- und Verhaltensänderungen sind hier große Einsparpotenziale zu erreichen. Zudem können dafür viel schneller weitere Rahmenbedingungen geschaffen werden als beispielsweise bei Gebäudesanierungen.

Dazu wurden in den vergangenen Jahren bereits diverse wegweisende Grundsatzbeschlüsse gefasst. Diese gilt es nun zügig umzusetzen. Aus den daraus resultierenden Erfahrungen werden wir weitere Verbesserungen ableiten und die Leitlinien weiter anpassen.

- Wir haben vereinbart, dass der Anteil des Umweltverbundes (ÖPNV, Fahrrad, Fußgänger*innen) am gesamten Verkehr in unserer Stadt mindestens 75 % betragen soll. Zur Erreichung dieses Ziels legen wir Zwischenziele für die kommenden Jahre fest.
- Durch Reduktionspfade für die verschiedenen Sektoren schaffen wir einen klaren Weg und eine faire Lastenverteilung zur Erreichung der Klimaneutralität bis 2035. Dabei werden wir verbindliche Reduktionsziele für den Verkehrssektor für 2025 und 2030 vereinbaren.

Unsere Ziele für die Gesamtstadt

Stadtverträglicher Verkehr

Der verbleibende und notwendige Kfz- und Wirtschaftsverkehr wird stadtverträglich abgewickelt: Aus Gründen des Lärmschutzes, der Verkehrssicherheit und des Verkehrsflusses ist es notwendig, dass die Stadt eigenständig Tempo-30-Zonen ausweiten kann.

- Da dies aufgrund der derzeitigen Gesetzeslage nicht möglich ist, werden wir gemeinsam ein Modellprojekt auf Bundesebene zur Schaffung von Tempo 30 als Regelgeschwindigkeit anstoßen – und entsprechende Initiativen unterstützen. Nur so können wir derzeit weitere Tempo-30-Regelungen schaffen.

- Gleichzeitig werden auf Hauptverkehrsstraßen Tempo-50- oder Tempo-40-Regelungen beibehalten, wo dies aus Gründen des Verkehrsflusses für den Autoverkehr notwendig und sinnvoll ist, sofern eine ausreichende Sicherheit und der Verkehrsfluss des Umweltverbundes gewährleistet sind.

Oberste Priorität hat für uns, wie es auch die Straßenverkehrsordnung vorsieht, die Verkehrssicherheit. Daneben wollen wir jedoch auch andere Kriterien in den Abwägungsprozess einfließen lassen. Klimaschutz sowie der Lärm- und Anwohnerschutz sind gleichfalls wichtig und sollen berücksichtigt werden.

- Beim Schutz der Anwohner*innen vor Lärm und gesundheitsschädlichen Abgasen werden die direkt betroffenen Straßen, aber auch Verlagerungseffekte im Stadtgebiet ganzheitlich berücksichtigt.
- Zusätzlich führen wir weiter bauliche Maßnahmen durch, um die Belastungen durch den Verkehr zu mindern.

Vision Zero

Ziel der Vision Zero ist die Unversehrtheit von Menschen im Straßenverkehr. Um dies zu erreichen, muss ein sicheres Verkehrssystem geschaffen werden. Wir sehen den Menschen als zentralen Bestandteil des Straßenverkehrssystems, der nicht fehlerfrei handelt. Bei der Gestaltung von Infrastruktur muss die Unversehrtheit der Menschen an erster Stelle stehen. Dafür werden wir folgende Maßnahmen umsetzen:

- Ausweisung weiterer Tempo-30-Abschnitte
- weiterer Ausbau sicherer Rad- und Fußwege
- aus dem Modellprojekt „Niederländische Kreuzung“ am Jugendstilbad lernen und die Erfahrungen an weiteren Kreuzungen zeitnah umsetzen
- Neu- und Umbau von Kreuzungen unter der Maßgabe, langsames Abbiegen zu fördern
- Ersatz von Ampelkreuzungen durch Kreisel, planerisch sind bereits die Kreisel Mainzer - /Michaelisstraße, Dolivo-/Julius-Reiber-Straße, Walther-Rathenau-/Pfungstädter Straße in Arbeit
- Temporäre Einbauten, die Kreuzungsparken verhindern
- sogenannte Dooring-Zonen an Radwegen weiter beheben, sodass vom Öffnen einer Autotür keine Gefahr ausgeht
- Vergabe eines externen Audits, das alle Kreuzungen mit freigeführten/freilaufenden Rechtsabbiegestreifen auf Sicherheit und Durchgängigkeit aller Verkehrsträger sowie Richtlinienkonformität prüft

Parkraumbewirtschaftung

Im Bundesdurchschnitt ist jeder private Pkw pro Tag nur 72 Minuten unterwegs. In der übrigen Zeit wird er geparkt. Doch der öffentliche Raum ist für alle da – nicht allein für den ruhenden Verkehr.

Parkraumbewirtschaftung ist ein geeignetes Mittel, um das Gehwegparken einzuschränken. Dadurch erhöht sich für die Anwohnerschaft die Chance auf einen freien Parkplatz und es gibt weniger Lärm und Abgase durch die Reduzierung des Suchverkehrs.

- Unser gemeinsames Ziel ist es, in der kommenden Legislaturperiode die Parkraumbewirtschaftung in der Kernstadt flächendeckend umzusetzen. Dazu gehören: Mathildenhöhe, Woogs-/Kapellplatzviertel, Martins- und Johannesviertel, Bessungen bis Ende 2022, Bürgerparkviertel, Pallaswiesenviertel Ost und Verlegerviortel bis 2023. Weitere Viertel und

Bereiche werden je nach Bedarf weiter betrachtet. In diesem Zusammenhang initiieren wir ein Pilotprojekt „Autoarmes Bestandsquartier“ (siehe unten).

- Spätestens mit Erweiterung des ÖPNV-Angebots Ende 2023 soll im gesamten Stadtgebiet die Parkraumbewirtschaftung eingeführt sein. Um dieses Zeitziel zu erreichen, werden wir die Planung vereinfachen. Das Personal für die Planung und Überwachung wird aufgestockt.
- Verkehrsversuche mit Gelbmarkierung werden wir nutzen, auch um schneller mit Anwohnenden anhand konkreter Beispiele Maßnahmen diskutieren zu können.

Chancen der Digitalisierung nutzen

Auch im Verkehrssektor wollen wir die Chancen der Digitalisierung nutzen.

- Wir werden ein intelligentes Verkehrslenksystem als Weiterentwicklung von DAnalytics einführen. Dabei sollen alle Ampeln auf Hauptverkehrsstraßen (Fuß-, Rad- und motorisierter Verkehr sowie ÖPNV-Vorrangschaltungen) zentral gesteuert und anhand der aktuellen Verkehrslage geschaltet werden.

Durch diese Maßnahme wollen wir eine optimale Steuerung des Verkehrs im Sinne aller Verkehrsteilnehmenden in unserer Stadt erreichen, auch wenn immer Zielkonflikte hinsichtlich des Verkehrsflusses der verschiedenen Verkehrsträger bestehen werden.

- In einem nächsten Schritt wollen wir in Zusammenarbeit mit der HEAG mobilo eine Mobilitätsapp für Darmstadt entwickeln. Diese soll in Echtzeit auf Grundlage der aktuellen Verkehrsdaten die jeweilige „Reisezeit“ der einzelnen Verkehrsmittel darstellen.

Beschleunigte Umsetzung über Versuche und Lernen aus Erfahrungen, Veränderung erlebbar machen

In der kommenden Legislaturperiode werden wir einen Fokus auf die beschleunigte Umsetzung von Verkehrsinfrastrukturmaßnahmen setzen. Grundlage dafür bilden die im Masterplan DA 2030+ und in unserem aktuellen Koalitionsvertrag festgelegten Leitlinien und Ziele, nach denen mittelfristig auch der Verkehrsentwicklungsplan weitergeschrieben wird.

- Wir möchten die „Stadt der kurzen Wege“ und die Mobilitätswende erlebbar machen und begrüßen deshalb provisorische Lösungen sowie Verkehrsversuche für die Schaffung von autoarmen Bestandsquartieren.
- Wir setzen den begonnenen Weg der Verkehrsentwicklung fort und beschleunigen ihn. Dabei ist es uns wichtig, dass auch Teilabschnitte umgesetzt werden, selbst wenn noch nicht alle Anschlüsse geplant sind.

Im komplexen System der städtischen Mobilität sind nie alle Aspekte perfekt planbar. Deshalb werden wir schrittweise vorgehen und aus den Erfahrungen lernen. Das heißt konkret, dass wir Radspuren auch umsetzen, wenn die anschließende Kreuzung noch länger zu planen ist, den Verkehrsentwicklungsplan und die Umsetzung von Maßnahmen parallel vorantreiben und bei mittelfristigen Maßnahmen wie Fahrradparkhäusern temporäre Übergangslösungen schaffen.

- Verkehrsversuche werden von Verkehrszählungen und -beobachtungen, Lärmmessungen und temporären Maßnahmen wie der Aufstellung von Sitzmöbeln, Baumkübeln oder Modalfiltern

begleitet und nach wissenschaftlichen Kriterien bewertet, um eine Datengrundlage für die Entscheidung zu erhalten.

Kriterien sind zum Beispiel die Zahlen des Rad- und des motorisierten Verkehrs und Verdrängungseffekte. Die Ergebnisse werden in Relation gesetzt.

Baustellen können uns als Anhaltspunkt für Verkehrsversuche dienen.

Wichtig ist uns, dass die positiven Folgen von Umgestaltungsmaßnahmen bereits in Verkehrsversuchen erlebbar werden, da diese neben den reinen Veränderungen der Verkehrswege positive Effekte hinsichtlich der Aufenthaltsqualität erzeugen.

Planungskapazität ist nötig

Nach den sichtbaren Erfolgen, die in jüngster Zeit durch die Erweiterung der Kompetenzen innerhalb der Verwaltung im Bereich der Nahmobilität erreicht wurden, ist klar, dass gute Planung auch gutes Personal benötigt. Dafür setzen wir uns ein.

Blick auf die sich verändernden Werkzeuge und Bundesgesetze

Gerade im Mobilitätsbereich sind in den nächsten Jahren viele Veränderungen hinsichtlich der Werkzeuge, Richtlinien und Gesetze sowie des allgemeinen Marktgeschehens zu erwarten. Wir begleiten diese Entwicklung eng und treiben sie aktiv mit voran, wie bereits beim „Grünen Abbiegepeil für Radfahrende“ und der „Niederländischen Kreuzung“ geschehen.

- In Pilotprojekten und nach rechtlicher Verabschiedung werden wir neue Werkzeuge zur Gestaltung der Mobilität zeitnah prüfen und nutzen.

Unsere Ziele für fußläufige Quartiere

Im Rahmen stadtweit wirksamer Leitbilder und Projekte wie „Vision Zero“ und Parkraumbewirtschaftung verbessern wir die Fußläufigkeit in den Quartieren durch zahlreiche weitere Maßnahmen.

Pilotprojekt „Autoarmes Bestandsquartier“

In Kranichstein, der Lincoln Siedlung und im Ludwigshöviertel entstehen neue Wohnquartiere mit hoher Lebens- und Aufenthaltsqualität, in denen das Auto nicht der dominierende Faktor ist. Auch in Darmstädter Bestandsvierteln wollen wir öffentlichen Raum für die Menschen zurückgewinnen. In einem Pilotprojekt soll gezeigt werden, wie sich die Bewegungsfreiheit aller erhöht, wenn der ruhende und der fahrende Wirtschafts- und Autoverkehr auf das absolut Nötigste reduziert und der gewonnene Straßenraum wiederbelebt und begrünt wird.

- Innerhalb der aktuellen Legislaturperiode realisieren wir ein autoarmes Bestandsquartiers als Pilotprojekt. Dabei wird durch Quartiersgaragen und die Ausweisung von Anwohnerparken der Anteil des Autoverkehrs stark reduziert.
- Die Umsetzung erfolgt in zwei Stufen. Zunächst werden kleine Maßnahmen wie Diagonalsperren, Einbahnstraßen und Sackgassen zur Generierung von Miniplätzen, mehr Aufenthaltsqualität,

spezielle Regelungen für die Sommermonate (Spielplätze, Kreuzungen als Quartiersplätze) umgesetzt. Parallel dazu werden Quartiersgaragen für eine langfristige Nutzung geschaffen.

Ein mögliches Quartier ist das Martinsviertel, in dem bereits eine große Zahl unternutzter Garagen und Parkhäuser vorhanden ist. Bestandteile des Konzeptes können darüber hinaus auch außerhalb des Pilotquartiers umgesetzt werden. Die Auswahl soll durch Bürgerbeteiligung und Analysen des Stadtplanungs- und Mobilitätsamts begleitet werden.

Miteinanderzone in der Innenstadt

Die Fußgängerzone wurde ursprünglich für Fußgänger*innen geschaffen. Der zunehmende Wirtschafts- und Radverkehr konkurriert mit dem Ziel nach Aufenthaltsqualität und Sicherheit. Gerade weil der Platz in unserer wachsenden Stadt knapper wird, werden Rücksicht und regelkonformes Verhalten wichtiger.

- Um die Konflikte zwischen Fuß-, Rad- und Wirtschaftsverkehr in der Fußgängerzone zu entschärfen, initiieren wir unter anderem eine Aufklärungskampagne.

Verträglichen Wirtschaftsverkehr fördern

Ein großer Teil des Verkehrsaufkommens in den Quartieren verursachen Paketdienste. Um den lokalen Einzelhandel zu stärken und gleichzeitig die motorisierten Lieferdienste zugunsten der Luftreinhaltung zu reduzieren, hat Darmstadt Citymarketing das „Digitale Schaufenster“ initiiert und gemeinsam mit der Hochschule Darmstadt (h_da) den Service „LieferradDA“ ins Leben gerufen.

- Wir wollen den Lastenrad-Lieferdienst ausbauen und Flächen für private Anbieter bereitstellen.

Auch Paketboxen leisten wichtige Beiträge zur Reduzierung des motorisierten Lieferverkehrs „auf der letzten Meile“.

- Unser Ziel ist es, Anbieter unabhängige Paketboxen einzuführen.
- Bei der Parkraumbewirtschaftung werden Lieferzonen für den Wirtschaftsverkehr mit geplant und deutlicher gekennzeichnet. Illegale Stopps von Lieferfahrzeugen zum Beispiel auf Radwegen werden konsequent geahndet. Lieferwege sollen möglichst reduziert werden.

Unsere Ziele für den Fußverkehr

Freie und sichere Gehwege für alle

Im Sinne der Regelung in der Allgemeinen Verwaltungsvorschrift zur Straßenverkehrs-Ordnung (VwV-StVO) werden wir Gehwege barrierefrei gestalten und insbesondere Gehwegparken nicht weiter tolerieren. Zukünftige Anpassungen der Verwaltungsvorschrift werden wir zeitnah umsetzen.

Vielerorts in Darmstadt beeinträchtigt regelwidriges und illegales Parken auf Gehwegen die Sicherheit von Zu-Fuß-Gehenden, speziell von mobilitätseingeschränkten Personen, aber auch Schulkindern und Familien. Die bislang geduldete Parkpraxis kann den Einsatz von Feuerwehr und Rettungsdiensten behindern. Die Reduzierung des Gehwegparkens ist damit ein wichtiger Schlüssel zur (Verkehrs-)Sicherheit, Aufwertung des öffentlichen Raums und Stärkung der Quartiere. Für unsere Arbeit und weitere Planungen gelten daher folgende Kriterien:

- Die Regelbreite für neue Gehwege beträgt 2,50 m. Für die freie Bewegung von mobilitätseingeschränkten Personen ist ein Mindestmaß von 1,60 m im Bestand notwendig. Dies ist kein Wunschmaß, sondern ein absolutes Minimum, das infolge von Gehwegparken nur auf kurzen Abschnitten vorhanden sein darf.
- Rettungs- und Müllfahrzeuge müssen ungehindert auf der Fahrbahn fahren können. Es dürfen keine Sicherheitsrisiken auf Fahrbahn und Gehweg entstehen.

Zu lange wurde der für die Allgemeinheit zur Verfügung stehende Raum für sich immer stärker ausweitendes unerlaubtes Parken von Autos geduldet. Gleichwohl stehen in vielen Fällen Hinterhöfe und private Garagen leer oder werden anderweitig genutzt. Zudem gibt es insbesondere im Innenstadtbereich in erheblichem Umfang noch ungenutzte Kapazitäten in bestehenden Parkhäusern.

- Wir starten eine Öffentlichkeitskampagne zur flächendeckenden Aufklärung über die geltenden gesetzlichen Regelungen zum Parken an Straßenrändern.
- Mit der Fortführung der quartiersweisen Einführung der Parkraumbewirtschaftung werden wir die bislang geduldete illegale Parkpraxis einschränken oder durch Kennzeichnung des zulässigen Parkens zum Schutz der Fußgänger*innen und für mehr Klarheit für alle Beteiligten regulieren. Die Einhaltung der geltenden Regeln wird regelmäßig überprüft.
- Wir schaffen zeitnah die organisatorischen Voraussetzungen, um verkehrsgefährdendes Parken stärker als bisher zu kontrollieren und sanktionieren.
- Notorisch zugeparkte Bereiche werden wir mit Pollern, Fahrradständern, Sitzwürfeln oder Blumenkübeln freihalten – immer mit dem Ziel, auch schon kurzfristig Barrierefreiheit und Sicherheit zu gewährleisten und mittelfristig eine ansprechende Stadtgestaltung ohne die Notwendigkeit von Pollern zu erreichen.

Gute, durchgehende Wege schaffen

Nach der erfolgreichen Straßensanierung innerhalb der vergangenen zehn Jahre werden wir nun die Sanierung von Gehwegen forcieren.

- Es wird eine Bestandsaufnahme der Gehwege erstellt, ein Sanierungsprogramm aufgelegt und nach Priorisierung abgearbeitet.
- Bei der Einmündung von Nebenstraßen in Hauptstraßen sollen die Gehwege vermehrt aufgepflastert werden beziehungsweise in niveaugleicher Führung umgesetzt werden.

Unsere Ziele für den öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV)

Häufigere Fahrten, mehr Strecken, neue Angebote

Ein starker öffentlicher Personennahverkehr (ÖPNV) in Stadt und Region ist für uns der Rückhalt der Verkehrswende. Durch ein dichtes Netz aus Bus-, Tram- und Bahnlinien sowie neuen Angebotsformen sollen die Haltepunkte miteinander verbunden werden. Bis 2030 werden wir die ÖPNV-Kapazität jährlich mindestens um 6 % (bezogen auf 2019) durch die Ausweitung des Takts ausbauen, um den ÖPNV-Anteil bis

2030 von 15 % auf 20 % zu steigern.

Dafür werden wir die begonnene Infrastrukturanierung und gestarteten Ausbauprojekte fortführen sowie laufende Planungen zur Umsetzung bringen. Gelder aus dem von uns zusätzlich aufgelegten Klimaschutz-Budget in Höhe von 300 Mio. Euro werden für diese Maßnahmen explizit nicht verwendet.

- Das von der HEAG mobilo überarbeitete Straßenbahnkonzept und die Erhöhung der Kapazität durch den Einsatz neuer Trams werden wir umsetzen.
- Neben dem neuen Straßenbahnkonzept mit Taktverdichtungen werden wir auch bei den Buslinien der Stadt Taktausweitungen umsetzen.
- Wir prüfen die Möglichkeit eines fahrscheinfreien ÖPNV-Tages, an dem die Nutzung von Bussen und Straßenbahnen für die Bürger*innen kostenlos ist. Er soll dazu dienen, die Attraktivität des Umweltverbundes aufzuzeigen und erlebbar zu machen, welche Potenziale ein freierer Straßenraum den Bewohner*innen eines Quartiers hinsichtlich ihrer Freizeitgestaltung bietet.
- Das dreimonatige kostenlose Klimaticket für den öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV) für Neubürger*innen werden wir umsetzen. Studien zeigen, dass bei einem Umzug die Bereitschaft steigt, das eigene Mobilitätsverhalten zu überdenken und zu verändern. Das wollen wir nutzen.
- Den begonnenen barrierefreien Ausbau der Haltestellen werden wir fortsetzen. Um die Attraktivität zu erhöhen, soll zur physischen auch die digitale Barrierefreiheit kommen.

Über Darmstadt hinaus denken

Seit über 20 Jahren ist der gemeinsame Zweckverband Darmstadt-Dieburger-Nahverkehrsorganisation (DADINA) ein Musterbeispiel für die Zusammenarbeit zwischen der Stadt Darmstadt und dem Landkreis Darmstadt-Dieburg.

In jüngster Zeit wurde die Partnerschaft auf mehreren Verkehrsgipfeln weiter intensiviert. Die beschlossenen Maßnahmen wollen wir umsetzen und die Kooperation mit anderen umliegenden Kreisen ausbauen, mit dem Ziel eine noch stärkere Vernetzung in Richtung umliegender Landkreise zu schaffen.

- Um den ÖPNV attraktiv zu machen, bedarf es neuer Schienenverbindungen, mehr Angebote und emissionsfreier Busse. Daher haben Investitionen in Leistungsfähigkeit, Fahrtenangebot und System für uns Vorrang. Die Aktivitäten des RMV und des Landes zur Tarifreform und die Einführung weiterer Flatrate-Tickets werden wir positiv begleiten.
- Die begonnene Planung der StraDaDi für Straßenbahnlinien nach Weiterstadt und Roßdorf/Groß-Zimmern wollen wir zur Baureife bringen. Gemeinsam mit unseren Abgeordneten auf Landes- und Bundesebene setzen wir uns dafür ein, dass Klimaaspekte bei der Nutzen-Kosten-Berechnung (NKU) stärker berücksichtigt werden und so die notwendige Förderung möglich wird.

Lokale und regionale Vernetzung mit Zug, Bus, Tram und Bahn verbessern

Wir werden den Ausbau der Schienen- und Busnetze weiterführen und existierende Planungen umsetzen.

Zentrale Projekte sind:

- Die Lichtwiesenbahn fertigstellen.
- Die Anbindung des Ludwigshöviertels in der beschlossenen Variante umsetzen.
- Den Ausbau des Straßenbahnnetzes nach Osten, über Roßdorf bis nach Groß-Zimmern, vorantreiben. (siehe oben).

- Mit der bereits erfolgten Gründung der StraDaDi Planungsgesellschaft in Vorkasse für die Planung der Projekte treten und diese schon jetzt zügig vorantreiben.
- Die Verlängerung der Straßenbahn bis Wixhausen im Zuge einer möglichen Depotverlegung umsetzen.
- Die Busbeschleunigung am Ostbahnhof umsetzen.
- Die Anbindung von Weiterstadt an das Straßenbahnnetz gemäß der Vorzugsvariante zügig planen und umsetzen.
- Die Machbarkeit einer Erschließung der Heimstättensiedlung mit einer Straßenbahnanbindung weiter prüfen, eine förderfähige Lösung finden und diese zügig umsetzen. Als Übergangslösung verlängern wir die Linie K über die Konversionsgebiete hinaus in die Heimstätte zur Entlastung der Linie H.
- Weitere notwendige oder sinnvolle Strecken identifizieren und auf ihre Machbarkeit prüfen.
- Weitere Fördermöglichkeiten zum Ausbau des ÖPNV ausloten, zum Beispiel auf europäischer Ebene.
- Im Rahmen der Versuche des DELTA-Projektes evaluieren wir die Nutzung von Wasserstoff für Überlandbusse mit langen Umläufen. (siehe auch Kapitel Klima)

Darüber hinaus begleiten wir die regionalen Schienenausbauprojekte gemäß der Beschlusslage des Verkehrsgipfels:

- Verlängerung der S-Bahn S2 von Rödermark-Ober Roden nach Dieburg und weiter nach Darmstadt für eine südhessische Ring-Verbindung
- Ausbau und Elektrifizierung der Odenwaldbahn
- Taktausweitungen der Pfungstadtbahn sowie Richtung Aschaffenburg und Wiesbaden
- Verlängerung der S-Bahnlinie 4 nach Darmstadt

ICE Halt!

Die Anbindung Darmstadts an das ICE-Hochgeschwindigkeitsnetz und den „Deutschlandtakt“ ist ein großer Erfolg für Darmstadt und die umliegenden Landkreise. Mit ihr wurde für die nächsten Generationen gesichert, dass Stadt und Region Teil der wichtigen ökologischen Verkehrsinfrastruktur in Europa werden. Für Darmstadt selbst bedeutet der Bau der Trasse einen massiven Zugewinn an Fernverkehrsverbindungen. Die Attraktivitätssteigerung des Schienenverkehrs ist essenziell, um der Klimakrise Einhalt zu gebieten. Zukünftig können von Darmstadt aus viele Ziele in Deutschland und in unseren Nachbarländern schnell, bequem und direkt per Zug erreicht werden. Die Zahl der Kurzstreckenflüge wird reduziert. Aber auch für den Nahverkehr bietet die neue Trasse viele Chancen. Die Zugfahrt nach Wiesbaden wird zukünftig nur noch eine halbe Stunde dauern und die überlastete Main-Neckar-Bahn sowie die Riedbahn erhalten mehr Kapazitäten für den Regionalverkehr. Davon profitieren insbesondere die zahlreichen Pendler*innen.

- Die Entwicklung ökologischer Verkehrsstrukturen hat wesentlichen Anteil an der Mobilitätswende und damit zur Bekämpfung der Klimakrise insgesamt. Deshalb begrüßen wir die Anbindung Darmstadts an das ICE-Hochgeschwindigkeitsnetz und halten an der gefundenen Lösung des Trassenverlaufs fest.

- Wir setzen uns bei der Deutschen Bahn dafür ein, dass der Tunnel entlang der Eschollbrücker Straße über die Stadtgrenze hinaus bis an die A5 verlängert wird.
- Wir setzen uns darüber hinaus dafür ein, dass die Streckenführung entlang der Siedlung Tann ebenfalls im Tunnel verläuft.

Neue Angebotsformen wie den „Heinerleiner“ weiterentwickeln

Der Mobilitätsmarkt wird sich in den kommenden Jahren stark verändern. Wir begleiten diese Entwicklung aktiv. Neue Angebotsformen im ÖPNV werden getestet: Bereits 2021 ist das Pilotprojekt Heinerleiner als sogenannter Ridesharing-Dienst mit elektrischen Kleinbussen, der das ÖPNV-Netz um Zubringerverkehre in schwächer angebundene Gebiete, als Querverbindung zwischen Linien sowie zu Spät- und Nachtstunden ergänzt, gestartet.

- Wir werden das Pilotprojekt „Heinerleiner“ evaluieren, iterieren und bei Erfolg verstetigen. Dabei gilt für uns immer die Prämisse der „lernenden Weiterentwicklung“. Das heißt, auch das Angebot des „Heinerliners“ wird sich im Laufe der Zeit sicherlich verändern, da er an aktuelle Entwicklungen und Bedarfe angepasst wird.

Darüber hinaus sind wir Versuchen neuer Technologien gegenüber offen.

- Pilotprojekte und Start-ups für autonomes Fahren unterstützen wir.

Neubau Betriebshof HEAG mobilo, Sanierung Betriebshof Frankenstein

Die HEAG mobilo benötigt funktionale Betriebshöfe, um Platz für die zusätzlichen Fahrzeuge zu schaffen:

- Dafür wird eine Machbarkeitsstudie durchgeführt und in der aktuellen Legislaturperiode eine Richtungsentscheidung getroffen. Unser Ziel ist die Entwicklung eines funktionalen, aber möglichst kompakten neuen Betriebshofs im Darmstädter Norden als Alternative zum Standort am Böllenfalltor, damit der Flächenverbrauch reduziert wird.
- Der Betriebshof Frankenstein der HEAG mobilo wird saniert und für die nächsten Jahrzehnte ertüchtigt.

Unsere Ziele für den Radverkehr

Wir werden ein eigenständiges Rad-Haupttroutennetz im gesamten Stadtgebiet einführen. Dieses besteht aus eigenen Radverkehrsanlagen, die baulich getrennt vom Kfz-Verkehr und vom Fußverkehr geführt werden. Unser Ziel ist dabei die Umsetzung von Flächengerechtigkeit zwischen Rad-, Fuß- und motorisiertem Individualverkehr. In diesem Zusammenhang ist der Bereich Heinrichstraße im Sinne einer leistungsfähigen und sicheren Ost-West-Verbindung vorrangig umzusetzen.

Verstetigung der Radstrategie über das Sonderprogramms „4x4 Rad“ hinaus und Weiterbau des Radwegenetzes

Die beschlossenen 34 Maßnahmen zur Umsetzung der Radstrategie sind ein erster Auftakt zu einem Radwegenetz in Darmstadt, aber noch lange nicht vollständig.

- Das im Herbst 2020 beschlossene Maßnahmenbündel zur Umsetzung der Radstrategie werden wir umsetzen. Dafür werden wir weiterhin jährlich mindestens 4 Mio. Euro für den Radverkehr und die Nahmobilität investieren, auch über die ursprünglich geplanten vier Jahre hinaus.
- Das Programm werden wir jährlich fortschreiben und die zu bearbeitenden Maßnahmen nach dem dann jeweils vorhandenen Wissen und der jeweiligen Dringlichkeit priorisieren.

Mögliche zukünftige Bearbeitungsfelder sind die Anschlüsse umliegender Orte, die Anschlüsse an den Radschnellweg, die Anbindung des Ludwigshöhviertels sowie der sich verändernden Viertel im Westen der Stadt, die Kasinostraße im gesamten Verlauf und weitere Fahrradstraßen oder -zonen. Die Detaillierung und Ausarbeitung wird vom Runden Tisch Nahmobilität weiter fachkundig begleitet.

- Wir setzen weiterhin auf Verkehrsversuche zur Validierung der Umsetzbarkeit und schrittweisen Anpassung des Radwegenetzes. Versuche sind insbesondere dort wichtig, wo derzeit die Fahrspuren für ÖPNV, Fuß-, Rad- und motorisierten Individualverkehr (MIV) nicht in den erstrebenswerten Breiten gemäß der Richtlinien vorhanden sind und Zielkonflikte entstehen.

Radschnellwege umsetzen

Unsere langfristige Intension ist die Schaffung zweier an mehreren Stellen verbundener Radschnellwege in Nord-Süd-Richtung, die den unterschiedlichen Zielen nach überörtlichem Pendeln sowie zentraler Erschließung gerecht werden. Aktuell befinden sich die beiden Vorzugsvarianten „Schienen Charlie“ und „Gerader Gustav“ in der detaillierten Prüfung, um einen politischen Beschluss einzuleiten.

- Da beide Strecken starke Vor- und Nachteile haben und sich an unterschiedliche Zielgruppen wenden, werden wir eine Lösung finden, die den Anliegen „Gute Erreichbarkeit der Innenstadt“ sowie „Schnelles überörtliches Radpendeln“ gerecht wird.
- In dieser Legislaturperiode werden wir die Variante zur Umsetzung bringen, die eine durchgängige Nord-Süd-Verbindung unter Einbeziehung von Hauptbahnhof und Innenstadt gewährleistet. Darüber hinaus wollen wir dort Anschlüsse schaffen, wo aktuell keine sicheren bestehen. Von Norden führen wir den begonnenen Ausbau alsbald in Richtung Arheilgen und Nordbahnhof weiter. Den Ausbau nach Süden betreiben wir in Übereinstimmung mit den Routenbeschlüssen im Landkreis. Nachdem die Strecken nach Roßdorf und Weiterstadt-Riedbahn in Umsetzung sind, treiben wir die Anbindung weiterer Kragengemeinden wie Pfungstadt, Griesheim, Mühlthal als Wohnort zahlreicher Menschen, die nach Darmstadt einpendeln, im Einklang mit weiteren Schnellweguntersuchungen voran.

Abstellmöglichkeiten für Räder ausbauen

Eine kombinierte Nutzung von Fahrrad und ÖPNV kann für viele eine attraktive Alternative zum eigenen Auto sein. Dafür müssen ausreichend sichere Fahrradabstellmöglichkeiten vorhanden sein.

- Wir werden innerhalb der nächsten zwei Jahre die Radabstellmöglichkeiten an allen ÖPNV-Knotenpunkten und Stadtteilbahnhöfen deutlich erhöhten. Dabei setzen wir auf sogenannte Doppelstockparker, die Umwandlung von Pkw-Parkplätzen und andere Kapazitätsausweitungen.

- Das begonnene erfolgreiche Ausbauprogramm von Fahrradabstellanlagen an Schulen und anderen öffentlichen Gebäuden setzen wir fort.
- Wir unterstützen den Bau eines Fahrradparkhauses am Darmstädter Hauptbahnhof mit mehreren Tausenden Fahrradparkplätzen und werden bis zur mittelfristigen Fertigstellung eine temporäre Lösung umsetzen.
- Auch in der Innenstadt werden wir weitere Abstellmöglichkeiten schaffen, zum Beispiel am Pali-Platz mit der beschlossenen Umgestaltung zugunsten einer Fahrradabstellanlage und mehr Aufenthaltsqualität. Rund um die Fußgängerzone wird es weitere Abstellmöglichkeiten geben.
- Im Stadtgebiet sollen Pump- und Selbsthilfe-Wartungsstationen analog zu denen auf dem Gelände der Technischen Universität Darmstadt aufgestellt werden.

Leihangebote für Cargobikes und Fahrräder ausbauen

Darmstadt ist Deutschlands Cargobike-Hauptstadt und eine der aktivsten Städte im Call-A-Bike-System. Lastenräder ersetzen viele alltägliche Pkw-Fahrten wie zur Kita oder zum Einkaufen.

- Wir werden die Abstellflächen für Lastenräder in Darmstadt deutlich erhöhen. Wir begrüßen kommerzielle Ergänzungsangebot zum gut funktionierenden, ehrenamtlich organisierten Heinerbike-System, das wir ebenfalls weiter unterstützen.
- Insbesondere an ÖPNV-Knoten sollen ausreichend Leihräder und Abstellflächen vorhanden sein.

Zählstationen ausbauen

Um die Entwicklung des Radverkehrs kontinuierlich zu beobachten, werden zusätzliche Radverkehrszählstellen im Stadtgebiet aufgestellt. Das Mobilitätsamt entscheidet über die Lage dieser Zählstellen. Modelle, bei denen im Vorbeifahren sichtbar ist, wie viele Fahrräder die Stelle bereits passiert haben, besitzen eine starke symbolische Wirkung und fördern den Radverkehr.

Unsere Ziele für den motorisierten Individualverkehr (MIV) und den Wirtschaftsverkehr

Auch in Zukunft werden Menschen auf das Auto angewiesen sein. Der verbleibende Kfz-Anteil am Modal-Split in Höhe von 25 % soll stadtverträglich abgewickelt werden.

Seit 2011 arbeitet die Stadt mit größter Anstrengung daran, den Stau bei der Sanierung der Infrastruktur zu beheben. Viele Millionen Euro sind seither in die Instandsetzung der Straßen geflossen und eine beträchtliche Summe wurde für Brückenbauten ausgegeben. Der aktuelle Straßenzustandsbericht weist für das Hauptstraßennetz eine deutliche Verbesserung aus.

Mit der Nieder-Ramstädter-Straße und der Jägertorstraße folgen in dieser Legislaturperiode jetzt bald die zwei letzten verbliebenen maroden Straßen. Mit dem Neubau der Rheinstraßenbrücke über die Bahnlinie startet bald ein zehn Jahre vorbereitetes Megaprojekt, das unsere Koalition für lange Zeit begleiten wird.

E-Ladestationen

Mit dem städtischen Elektromobilitätskonzept wurden 2018 fachlich fundierte Grundlagen für den strategischen Ausbau einer bedarfsorientierten Ladeinfrastruktur und die Umstellung des städtischen Fuhrparks auf Elektromobilität geschaffen. Stadt- und Verkehrsentwicklung fanden dabei ebenso

Berücksichtigung wie Synergien mit anderen städtischen Planungsprozessen wie etwa dem Masterplan DA 2030+, Green City Plan und Digitalstadt Darmstadt. Unsere Stadt ist Modellregion für Elektromobilität. IHK, Technische Universität, Fraunhofer LBF, ENTEGA, HEAG mobilo, Wissenschaftsstadt Darmstadt und viele andere Akteur*innen innerhalb der Stadt sind im engen Austausch miteinander. Viele Ladensäulen sind seither aufgestellt worden.

- Wir werden die Lade-Infrastruktur im Stadtgebiet weiter vorantreiben.
- Die Verknüpfung der Straßenbahn-Versorgung mit dem Ladestationsnetz werden wir prüfen.

Quartiersgaragen

In neuen Wohnvierteln wie der Lincoln Siedlung werden Quartiersgaragen geschaffen. Nur gemeinschaftlich genutzte Elektroautos und Pkw von mobilitätseingeschränkten Personen dürfen dort vor den Wohnblocks abgestellt werden, alle anderen Bewohner*innen parken in großen Sammelgaragen maximal 300 m von der eigenen Haustür entfernt.

- Wir werden die Errichtung von Quartiersgaragen auch in den Vierteln der Kernstadt voranbringen.
- Für die Innenstadt ist zu prüfen, ob kommerzielle Parkanlagen, wie beispielsweise das Parkhaus der Technischen Universität am Kantplatz, doppelt genutzt werden können, indem sie nachts der Anwohnerschaft als Stellflächen dienen.

Mehr Ladezonen

In aktuellen und zukünftigen Stadtgebieten mit Parkraumbewirtschaftung sollen deutlich markierte Ladezonen für den Wirtschaftsverkehr ausgewiesen werden.

Carsharing ausbauen

Carsharing hat sich in Darmstadt erfolgreich etabliert – wir wollen es auf die nächste Stufe heben. Je nach Studie ersetzt ein Carsharing-Auto acht bis 15 private Pkw. Das entspricht circa 100 bis 200 m² meist öffentlicher Fläche.

- Wir werden die Bereitstellung städtischer und öffentlicher Flächen für Carsharing-Stationen beschleunigen und nach Wiesbadener Vorbild eine Ausschreibung für stationsgebundenes Carsharing (mit festen Abstellplätzen für die Autos) veranlassen.
- Stadtweit soll es auf öffentlichen Parkflächen reservierte Flächen für Carsharing-Fahrzeuge geben, sodass jede*r innerhalb von 300 m ein Carsharing-Fahrzeug erreichen kann.

Planstraße Lincoln und Westranderschließungsstraße

Der Bau der Planstraße ist nach aktuellem Planungsrecht erforderlich, um die geforderte Erschließung der Lincoln Siedlung und des Ludwigshöhviertels zu erfüllen und neuen Wohnraum stadtnah und in dichter Bebauung gemäß unserer Vision einer kompakten Stadt schaffen zu dürfen. Die beiden neuen Quartiere werden weiterhin autoarm geplant, das heißt, das gesamte Gebiet ist verkehrsberuhigt und darf nur im Schrittempo befahren werden. Eine direkte, gradlinige Durchfahrtsmöglichkeit für Autos gibt es nicht. Es

gilt ein reduzierter Stellplatzschlüssel; Anwohner*innen parken im Wesentlichen in großen Quartiersgaragen am Rande der Quartiere.

Der gesamtökologische Nutzen durch die hohe Wohndichte übersteigt die negativen Effekte durch den Bau der Planstraße und des dadurch gegebenenfalls induzierten Verkehrs. Die Entlastung der Rüdesheimer Straße und der Heidelberger Landstraße ermöglicht die Umgestaltung der dortigen Flächen zugunsten des Fuß- und Radverkehrs. Für die Planstraße wird eine freiwillige Umweltverträglichkeitsprüfung durchgeführt. Zudem wird das Vorhaben mittels des Klimavorbehalts überprüft.

Der Bau der Westranderschließungsstraße sichert die Entwicklung des Industriegebietes auf dem Gelände der ehemaligen Kelley-Barracks und ermöglicht die Entlastung der Straßen Am Kavalleriesand und Haardtring vom Kfz- und Schwerlastverkehr. Auch hier werden damit Möglichkeiten zur Umgestaltung eröffnet. Die wegfallenden Waldflächen werden kompensiert.

3. Umwelt- und Naturschutz: Wald und Natur erhalten.

Umweltbildung

Umweltbildung ist für uns zentral, um den Herausforderungen der Klima- und Biodiversitätskrise gemeinsam mit allen Bürger*innen begegnen zu können. Nur wer die Natur kennt und schätzt, schützt diese auch.

- Wir setzen uns deshalb weiterhin für das geplante Zentrum für Stadtnatur in der Orangerie ein und wollen dieses als Leuchtturm der Umweltbildung langfristig etablieren.
- Wir fördern auch in Zukunft die Vernetzung und Kooperation der verschiedenen Vereine und Träger aus dem Bereich Naturschutz.
- Das Darmstädter Umweltdiplom für Kinder entwickeln wir weiter, den Lernort Bauernhof am Hofgut Oberfeld und andere Projekte fördern wir.

Wasser

Als eine wichtige Maßnahme zur Klimaanpassung wollen wir Darmstadt als „Schwammstadt“ entwickeln und somit widerstandsfähig und sicher gegenüber den zu erwartenden Extremwetterlagen machen.

- Um den sorgsamen Umgang mit Wasser zu fördern, werden wir ein kommunales Regenwassermanagement mit Zisternen und Versickerungsflächen aufbauen und Anreize für Privatpersonen setzen, dies ebenfalls zu tun. Ziel ist es, anfallendes Regenwasser lokal aufzunehmen und zu speichern, anstatt es lediglich zu kanalisieren und abzuleiten.
- Hierfür werden wir ein Entsiegelungsprogramm auflegen.
- Weiterhin werden wir die Brauchwassernutzung als Konzept zur Ressourcenschonung in neuen Quartieren einbetten.
- Die Sanierung und Instandsetzung der Darmstädter Brunnen werden wir vorantreiben.

Intakte Gewässer spielen bei der ökologischen Stadtentwicklung sowohl eine gestalterische als auch eine temperatursenkende Rolle. Vernetzte Wasserachsen, Brunnen und Teichanlagen mindern die Folgen steigender Temperaturen. Wir setzen uns für mehr Wasserflächen in der Stadt ein, denn sie wirken an Hitzetagen wie eine natürliche Klimaanlage und können große Regenmengen wie ein Schwamm aufnehmen.

- Wir wollen, wo sinnvoll und möglich, verrohrte Bäche wieder erlebbar machen und ihre Vorteile für die Stadtgestaltung und Klimaanpassung nutzen. Für eine mittelfristige Freilegung verrohrter Bäche halten wir die nötigen Flächen planerisch frei.
- Als einen wichtigen Baustein der Klimaanpassung werden wir die Abkopplung des Meiereibachs vom Kanalnetz und seine Einleitung in den Darmbach umsetzen.
- Die Renaturierung des Darmbachs am Ostparkweg werden wir prüfen.

Bachauen sind „Hotspots“ der Biodiversität. Darüber hinaus tragen sie maßgeblich zum Hochwasserschutz bei.

- Wir werden die Entwicklung natürlicher Bachauen in Darmstadt weiter unterstützen und die Eingriffe in das Ökosystem so minimal wie möglich halten.
- Die Renaturierung des Ruthsenbachs sowie des Apfelbachs sollen fortgesetzt werden, um wertvolle Bachauen zu schaffen.

Biodiversität und Artenschutz

Der Erhalt und die Förderung von Biodiversität ist ein zentrales Thema der Stadtpolitik, die Umsetzung des Programms „25 Schritte für biologische Vielfalt“ wird weiter fortgesetzt und verstetigt – personelle Ressourcen werden geschaffen. Zudem ist Biodiversität auch ein maßgeblicher Faktor unter anderem bei der Vernetzung des urbanen Grüns, der doppelten Innenentwicklung und der Behandlung des Stadtwaldes.

- Eine Biodiversitätsstrategie wird erarbeitet. Synergie-Effekte wollen wir nutzen.
- Dem Naturschutzbeirat möchten wir ein stärkeres Gewicht geben und dessen Fachwissen, wo immer möglich, einfließen lassen.
- Wir werden in Pachtverträgen mit Landwirt*innen festschreiben, dass Ackerrandstreifen artenreich zu gestalten sind und Saatgut heimischer Pflanzen zu verwenden ist.
- Mit der HEAG mobilo wollen wir ein Programm auflegen, um Haltestellendächer als Grüninseln zu entwickeln und sie mit insektenfreundlichen Gewächsen zu bepflanzen. Straßenbahnen sollen, wo immer möglich, auf begrünten Gleisanlagen, bestenfalls auf sogenannten „Sedumgleisen“ fahren.
- Um den Einfluss künstlichen Lichts auf die Tierwelt zu reduzieren, werden wir die Lichtemissionen in unserer Stadt durch geeignete Maßnahmen wie intelligente Straßenbeleuchtung oder einfache Abschirmungen mindern. Dabei muss auch das Sicherheitsempfindens der Bürger*innen Berücksichtigung finden.

Auch den Vogelschutz wollen wir in Zukunft weiter voranbringen. Jährlich kollidieren allein in Deutschland bis zu 18 Mio. Vögel mit verspiegelten oder transparenten Glasflächen. Dieser „Vogelschlag an Glas“ stellt somit eine große Gefahr für die Vogelbestände dar. Wir werden unserer Verantwortung für die Stadtnatur und für die nach Bundesnaturschutzgesetz besonders geschützten heimischen Vogelarten gerecht und nehmen bei öffentlichen Liegenschaften im Bestand und bei Neubau diesbezüglich eine Vorbildfunktion ein.

- In Bebauungsplänen werden wir konkrete Maßnahmen gegen „Vogelschlag“ verbindlich festlegen und diese kontrollieren, um so den bestmöglichen Vogelschutz zu gewährleisten.

Fläche für Fläche naturnah

Städtische Flächen wie Parkanlagen, Spielplätze, Schulhöfe, Friedhöfe und Außenanlagen von öffentlichen Gebäuden möchten wir schrittweise und kontinuierlich zu naturnahen Bereichen mit großer biologischer Vielfalt und gleichzeitig hoher Aufenthaltsqualität umgestalten.

- Bestehende Parks werden saniert und durch die Erhöhung der Biodiversität aufgewertet. Dabei sollen regionales Saatgut und heimische Gehölze/Hecken verwendet werden.

- Auch die Pflege von Grünanlagen und Straßenbegleitgrün soll nach ökologischen Grundsätzen erfolgen.
- Wir werden auch in Gewerbegebieten den Grünanteil deutlich erhöhen und sie mit ökologisch wertvollen, grünen Achsen aufwerten.

Freiraumkonzept und grünes Band

- Wir werden ein Freiraumkonzept erarbeiten, um sowohl den Bestand an Freiräumen, Grünflächen, Grünzügen, Grünverbindungen und Grünstrukturen als auch Defizite und zukünftige Entwicklungsmöglichkeiten darzustellen und zu analysieren.
- Erkannte Potenziale werden wir nutzen und Entsiegelungen vornehmen, um die Vernetzung von Grünräumen zu ermöglichen, die Biodiversität zu erhalten und das Stadtklima zu stärken.
- Wir bekennen uns klar zum Prinzip „Innenentwicklung vor Außenentwicklung“ sowie zur doppelten Innenentwicklung (siehe Kapitel Stadtentwicklung). Sollte es trotzdem, aufgrund von besonderen Belangen der Stadtentwicklung, erforderlich sein, Flächen im Außenbereich zu nutzen (ausgenommen Waldflächen, siehe dazu unten unter Stadtwald), sind in jedem Fall ökologisch vorbeugende Maßnahmen zu ergreifen. Dies könnten sein:
 - Versickerung des Niederschlagswassers auf dem Grundstück oder im jeweiligen Gebiet, zum Beispiel über Rigolen, Sickergruben und Schächte, bemessen auf ein fünfjähriges Regenereignis
 - Ausgleich des Flächeneingriffs im Gebiet durch Maßnahmen zur ökologischen Wertsteigerung der Außenanlagen (wie z.B. Blühwiesen, Vogelschutzgehölze, u.a.), Dach- und Fassadenbegrünung
 - Sofern Ausgleichsmaßnahmen im Gebiet nicht ausreichen, um den ökologischen Wert des Flächeneingriffs mindestens auszugleichen, können diese in Ausnahmefällen auch an anderer Stelle erfolgen.
- Wir werden die barrierearme Fuß- und Radwegeverbindung von der Innenstadt in den Ostwald fortführen, weiterentwickeln und für die Menschen nutzbar und ökologisch erlebbar machen. Sie soll exemplarisch für eine Verknüpfung von Grünbereichen im Sinne des Masterplans DA 2030+ und umweltverträglicher Biotop- und Grünvernetzung sein. Dies wollen wir gemeinsam mit der Initiative Ostparkweg und deren ehrenamtlichem Engagement erreichen.
- Deshalb werden wir beim Grundstück des Trainingsbades am Woog – wenn es im Zuge der Fertigstellung des neuen Nordbades aufgegeben werden kann – bewusst auf eine Neubebauung verzichten. Wir werden vielmehr die Möglichkeit nutzen, den stadtoökologisch wertvollen Grünzug aufzuwerten, zu erweitern und damit zu sichern.

Stadtwald

Rund 49 % der Gemarkungsfläche Darmstadts sind von Wald bedeckt. Damit gehört unsere Stadt zu den waldreichsten Großstädten Deutschlands. Das macht sie besonders lebenswert. Darüber hinaus erfüllt der Wald zahlreiche Ökosystemdienstleistungen, die unverzichtbar sind. Hierzu zählen Boden-, Schadstoff-, Klima-, Lärm- und Wasserschutzfunktionen aber auch Umweltbildungs- und Erholungsfunktionen für die Bevölkerung sowie Naturschutzfunktionen. Durch vermehrte Hitzesommer und häufiger werdende Trockenperioden, Zerschneidungen, Schädlinge und andere Kalamitäten ist der Stadtwald – wie nahezu alle Waldgebiete in Hessen, Deutschland und Mitteleuropa – teilweise stark geschädigt.

Der von dem 2019 gegründeten Gremium „Runder Tisch Wald“ erarbeitete Bericht mit Leitbild und Handlungsempfehlungen ist ein wichtiger Meilenstein hinsichtlich des weiteren Umgangs mit dem Stadtwald. Mit der Beschlussfassung durch Magistrat und Stadtverordnetenversammlung wurde die Umsetzung des Leitbildes mit der Etablierung eines ganzheitlichen Ökosystem-Managements, der umfassende Walderhalt, die klare Priorisierung der Erholungs- und Naturschutzfunktion, die Abkehr von wirtschaftlichen Interessen und einer herkömmlichen Waldbewirtschaftung fest verankert.

- Wir werden zeitnah ein Expertengremium einrichten, das die Verantwortlichen bei der Erarbeitung konkreter Maßnahmen des Waldökosystem-Managements unterstützt und berät.

Kernaufgabe bei der Erhaltung des Stadtwaldes ist die Reduktion von Stressfaktoren wie überhöhter Wildpopulation, Bodenverdichtungen, Zerschneidungen und sonstiger Einwirkungen. Gemäß des Leitbildes ist jedes Waldökosystem erhaltenswert und wird vor Eingriffen und Nutzungsänderungen bewahrt. Gleichzeitig ist es – gerade im Kontext der essenziellen Bekämpfung der globalen Klimakrise – notwendig, Abwägungen und Einzelfallentscheidungen zu treffen. Dies gilt insbesondere bei Fragen von überregionaler Bedeutung wie beispielsweise bei der Schaffung nachhaltiger Mobilität zur Erreichung der ökologischen Verkehrswende, zu deren Gelingen auch Darmstadt einen Beitrag leisten will und muss. Bei diesen notwendigen Abwägungsentscheidungen soll der Erhaltung der Waldflächen, die Minimierung des Eingriffs sowie insbesondere die Vermeidung weiterer Zerschneidungen gegenüber anderen Abwägungskriterien eine herausgehobene Bedeutung beigemessen werden.

- Wir werden die bereits geltenden Sofortmaßnahmen wie unter anderem das Moratorium zum Holzeinschlag, die Waldzustandserhebung, die Einrichtung von Weiserflächen und die Erhöhung des Totholzanteils weiterentwickeln und prüfen, welche Kooperationen wir bei der Umsetzung des Leitbildes weiter eingehen.

Grüninseln und Bäume

Für die Aufenthaltsqualität, den Artenschutz und zur Kühlung der Stadt werden wir mehr Bäume in Darmstadt pflanzen und den Bestand bestmöglich erhalten.

- Bei allen verkehrlichen Planungen wird zukünftig eine Prüfung neuer Baumstandorte bzw. Grüninseln vorgenommen und wenn möglich umgesetzt. Dabei können Parkplätze entfallen.
- Das Aufstellen eines stadtweiten Katasters für potenzielle Baumstandorte werden wir vorantreiben und durch Neupflanzungen den Bestand der Stadtbäume weiter erhöhen.
- Für die Bürger*innen werden wir auch weiter Baumpatenschaften anbieten und Standortmöglichkeiten digital vorstellen.
- Das 2019 gestartete Förderprogramm für private Baumpflanzungen setzen wir fort.
- Bei zukünftigen Baumpflanzungen an Sonderstandorten soll das sogenannte „Stockholmer Modell“ zum Einsatz kommen. Dabei wird die Pflanzgrube mittels eines Schachts be- und entlüftet und Regenabflüsse eingeleitet, um optimale Bedingungen und eine lange Lebenszeit der Bäume zu ermöglichen.
- Wir starten eine Taskforce zur Rettung wertvoller Stadtbäume.

- Zu Erhöhung der Biodiversität und Verbesserung des Stadtklimas wollen wir nach den bereits beschlossenen Modellprojekten weitere Tiny Forests auf Flächen im Stadtgebiet errichten.

Ökomodell-Region und Biostadt Darmstadt

Als Mitglied in der Ökomodell-Region Hessen-Süd setzen wir uns gemeinsam mit den Landkreisen Darmstadt-Dieburg, Groß-Gerau, Bergstraße und Odenwaldkreis für die Ausweitung der ökologischen Landwirtschaft und der Direktvermarktung von Bio-Erzeugnissen ein. In diesem Zuge soll auch Darmstadt als Biostadt weiterentwickelt werden.

- Wir fördern die regionale Vernetzung der gesamten Lieferketten und bieten Beratung für umstellungsinteressierte Betriebe an.
- Der Anteil von Speisen aus Bio- und FairTrade-Produkten in städtischen Einrichtungen und Schulen soll erhöht werden. (siehe Kapitel Bildung und Kapitel Soziales)

Lärmschutz

Die Lärmaktionsplanung des Regierungspräsidiums Darmstadt werden wir weiterhin intensiv begleiten und proaktiv Maßnahmen einbringen, die den Lärmschutz der Bevölkerung weiter verbessern. Schritte zur Minderung des Straßenverkehrslärms werden konsequent umgesetzt, hierbei ist die Geschwindigkeitsreduktion auf 30 km/h nach § 45 Abs. 1 (3) StVO besonders effektiv. (mehr dazu im Kapitel Mobilität)

Frischluftleitbahnen

Wir sichern Bereiche mit hoher Bedeutung für das Stadtklima und sorgen dafür, dass Frischluftleitbahnen erhalten und gestärkt werden. Die Klimafunktionskarte ist eine relevante Grundlage für Planungsprozesse.

Müllvermeidung

- Gemeinsam mit dem Einzelhandel wollen wir Lösungen erarbeiten, wie abgelaufene, aber noch genießbare Lebensmittel über Foodsharing oder die App „too-good-to-go“ kostenlos oder stark vergünstigt angeboten werden können.
- In der öffentlichen Beschaffung soll, wo immer möglich, Plastik vermieden werden.
- Plastik und Einwegartikel sollen aus dem Darmstädter Rathaus, allen Verwaltungsstellen und städtischen Betrieben sowie von städtischen Veranstaltungen verbannt werden.
- Bei öffentlichen Festen in der Stadt werden wir die praktikable Umsetzung von Mehrwegsystemen unterstützen. Dabei soll auf das System der FairCup-Becher und die dazugehörigen ToGo-Schalen zurückgegriffen werden. Schulen und andere städtische Einrichtungen sollen es ebenfalls nutzen. Der lokale Einzelhandel soll ebenfalls bei der Umsetzung dieser Maßnahmen weiter gefördert werden.

Fluglärm

Nach der Aussetzung des Probetriebs der verlagerten Abflugroute AMTIX kurz werden wir uns dafür einsetzen, dass zur Entlastung der Bevölkerung im Darmstädter Norden eine neue, nachhaltig anwendbare

Umfliegungsmöglichkeit mit der bestmöglichen Entlastungswirkung so bald wie möglich umgesetzt wird. Die Erkenntnisse aus dem unterbrochenen Probetrieb sollen hier einfließen, um auch für Wixhausen Verbesserungen zu erzielen.

Wir begrüßen nachdrücklich, dass sich die zuständigen Gremien eindeutig zur weiterhin notwendigen Entlastung der Bürger*innen im Norden von Darmstadt bekannt haben. Wir werden daher die aktuelle Überarbeitungsphase sowie den anschließenden Probetrieb kritisch aber konstruktiv unterstützen. Auch abseits der Abflugroute AMTIX kurz erfordert die Fluglärmbelastung unser Handeln. Wir werden uns daher im Rahmen der städtischen Mitgliedschaften in entsprechenden Gremien und im Schulterschluss mit den anderen betroffenen Kommunen in der Region dafür einsetzen, dass der Betrieb am Frankfurter Flughafen möglichst lärmarm abgewickelt wird. Mögliche Bausteine, die sich auch an die Bundes- und Landesebene richten, sind zum Beispiel:

- Eine Ausweitung der Nachtflugbeschränkung auf die Zeit von 22.00 bis 6.00 Uhr.
- Die Reduzierung der verspäteten Starts und Landungen im derzeit geltenden Zeitraum der Nachtflugbeschränkung von 23.00 bis 5.00 Uhr.
- Die weitere Schaffung von Anreizen zum Einsatz lärmärmerer Flugzeuge am Frankfurter Flughafen.
- Die Optimierung von Abflugverfahren mit Wahl der jeweils lärmärmsten Variante in Abhängigkeit von der Besiedlungsstruktur.
- Vorrang des aktiven Schallschutzes vor passivem Schallschutz
- Die Weiterentwicklung der gesetzlichen Regelungen hin zu wirksamerem passivem Schallschutz, auch für Gebäude in der Nachtschutzzone.
- Die Berücksichtigung aktueller Forschungsergebnisse bei der Überarbeitung gesetzlicher Rahmenbedingungen wie dem Fluglärmschutzgesetz.

Nach dem beispiellosen Einbruch der Luftverkehrswirtschaft während der Corona-Krise darf es keine Rückkehr zu alten Verhältnissen geben. Neben der maßgeblichen Lärm- sowie der Luftschadstoffbelastung durch den Flugverkehr zeigen auch die Treibhausgasemissionen des Flughafens, insbesondere verursacht durch den von ihm ausgehenden Kfz-Verkehr, den hohen Handlungsdruck. Wir werden daher entsprechende Initiativen in Gremien wie beispielsweise der Fluglärmkommission, die diese Punkte bearbeiten, aktiv unterstützen.

4. Soziales: Zusammenhalt für Darmstadt

Die Basis für Teilhabegerechtigkeit ist eine verlässliche und mit den freien Trägern abgestimmte, gemeinsam konzipierte Sozialpolitik. Dabei ist Beteiligung unser Grundprinzip. Sie wird neben den stadtweiten kommunalen Aktivitäten unter anderem auch in Kooperation mit funktionierender Gemeinwesenarbeit vor Ort in den Quartieren praktiziert.

Prävention – Partizipation – Sozialraumorientierung sind unsere Leitlinien; sie wirken vorbeugend und kleinräumig und werden immer begleitet von den Querschnittsthemen Inklusion, Gendergerechtigkeit und Interkulturalität.

In sechs Darmstädter Quartieren, alten wie neuen, gibt es gut funktionierende Gemeinwesenarbeit. Hauptamtliche Kräfte nehmen dabei die Belange der Menschen auf und transportieren die Anliegen bei Bedarf an die entsprechenden Instanzen weiter. Auch in neuen Quartieren und Zuzugsgebieten werden wir nach diesem Vorbild soziale Ankerpunkte schaffen.

Wir sorgen dafür, dass die soziale Infrastruktur in Darmstadt auch in dieser Legislaturperiode finanziell abgesichert ist und weiter bedarfsgerecht ausgebaut wird.

Angesichts einer sich verfestigenden sozialen Spaltung nehmen wir zunehmend Zukunftsängste und Sorgen um den gesellschaftlichen Zusammenhalt wahr. Abstiegsängste und Kummer gefährden das soziale Miteinander und schwächen die Akzeptanz der Demokratie. Uns ist eine Gesprächskultur wichtig, die sicherstellt, dass alle Menschen einbezogen und niemand an den Rand gedrängt wird. Mitbestimmung zuzulassen heißt, einen ständigen Prozess des Auslotens einzugehen und immer wieder miteinander in Kommunikation zu sein.

Sozialer Zusammenhalt

Die Erfahrungen aus den Städtebauförderprojekten „Soziale Stadt“ und „Sozialer Zusammenhalt“ haben gezeigt, dass die Beteiligung der Bevölkerung der Schlüssel zum Erfolg für die Entwicklung der Quartiere ist. Gemeinwesenarbeit setzt auf emanzipatorische, stärkende Sozialarbeit direkt im Quartier und damit auf Selbstbestimmung und Politisierung insbesondere von benachteiligten Bevölkerungsgruppen. Im Kern geht es darum, dass sich Menschen für ihre Bedarfe und Lebensbedingungen selbst einsetzen, sich am politischen Geschehen beteiligen.

- Der baulichen und demografischen Entwicklung von Quartieren stellen wir im Hinblick auf Teilhabegerechtigkeit und Chancengleichheit sowie zur Entwicklung des Gemeinwesens und guter Nachbarschaften ein hauptamtliches Quartiersmanagement zur Seite. Wir werden gemeinsam mit dem Verein „Zusammen in der Postsiedlung“ im Sozialraum Darmstadt-West beginnen und weiterhin das Ludwigshöhviertel, den Süden Eberstadts und als Präventionsraum das Martinsviertel stärken.
- Wo es möglich ist, wird die Aufnahme in das Bund-Länder-Programm „Sozialer Zusammenhalt“ beantragt.
- Die Quartiersarbeit wird über die Bezuschussung freier Träger gestärkt.
- Wir fördern die Erarbeitung eines umfassenden Programms zur Bekämpfung des Phänomens „Einsamkeit“, angesiedelt bei der Gemeinwesenarbeit, der Seniorenarbeit und der Jugendhilfe/Jugendarbeit. Dabei werden wir neue Konzepte zur Bekämpfung von Einsamkeit entwickeln, die Menschen aller Altersstufen unter besonderer Berücksichtigung ihrer Lebenssituation unterstützen und aus der sozialen Isolation holen. Die Erfahrungen, die während der Corona-Pandemie gemacht wurden, nehmen wir mit auf.

- Das Sozialticket, das als Angebot zur Stärkung der Mobilität einkommensarmer Menschen dient, soll angepasst werden, damit noch mehr Berechtigte das Angebot wahrnehmen (zum Beispiel Aufhebung der 9-Uhr-Grenze, Erhöhung des Zuschusses im Rahmen der zur Verfügung stehenden Haushaltsmittel).

Maßnahmen zum Ausgleich der Pandemie-Folgen

Um den Anforderungen angesichts der Folgen der Corona-Pandemie gerecht zu werden, bedarf es besonderer Maßnahmen zur Stärkung des gesellschaftlichen Zusammenhalts sowie der Teilhabe- und Bildungsgerechtigkeit.

- Wir legen deshalb einen zusätzlichen Teilhabe-Pandemie-Ausgleichsfonds auf, mit dem die Coronahilfen von Bund und Land kofinanziert werden.

Anlaufstellen für Familien

Die Stärkung der familienpolitischen Infrastruktur in Darmstadt ist ein dauerhaftes Thema und von besonderer Bedeutung, denn die Anforderungen an Familien wachsen und damit steigt der Unterstützungsbedarf. Wir wollen das Leben für Eltern und Kinder in Darmstadt noch attraktiver gestalten. Dafür werden wir alle Angebote – sowohl städtische als auch von freien Trägern – absichern und konkrete Maßnahmen ausbauen.

- Wir werden das Angebot an Familienzentren und Mehrgenerationenhäusern ausweiten und Programme im Bereich der Frühen Hilfen (Kinder schützen - Familien fördern, Netzwerk Frühe Hilfen) ausbauen und stärken.
- Einer unserer Schwerpunkte liegt darin, Migrant*innen verstärkt in Strukturen einzubinden und die interkulturelle Öffnung der Regeleinrichtungen für Familien zu forcieren.
- Wir wollen Männer in ihrer Rolle und Verantwortung für die Familie unterstützen und der nach wie vor prägenden Rollenzuschreibung durch entsprechende Beratung und Angebote Information und Handlungsvielfalt entgegensetzen.
- In allen städtischen Einrichtungen sollen ausreichend Wickel- und Stillmöglichkeiten vorhanden sein. Die Wickelmöglichkeiten sollen so gestaltet sein, dass sie ebenfalls von Männern genutzt werden können.
- Das Online-Portal familien-willkommen.de entwickeln wir als zentrale Informations- und Kommunikationsplattform für alle weiter. Es soll künftig auch auf mobilen Endgeräten nutzbar sein.
- Wir setzen uns für eine bessere Vernetzung von jungen Eltern mit und ohne Migrationshintergrund ein.
- Wir werden familienfreundliche Aufenthaltsbereiche in der Stadtmitte und in den Stadtteilen schaffen und schützen. Insbesondere die Errichtung eines (Indoor-)Spielplatzes in der Innenstadt wollen wir prüfen.

Ausbau der Kinderbetreuung

Für die Vereinbarkeit von Beruf und Familie und eine optimale Förderung der Kinder ist eine qualitativ gute Kinderbetreuung absolut wichtig, das hat die Corona-Krise einmal mehr deutlich gemacht. Wir nehmen die Anliegen der Darmstädter Familien ernst und handeln im Bereich der Betreuung im Sinne der Eltern und Kinder. Dabei sind Qualität und Quantität unsere Leitlinien.

- Die Kinderbetreuung werden wir weiterhin bedarfsgerecht und in bewährter Qualität ausbauen. Dabei setzen wir gleichermaßen auf kommunale Angebote wie auf freie und kirchliche Träger.
- Das Kita-Sanierungsprogramm wird kontinuierlich und klimagerecht fortgesetzt.
- Wir werden in dieser Legislaturperiode jede Kita durch gezielte Sprachförderung als „Sprachkita“ etablieren und das Programm „Kita-Einstieg: Brücken bauen in frühe Bildung“ gemäß den Anforderungen des Bildungsberichtes verstetigen. Dafür nutzen wir die finanziellen Mittel des Bundes und des Landes und stellen qualifiziertes Personal ein. Nach Auslaufen der Fördermittel werden wir die Aufgaben fortführen.

Die Kitas haben sich in den vergangenen Jahren von einer Betreuungseinrichtung zu einer Bildungs- und Erziehungseinrichtung gewandelt. Durch den Auftrag, für mehr Chancengleichheit und Bildungsgerechtigkeit zu sorgen, sind die Fachkräfte stark gefordert. Die Herausforderungen sind vielfältig: gesetzlich verankerte Inklusion, ein 56-prozentiger Anteil von Kindern mit Migrationshintergrund, Kinder mit Fluchtgeschichte und zunehmend mehr Heranwachsende aus Familien, die erzieherische Hilfen in Anspruch nehmen.

- Wir werden weiterhin alle Anstrengungen unternehmen, um dem Bedarf an Fachkräften in Darmstadt gerecht zu werden. In der Metropolregion Rhein-Main stehen wir dabei in einem starken Wettbewerb. Es braucht finanzielle Anreize und gute Rahmenbedingungen, um die Fachkräfte in der Kinderbetreuung halten und neue gewinnen zu können.
- Wir werden die Entgeltgruppe S8b für alle Kita-Fachkräfte in Darmstadt auf einen realistischen Weg bringen und zeitnah einführen. Dafür werden wir auch an die Tarifvertragsparteien appellieren, alle Fachkräfte in der Kinderbetreuung in einheitliche Entgeltgruppen einzugruppieren und die Tarifmerkmale, die erfüllt sein müssen, um eine besonders schwierige Tätigkeit nachzuweisen, ersatzlos zu streichen.
- Wir werden alle Maßnahmen, um Nachwuchskräfte in der Kinderbetreuung zu gewinnen, fortsetzen und intensivieren. Hierzu gehört insbesondere die praxisintegrierte vergütete Ausbildung (PivA), aber auch die Teilzeit-Ausbildung, die verschiedenen Praktika und die Werbung an den Berufsfachschulen. Eine Strategie zur stadtweiten Fachkräfte-Akquise für die Kindertagesbetreuung wird umgesetzt.

Kinder- und Jugendarbeit

Kinder und Jugendliche zu fördern und bei der Entwicklung ihrer Kompetenzen zu unterstützen, ist auch Aufgabe der außerschulischen Bildungsarbeit. Hierfür wurde die Kinder- und Jugendarbeit in Darmstadt neu strukturiert. Das aktuelle Rahmenkonzept entspricht den Anforderungen an eine moderne, an den Interessen und Lebenslagen orientierten Kinder- und Jugendarbeit.

Die Heranwachsenden leben in digitalen Welten, ihr Alltag und ihr Freizeitverhalten haben sich verändert. Diese Entwicklung schlägt sich insbesondere in der offenen Kinder- und Jugendarbeit nieder. Von daher müssen hier Angebote angepasst werden.

- In Zeiten der zunehmenden Digitalisierung wollen wir neben der digitalen Infrastruktur vor allem einen wesentlichen Akzent auf die Medienkompetenz und medienpädagogischen Angebote setzen. Dafür werden wir das Haus der digitalen Medienbildung und die Kooperationsprojekte mit dem

Institut für Medienpädagogik und Kommunikation (MUK) absichern, wie zum Beispiel das Mediendiplom.

- Wir wollen, dass alle Schulkinder, Eltern und Erziehungsverantwortlichen sowie das pädagogische Fachpersonal auf dem Weg in die digitale Transformation abgeholt und gut begleitet werden. (mehr dazu siehe Kapitel Digitalisierung)
- Analog der Entwicklung der Zahlen der Schüler*innen und der Anforderungen an Bildungs- und Teilhabegerechtigkeit sowie im Hinblick auf inklusive gebundene Ganztagschule werden wir die Schulsozialarbeit als Programm der kommunalen Jugendhilfe ausbauen und stärken. Gleichzeitig werden wir Landes- und Bundesprogramme verknüpfen und den Ansatz der Sozialraumorientierung, Prävention und Partizipation multiprofessionell weiterentwickeln.
- Projekte der Umweltbildung, die zur Stärkung reflektierten und eigenverantwortlichen Handelns der Darmstädter*innen – ob jung oder alt – beitragen, werden wir fördern. Konkret führen wir die Bezuschussung des Lernorts Bauernhof am Hofgut Oberfeld fort und nehmen das Zentrum für Stadtnatur, das unter der Trägerschaft des BUND steht, in die Betriebskostenförderung auf. Weitere Projekte werden jeweils in den Haushaltsberatungen aufgegriffen.
- Um eine vielseitige Jugendarbeit zu garantieren, braucht es barrierefreie, kostenlose und attraktive Angebote im Sozialraum. Insbesondere über niedrigschwellige Sport- und Bewegungsangebote können junge Menschen abgeholt und begeistert werden. Wir werden in Kranichstein, Eberstadt und im Pallaswiesen-/Mornewegviertel (Pa*Mo) Calisthenik-Parks aufbauen, die gemeinsam mit den Jugendlichen geplant werden. Weiterhin wollen wir die Sport- und Work-out-Geräte im Bürgerpark sanieren, instandhalten und ähnliche an den Woogsdamm bringen. Den Aufbau von BMX-, Skate- und Pump-Track-Anlagen in den Stadtteilen werden wir forciert angehen.
- Wir wollen die Angebote auch mit den stadtweiten Aktivitäten der Jugendclubs in den Bereichen Bewegung, Ernährung und Sport verbinden und gleichzeitig die beim Verein Netzwerk ROPE e.V. angesiedelte Suchtpräventionsstelle im Hinblick auf stoffliche und nichtstoffliche Süchte (wie z. B. Internet) ausbauen.
- Wir werden evaluieren, inwieweit Sozialarbeiter*innen und Sportpädagog*innen beispielsweise im Bürgerpark und an Skateparks weitere Unterstützung zur Integration leisten können. In Verbindung damit sollen Leihoptionen für gebrauchte oder gespendete Ausrüstungen für sozial Benachteiligte etabliert werden.
- Der Abbau von Rollenstereotypen erschließt eine Fülle von Lebensentwürfen, schafft mehr Chancengerechtigkeit und ist ein zentraler Präventionsbaustein vor häuslicher und sexualisierter Gewalt. Wir setzen daher geschlechtsspezifische Arbeit in der Bildungsplanung, der Kinder- und Jugendarbeit sowie der Berufsberatung als Querschnittsthema voraus und unterstützen die differenzierte Herangehensweise und Förderung von Mädchen und Jungen.

Subkultur und Freiräume für Entfaltung

Wir freuen uns über engagierte, neue Jugendbewegungen und sehen zeitgenössische Interpretationen von vorherrschender Kultur als Bereicherung für unsere Gesellschaft an. Uns ist es wichtig, dass diese eigenständige Subkultur Teil der Darmstädter Kulturlandschaft bleibt und auch weiterhin einen eigenständigen Erlebnis- und Erfahrungszusammenhang neben den etablierten Kultureinrichtungen der Stadt bietet. In der offenen Kinder- und Jugendarbeit wird mit dem stadtweiten Angebot diesbezüglich ebenfalls ein besonderer Akzent gesetzt.

- Freiräume für Entfaltung und Subkultur wollen wir stärken. Die Unterstützung der legalen Graffiti-Szene an freigegebenen Flächen ist uns dabei ebenso wichtig wie die Jugendkulturarbeit zum Beispiel in der Oetinger Villa.
- Auch wollen wir Kinder anregen, sich kulturell zu betätigen. Im Rahmen des jährlich stattfindenden Weltkindertages werden wir spezielle Akzente setzen, wie zum Beispiel ein Kinder-Mit-Mach-Festival oder eine Kinder-Kunst-Allee, Kindermeile 1 Kilometer für Kinder bis hin zur Einrichtung eines Kindermuseums.

Teilhabechancen von Menschen mit Behinderung stärken

Im Sinne der UN-Behindertenrechtskonvention werden wir weiterhin alle politischen Entscheidungen auf Inklusion ausrichten und die gerechte Teilhabe durch inklusive Strukturen fördern. Dabei geht es auch um konsequente Übersetzung in einfache Sprache, Ausbau und Erhalt inklusiver Spielplätze, Abbau von baulichen Barrieren und digitale Teilhabe.

- Die Koordinationsstelle „Inklusive Projekte“ wollen wir personell stärken und die Querschnittsaufgabe in alle Bereiche implementieren.
- Den Aktionsplan „Darmstadt auf dem Weg zur inklusiven Stadt“ setzen wir weiterhin um und bauen auf den Ergebnissen der Evaluation auf.
- Menschen mit Behinderung und Vereine, die Angebote für Menschen mit Behinderung anbieten, werden wir in Zukunft noch intensiver beteiligen. Wir werden mit ihnen gemeinsam Formate erarbeiten, um ihre Bedarfe und Perspektiven stärker in die Stadtplanung und Stadtgestaltung mit einzubeziehen.
- Die Kinderspielplätze in den Stadtteilen werden wir sanieren, pflegen und barrierefreie ausbauen.
- Wir fördern Inklusion auch durch mehr Toiletten in öffentlichen Bereichen wie zum Beispiel im Herrngarten und im Bürgerpark. Die Toiletten müssen barrierefrei sein.

Mitbestimmung von Kindern und Jugendlichen

Eine kinder- und jugendgerechte Stadtentwicklung bezieht die Heranwachsenden aktiv ein und berücksichtigt bei allen Entwicklungsprojekten ihre Bedürfnisse. Denn egal, ob Schule, Freizeit oder Wohnviertel: Kinder und Jugendliche wissen, was sie brauchen und haben ein Recht darauf mitzureden.

- Ein wichtiger Arbeitsschwerpunkt in dieser Legislaturperiode wird daher die Beteiligung von Kindern und Jugendlichen bilden. Gemeinsam mit jungen Menschen wird es einen Prozess geben, der vom Jugendbildungswerk geleitet und mit dem Büro der Bürgerbeauftragten abgestimmt wird, um passgenaue Beteiligungsformate für die diversen Zielgruppen zu erarbeiten.

Bürgerschaftliches Engagement

Die Stadtgesellschaft wird auf allen Gebieten von ehrenamtlichem Engagement der Bürger*innen bereichert. Die Ehrenamtlichen leisten einen unverzichtbaren Beitrag zum sozialen Zusammenhalt und der Förderung des Gemeinwohls, zur kulturellen Vielfalt, zur Aufrechterhaltung der sportlichen Infrastruktur, zur Chancengerechtigkeit und Willkommenskultur, zur politischen Bildung und in vielen weiteren Bereichen und Zusammenhängen wie Vereinen, Verbänden, im religiösen Kontext, in der Kinder- und Jugendarbeit, der Alten- und Behindertenhilfe, in Beiräten, Kommissionen und in der Politik.

Die Stadtgesellschaft unterstützt nicht nur durch zusätzliche ehrenamtliche Angebote und Beteiligung als

Expert*innen fachlich und in eigener Sache, sie thematisiert auch politische Themenstellungen und trägt damit zu einer differenzierten Diskussionskultur bei.

- Um das Ehrenamt weiter zu stärken und zu unterstützen, werden wir die koordinierenden Institutionen beim Paritätischen, die Freiwilligenagentur und das Selbsthilfebüro sowie den Verein Ehrenamt für Darmstadt stärken und ihnen bei der Arbeit zur Seite stehen.

Besonders unterstützen wir das ehrenamtliche Engagement von jungen Menschen in unserer Stadt. Sie zeigen neben Schule, Ausbildung oder Studium eine enorme Bereitschaft, sich für andere einzusetzen und für das Gemeinwohl einen Beitrag zu leisten.

- Jugendverbände und -vereine werden wir deshalb weiterhin so gut ausstatten, dass auch ausreichend Zeit bei den Hauptamtlichen vorhanden ist, die freiwillig Engagierten gut zu begleiten und zu fördern.

Für junge Menschen wollen wir Anreize schaffen, sich ehrenamtlich zu engagieren. Die Ausbildung zu Jugendleiter*innen ist für viele Bereiche eine wichtige Voraussetzung, um qualifiziert ehrenamtlich aktiv sein zu können. Diese neben den sonstigen Verpflichtungen im Alltag zu absolvieren, ist eine besondere Herausforderung für junge Menschen.

- Deshalb wollen wir die Jugendleiter*innen Card (JuLeiCa), die alle Jugendleiter*innen nach der Ausbildung erhalten, mit attraktiven und motivierenden Angeboten ausbauen.
- Um das Wirken der Ehrenamtlichen sichtbar zu machen und zu würdigen, halten wir die Ehrungen für freiwillig Engagierte aufrecht.
- Gerade junge Menschen fühlen sich umso motivierter, wenn sie erkennen, dass ihr Beitrag für die Gesellschaft wahrgenommen und geschätzt wird. Die Jugendehrung findet daher einmal jährlich in einem attraktiven Rahmen statt, die Preisgelder für die Einzel- und die Gruppenehrungen behalten wir bei.
- Die Ehrenamtskarte soll in Zukunft um konkrete und umweltbewusste Angebote erweitert werden, die dabei helfen, die ehrenamtliche Arbeit und den Alltag der engagierten Bürger*innen zu erleichtern. Dafür soll geprüft werden, wie etwa der Zugang zu Car- oder Bikesharing sowie Software oder die Unterstützung der Infrastruktur in das Angebot eingebunden werden können.
- Gemeinsam mit der Stadtgesellschaft wollen wir für Respekt und Anerkennung im öffentlichen Raum werben. Dies reicht von gleichberechtigter Mobilität mit Rücksichtnahme auf schwächere Verkehrsteilnehmende über die Nutzung öffentlicher Räume und Wahrnehmung der Anliegen von Nachbarschaften bis hin zur Akzeptanz aller Menschen in der Innenstadt – also in der Mitte unserer Gesellschaft.

Armut und soziale Ausgrenzung verhindern

Auch künftig wird es die entscheidende Herausforderung sein, Armut, soziale Ausgrenzung und daraus entstehende Benachteiligungen zu verhindern. Gute Bildung, gute Infrastruktur und Zugang zum Arbeitsmarkt sind zentrale Voraussetzungen.

Armut schadet uns allen: den Menschen, die um ihre Zukunftschancen und die Aussicht auf ein

selbstbestimmtes Leben beraubt werden, ebenso wie dem gemeinsamen Miteinander, das auf die Talente und Fähigkeiten aller angewiesen ist.

- Angebote für besonders benachteiligte Zielgruppen, wie obdachlose Menschen oder Menschen mit Suchterkrankungen sichern wir ab und weiten sie bedarfsorientiert aus. So verfolgen wir weiterhin den Neubau der Drogenhilfeeinrichtung Scentral, bauen das Angebot für obdachlose Menschen zielgruppenspezifisch aus und flankieren die Unterbringung weiterhin mit pädagogischer Begleitung.
- Die Schuldner- und Insolvenzberatung sowie die Wohnungssicherungsstelle werden wir weiterentwickeln.
- Ausgehend von der Anforderung, dass Wohnen im Sozialraum ein Menschenrecht ist, fördern wir besondere Projekte zur Unterstützung bei der Wohnungssuche für obdachlose Menschen und Geflüchtete, die in Erstwohnhäusern leben.
- Zur Unterstützung von Menschen, die Transferleistungen beziehen, wollen wir den Umzug der Darmstädter Tafel in eine größere und moderne Liegenschaft fördern und dies mit einem höheren Zuschuss flankieren.
- Um unseren Ansatz „Prävention vor Repression“ zu fördern, wollen wir die Leitung des Kommunalen Präventionsrates (KPRD) mit der Koordinationsstelle „Kompass“ im Bürger- und Ordnungsamt zusammenlegen und damit der Prävention in diesem Amt einen hohen Stellenwert einräumen.
- Wir unterstützen weiterhin die Suchtberatung und ihre Weiterentwicklung durch freie Träger.

Selbstbestimmt älter werden

Darmstadt wächst – Wachstum und Demografie vergrößern erfreulicherweise die Anzahl der älteren Bürger*innen. Ihre Lebensentwürfe und Lebenssituationen sind sehr unterschiedlich und benötigen eine differenzierte Betrachtung, dabei beziehen wir ältere Menschen als Expert*innen in eigener Sache ein.

- Um dem Anspruch gerecht zu werden, die „Demenzfreundliche Stadt“ gemeinsam mit Vereinen und Initiativen weiterzuentwickeln, fördern wir das Demenzforum e.V. mit einem einmaligen Investitionszuschuss in Höhe von bis zu 100.000 Euro zur Sanierung des Memory-Hauses als Anlauf- und Beratungsstelle im Martinsviertel.
- Seniorengerechte Stadtentwicklung ist uns ein wichtiges Anliegen, deshalb fördern wir generationenübergreifende Wohnprojekte und Barrierefreiheit im öffentlichen Raum. Dabei ist uns wichtig, die Bedarfe alleinstehender älterer Menschen, Menschen mit Behinderungen oder auch älterer Migrant*innen abzufragen und in die Planungen einzubringen.
- Wir werden das Ehrenamt im Umfeld der Seniorenarbeit stärken und setzen uns für die Schaffung von Internet-Cafés in allen Stadtteilen ein. Flankierend etablieren wir umfangreiche Beratungs- und Betreuungsangebote für den „digitalen Alltag“ älterer Menschen.
- Wir werden den Darmstädter Seniorentag dauerhaft finanziell fördern.
- Wir fördern Sozialraumangebote im Sinne der Pflegebedarfsplanung und beziehen diese bei städtebaulichen Überlegungen mit ein. Dazu gehören Projekte wie Hiergeblieben e.V. oder auch Angebote der Tagespflege als ergänzende Unterstützung für pflegende Angehörige. Wir sind offen für passende Modellprojekte, die den Alltag von Pflegenden und Gepflegten erleichtern.

Bezahlbares Wohnen – Sozialpolitische Aspekte von Wohnungspolitik

Um den Wohnungsbau – insbesondere für niedrige und mittlere Einkommensgruppen – weiter voranzutreiben und politisch zu steuern, wurden 2019 alle politische Maßnahmen in einem „Wohnungspolitischen Konzept“ gebündelt. Jedes geeignete Instrument von der Sozialquote bei der Vergabe städtischer Wohnbaugrundstücke (25 % als geförderte Wohnungen für geringe Einkommen und 20 % als Wohnraum für Menschen mit mittlerem Einkommen), über die einkommensabhängige Mietendeckelung bis zur sozialgerechten Bodennutzung wurde angeschaut und bewertet, sodass sie seither noch wirkungsvoller zum Einsatz gebracht werden können.

- Die 21 Maßnahmen des „Wohnungspolitischen Konzepts“ zur Förderung bezahlbaren Wohnens setzen wir kontinuierlich und konsequent um.
- Neben der verbindlichen Quotenregelung legen wir einen Schwerpunkt auf den quantitativen Ausbau von klimagerechten, bezahlbaren, urbanen Wohnungen in Quartieren mit hohem Grünflächenanteil, sozialer Infrastruktur und nachbarschaftlichem Miteinander.
- Der Weg der sozial-ökologischen Transformation muss auch in der Wohnungswirtschaft unterstützt werden. Die bauverein AG als kommunales Wohnungsunternehmen stärken wir mit einer Aufstockung des Eigenkapitals in Höhe von 100 Mio. Euro zur Unterstützung der Handlungsfähigkeit und insbesondere der energetischen Sanierung des Wohnungsbestandes.

5. Gesundheit: Daseinsvorsorge für die Menschen

Gesundheit ist eines der höchsten menschlichen Güter. Das hat die Corona-Pandemie deutlich gezeigt. Gesundheitsversorgung im Rahmen kommunaler Daseinsvorsorge ist für uns von besonderer Bedeutung. Der Zugang zu gesundheitlicher Prävention und medizinischer Behandlung ist existenziell und muss für alle Menschen möglich sein, sowohl im ambulanten als auch im stationären Bereich.

- Wir stärken den Gesundheitsstandort Darmstadt, weil dies eine wichtige kommunale Daseinsvorsorge ist.
- Wir stehen zur kommunalen Trägerschaft der Klinikum Darmstadt GmbH, insbesondere auch in Krisenzeiten. Wir unterstützen die erfolgreiche Umsetzung des Businessplans, den zielgerichteten und optimierten Ausbau der Leistungen und weitere bedarfsgerechte Spezialisierungen des Klinikangebots.
- Die Corona-Pandemie hat gezeigt, dass wir den Pandemieplan überarbeiten, Schutzausrüstung vorhalten und das Gesundheitsamt stärken und reformieren müssen: Mit Digitalisierung und mehr Personal soll die aufsuchende Versorgung, ausgerichtet an gesundheitspolitisch wichtigen Bereichen wie psychosoziale Versorgung und Prävention, ausgebaut werden.
- Wir gründen ein „Haus der Gesundheit“ als erste Anlaufstelle bei gesundheitlichen Problemen oder Fragestellungen – analog zum Pflegestützpunkt. Auch hier handelt es sich nicht um ärztliche Versorgung, sondern um eine Lotsenfunktion. Dieses Haus wird ein Ort der Gemeinwesenarbeit sein, bleibt mit seinen Angeboten niedrigschwellig an den Familien dran und vernetzt Beratungsstellen. Es fördert die Gesundheitserziehung und Gesundheitsversorgung auch sozial benachteiligter Menschen und ist präventiv tätig. Das „Haus der Gesundheit“ soll bei der Koordination des Gesunde Städtenetzwerkes angebunden sein und könnte gegebenenfalls als Koordinierungsstelle im Memory-Haus im Martinsviertel angesiedelt werden, um Synergien zu schaffen. Dafür müssen Haushaltsmittel (zum Beispiel für Miete und Personal) eingestellt werden. Fördermittel sollen, wo möglich, dafür akquiriert werden.
- Um das Gesundheitsangebot auch in die Stadtteile zu tragen, wollen wir Gesundheitslots*innen etablieren, die zusammen mit dem „Haus der Gesundheit“ Unterstützung bieten und als Ansprechpartner*innen zur Verfügung stehen. Um diese Angebote in den Stadtteilen zu verankern, wollen wir das „Haus der Gesundheit“ um „Kioske der Gesundheit“ in den Quartieren erweitern. Diese können in bereits bestehenden Räumlichkeiten der Quartiersarbeit integriert und damit auch Standort der Gesundheitslots*innen werden.
- In den Quartieren und auf Stadtteilebene schaffen wir bedarfsgerechte Angebote für Pflegebedürftige und demenziell Erkrankte, für Migrant*innen sowie Geflüchtete.
- Um die Inklusion auch im Bereich Gesundheit voranzubringen, setzen wir uns für eine barrierefreie Gesundheitsversorgung und die Evaluation des Aktionsplans „Auf dem Weg zur inklusiven Stadt“ ein.
- Zur Suizidprävention und zur Verbesserung der Versorgung psychisch Erkrankter stützen wir den Krisendienst des Deutschen Caritasverbandes e.V. und bauen dort einen 24-Stunden-Krisendienst auf.
- Um die Vor- und Nachsorge in der Geburtshilfe zu stärken, unterstützen wir die freien Hebammen und Entbindungspfleger sowie die Hebammenambulanz.

- Zur Stärkung der Gesundheitserziehung und gesunden Ernährung sorgen wir für eine flächendeckende Versorgung von Kitas und Schulen mit gesundem Mittagessen aus regionalen Bioprodukten. Zur Förderung der Ernährungskompetenz und Gesundheitsbildung stellen wir die Kitas und Schulen zudem mit Lehrküchen aus. Perspektivisch soll der Eigenbetrieb für kommunale Aufgaben und Dienstleistungen (EAD) möglichst viele Schulen mit Mahlzeiten aus regionalen, Bio- oder FairTrade-Produkten beliefern. Mindestens ein Angebot soll vegetarisch/vegan sein.
- Um den Wissenschaftsstandort zu stärken, unterstützen wir die Gründung des Vereins „Kompetenzzentrum für digitale Medizin“. Damit sollen digitalmedizinische Anwendungen für den Datenaustausch etabliert und eine Vernetzung von Kliniken und Forschungseinrichtungen gefördert werden – auch über die Datenplattform der Digitalstadt Darmstadt GmbH. Beim Datenschutz und der Wahrung ethischer Leitplanken werden dabei keine Abstriche gemacht.
- Wir setzen uns bei der Kassenärztlichen Vereinigung für die ärztliche Versorgung HIV-positiver Menschen und für eine bessere Versorgungsquote von (Fach-)Ärzt*innen auf Stadtteilebene ein.
- Wir erhalten die Substitutionsambulanz.
- Wir setzen uns für den Aufbau eines Drug-Checking ein.
- Sollte sich für Städte die Möglichkeit eines Modellversuchs „Cannabis“ ergeben und dieser eine entsprechende Genehmigung durch das Bundesinstitut für Arzneimittel und Medizinprodukte erhalten, werden wir diese Option prüfen lassen und gesundheitspolitisch und wissenschaftlich begleitet umsetzen.
- Um die Rechte und die Sicherheit von Prostituierten zu stärken, bauen wir das Projekt OYA aus.

6. Gesellschaft

6.1. Bürgerbeteiligung: frühzeitig, dialogbasiert und konstruktiv

Die Beteiligung von Bürger*innen ist ein zentrales Anliegen der Wissenschaftsstadt Darmstadt. Die bestehenden Leitlinien zur Bürgerbeteiligung bilden die Grundlage für eine frühzeitige, dialogbasierte und konstruktive Zusammenarbeit. Sie zeigen auf, wie die Darmstädter*innen an städtischen Entscheidungsprozessen beteiligt werden sollen.

- Wir stehen für eine lokale und nachhaltige Beteiligung von Bürger*innen. Diese wollen wir erreichen, indem wir die Prozesse für alle transparent und durchlässig gestalten. Aus einer Untersuchung der bisherigen Ansätze sollen weitere Verbesserungen abgeleitet werden.
- Das Konzept der Bürgerbeteiligung in Darmstadt wird in Bezug auf die verwendeten Kommunikationskanäle, Plattformen, Formate, beteiligten Gruppen und Firmen evaluiert, gesamtheitlich neu gedacht und erstellt. Gegebenenfalls werden dabei externe Expert*innen herangezogen. Die Beteiligung soll niedrigschwellig, kontinuierlich, lokal, verständlich, transparent, proaktiv und unmittelbar erfolgen.

Folgende Maßnahmen sollen künftig unterstützend wirken:

- Die übergeordneten Ziele sind, ein nachvollziehbares Verwaltungshandeln sowie eine frühzeitige und gute Beteiligung bzw. Information der Bürger*innen. Dies kann nur gemeinsam erreicht werden. Alle Mitarbeitenden der Stadt sind daher bei der Erfüllung dieses Anspruches maßgeblich gefragt. Sei es beim bürger- und serviceorientierten Kontakt, wenn Bürger*innen Fragen, Ideen oder Anmerkungen zu städtischen Vorhaben haben (wie dies im städtischen Leitbild beschrieben ist) oder bei der Umsetzung und Planung von definierten Bürgerbeteiligungsmaßnahmen.
- Die Arbeit des Arbeitskreises Bürgerbeteiligung wird gestärkt. Die Zusammensetzung soll evaluiert werden, um Gruppen, die empirisch belegt benachteiligt sind und sich dadurch weniger beteiligen, besser einzubinden. In diesem Zusammenhang wird die Einrichtung eines Beteiligungsbeirats geprüft. Dieser soll nach gutem Vorbild der bestehenden Beiräte eingerichtet und besetzt werden und Beteiligungsprozesse in Darmstadt kontinuierlich evaluieren und gegebenenfalls eine Nachsteuerung anstoßen.
- Der Bürgerhaushalt wird weiterentwickelt. Das aktuelle Budget, über das die Bürger*innen selbst verfügen können, soll auf einen Euro pro Einwohner*in angehoben werden. Die Lokale Agenda inklusive ihrer Budgetansätze wird in die Bürgerbeteiligung eingegliedert.
- Die Realisierung von Bürgerbeteiligung ist eine Querschnittsaufgabe. Wichtig ist dabei eine klare Koordination der Abläufe und der eingesetzten Beteiligungsinstrumente. Diese Funktion hat das Büro der Bürgerbeauftragten inne, das sich in der Vergangenheit bei Verwaltung und Bürgerschaft als zentrale Koordinationsstelle für Bürgerbeteiligung etabliert hat und auch der Stadtverordnetenversammlung offensteht.

Zur eindeutigeren Positionierung wird es künftig in eine Stabsstelle „Bürgerbeteiligung & Dialog“ umgewandelt. Diese wird in ihren zentralen Aufgaben gestärkt. Ihre Einbindung bei der Planung von Bürgerbeteiligung muss explizit verpflichtend sein. Die Stellen zur Konzeption, Durchführung und Nachbereitung von Beteiligungsformen werden aufgestockt. Die Höhe der Aufstockung wird evaluiert. In einem ersten Schritt werden zwei weitere Stellen geschaffen. Dadurch soll weitere

stadteigene Expertise aufgebaut werde. Ziel ist, das Thema nah an der Verwaltung zu halten und es so weiter in diese sowie in die Stadtwirtschaft hineinzutragen.

- Die bestehenden digitalen Lösungen zur Beteiligung von Bürger*innen werden evaluiert und gegebenenfalls erweitert. Dabei wird sichergestellt, dass die Informationen auch jederzeit mobil abrufbar sind. Für die Antragsteller*innen soll transparent sein, in welcher Phase sich ihr jeweiliges Anliegen befindet und welche Gründe es möglicherweise für eine Ablehnung gibt, um diese nachvollziehen zu können und eine Nachbesserung gegebenenfalls zu ermöglichen.
- Wir fördern mehr und eine breitere Öffentlichkeitsarbeit für die Beteiligungsmodelle. Den Darmstädter*innen wird dabei näher gebracht, welche Möglichkeiten der Mitbestimmung für sie bestehen. Um eine differenzierte und ausgewogene Beteiligung zu erreichen, werden unterschiedliche Bevölkerungsgruppen angesprochen.
Im öffentlichen Raum und im Social-Media-Bereich werden vermehrt Kampagnen zur Beteiligung durchgeführt. Dazu gibt es regelmäßige Info- und Beteiligungsstände in der Innenstadt und in den Stadtteilen. Diese Maßnahmen sind auch durch analoge Formate wie Flyer, Postwurfsendungen etc. zu unterstützen, insbesondere soll die existierende Vorhabenliste zu einem neuen Beteiligungskatalog (mit Gesamtübersicht, Kartendarstellungen, Projektsteckbriefen mit Statusberichten sowie zusätzlichen interaktiven Beteiligungsmöglichkeiten) weiterentwickelt werden.
- Die bereits bestehenden Stadtteilforen und -runden wollen wir stärken. Sie sollen unterstützt und in Informations- und Beteiligungsstrukturen eingebunden werden. Wir regen an, dass ein Teil des Bürgerbudgets den Stadtvierteln zur Verfügung steht.
- Wir werden zudem die Einrichtung eines mobilen Darmstadt Forums prüfen, das jedes Mal in einem anderen Stadtteil stattfindet. Dadurch können Verwaltung und Magistrat flexibel auf den aktuellen Informations- bzw. Konsultationsbedarf innerhalb einzelner Stadtteile reagieren. Auch das Voting der Bürger*innen soll zur Orientierung dienen.
- Wir werden in Darmstadt das Format der Bürgerräte einführen.
Im Rahmen von Bürgerräten beraten zufällig ausgewählte Bürger*innen in einem festgelegten Zeitraum über eine konkrete Fragestellung und erarbeiten Handlungsempfehlungen und Impulse für die öffentliche Auseinandersetzung und die parlamentarische Entscheidung.
Sie können auf Initiative der Stadtverordnetenversammlung oder des Magistrats zu einer konkreten Fragestellung eingesetzt werden.
Den Bürgerräten kommt dabei eine rein beratende Funktion zu. Sie sprechen Empfehlungen aus, mit denen sich Magistrat und Stadtverordnetenversammlung in einer öffentlichen Debatte auseinandersetzen, die aber nicht bindend sind.
Ziel ist es, die Diversität von Bürgerbeteiligung zu verbessern und eine breite Beteiligung herzustellen, die informierte Empfehlungen formuliert. Multiple Perspektiven der Bevölkerung fließen in die politische Entscheidungsfindung ein und die Entscheidungsqualität kann sich erhöhen. Der erste Bürgerrat wird in Form eines Pilotprojekts gebildet. Das Thema legt die Stadtverordnetenversammlung fest, die den Bürgerrat anschließend auch beauftragt. Im Anschluss an den Prozess erfolgt eine Auswertung.

6.2. Vielfalt, Demokratie und Internationales

Vielfalt anerkennen und zum Standard entwickeln

Demokratieförderung und die Gestaltung einer vielfältigen und weltoffenen Stadtgesellschaft sind angesichts zunehmender populistischer, rechtsextremer, rassistischer, antisemitischer sowie homo-, bi- und trans*feindlicher Tendenzen eine der größten gesellschaftspolitischen Herausforderungen der nächsten Jahre.

Beauftragt mit der Entwicklung von Strategien und der Umsetzung von Maßnahmen zur Gestaltung einer vielfältigen, diskriminierungs- und rassismusfreien Einwanderungsgesellschaft ist in Darmstadt das Amt für Vielfalt und Internationales.

Die Tatsache, dass Deutschland ein Einwanderungsland ist, ist erst seit kurzer Zeit Konsens; lange galt das Prinzip einer homogenen Mehrheitsgesellschaft. Heute haben 40 % der in Darmstadt lebenden Menschen einen Migrationshintergrund. Das heißt, sie haben eigene Migrationserfahrung oder einen Elternteil, der im Ausland geboren wurde. Sie alle sind längst zu einem selbstverständlichen und nicht mehr wegzudenkenden Teil unserer Stadt geworden. Für die meisten ist die Zugehörigkeit zu Deutschland und zu Darmstadt ebenfalls selbstverständlich.

Darmstadt lebt seine Weltoffenheit und Internationalität nach innen und außen

Wir sind und bleiben eine weltoffene Stadt! Wir haben die Phase der Fluchtzuwanderung ab 2015 mithilfe der gesamten Stadtgesellschaft erfolgreich gemeistert. In den kommenden Jahren steht die Integration der nach Darmstadt geflüchteten Menschen, die hier ihre neue Heimat gefunden haben, im Fokus. Dazu setzen wir bereits in allen gesellschaftlichen Bereichen die notwendigen Maßnahmen um und werden sie gemeinsam mit allen relevanten Akteur*innen weiterentwickeln.

- Wir sind bereit, mehr Geflüchtete, als uns von Bund und Land zugewiesen werden, in unserer Stadt aufzunehmen.
- Wir unterstützen die Seenotrettung und verurteilen deren Kriminalisierung! Darmstadt ist Teil des bundesweiten Bündnisses „Städte Sicherer Häfen“ und wir werden weiterhin auf die Landes- und Bundesregierung einwirken, damit Darmstadt weitere Geflüchtete aus der Seenotrettung aufnehmen kann.

Unsere Weltoffenheit wollen wir durch eine noch stärkere und aktivere Rolle Darmstadts in der Welt leben. Die Corona-Pandemie hat noch deutlicher als die Finanzkrise der vorigen Dekade gezeigt, dass Städte und urbane Räume an vorderster Front bei der Bewältigung globaler Entwicklungen stehen und in kürzester Zeit tragfähige Lösungen für transnationale Probleme finden und implementieren.

- In unserer Stadt haben wir hervorragende und exportfähige Strukturen und Modelle, mit denen wir das starke Profil Darmstadts in der Welt noch sichtbarer machen wollen und mit denen wir gemeinsam mit unseren Partner*innen an lokalen Lösungen für transnationale Probleme arbeiten möchten.

Interkulturelle Öffnung, Empowerment und eine gelebte Willkommens- und Anerkennungskultur

Strukturelle Benachteiligung abbauen und die gleichberechtigte Teilhabe vorantreiben

Die Integration von Zugewanderten, die wir als deren gleichberechtigte Teilhabe in allen gesellschaftlichen Bereichen verstehen, schreitet voran. Dennoch stehen wir bei der Gestaltung der Einwanderungs- bzw. Vielfaltsgesellschaft noch immer vor „alten“ Herausforderungen: Noch immer gibt es strukturelle Benachteiligung, noch immer ist die gleichberechtigte Teilhabe von Zugewanderten auf dem Arbeitsmarkt, im Bildungswesen, beim Zugang zur gesundheitlichen Versorgung, in der Bürgerbeteiligung und politischen Partizipation, auf dem Wohnungsmarkt etc. erschwert.

- Wir werden weiterhin daran arbeiten, dass die sichtbaren und die nicht sichtbaren Zugangsbarrieren abgebaut und die interkulturelle Öffnung und eine Willkommens- und Anerkennungskultur in unseren Organisationen umgesetzt und gelebt werden. Zugewanderte stärken wir in ihren Ressourcen. Dies sind die zentralen Aufgaben eines kommunalen Integrationsmanagements.

Unsere Stadtverwaltung ist die „Visitenkarte“ unserer Stadt. Unser zentrales Ziel für die interkulturelle Öffnung ist es, die Strukturen unserer Organisationen an die Herausforderungen der Einwanderungs- und Vielfaltsgesellschaft anzupassen:

- Wir möchten in der Stadtverwaltung den Anteil der Beschäftigten mit Migrationshintergrund erhöhen.
- Wir werden die Angebote und Dienstleistungen unserer Ämter noch stärker entsprechend den Bedarfen einer Einwanderungsgesellschaft entwickeln.
- Wir werden die Partizipation von Zugewanderten an unseren Bürgerbeteiligungsprozessen und die Willkommens- und Anerkennungskultur noch stärker fördern.
- Wir werden bei der Entwicklung von Maßnahmen in allen Handlungsfeldern – Bildung, Soziales, Gesundheit, Arbeitsmarkt, Wohnen – und für alle Zielgruppen – Kinder, Jugendliche, Frauen, Ältere, Familien – immer darauf achten, dass Integration als Querschnittsthema berücksichtigt wird.

Kommunales Integrationsmanagement durch die Gestaltung von Vielfalt

Der Bereich der Demokratieförderung wird seit den vergangenen zehn Jahren kontinuierlich ausgebaut und intensiviert. Neben der Umsetzung des Programms „Demokratie Leben!“, den Demokratiekonferenzen und -reihen, der AG „Aktion Weltoffenes Darmstadt“ und den Darmstädter Gedenkjahren im Rahmen der Erinnerungsarbeit wurde mit der Einrichtung der vom hessischen Innenministerium geförderten DEXT-Stelle (Demokratieförderung und Extremismusprävention, (0,5 VZÄ)) ein weiterer Schritt getan, um auf kommunaler Ebene insbesondere rechter und religiöser Radikalisierung vorzubeugen.

Mit der Schaffung der LSBT*IQ-Stelle (0,5 VZÄ) soll die Akzeptanz für lesbische, schwule, bisexuelle, trans*, intergeschlechtliche und queere Menschen in einer vielfältigen Stadtgesellschaft gestärkt, gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit abgebaut und die Vernetzung der Community vor Ort unterstützt werden.

- Wir werden im Jahr 2021 in Darmstadt im Rahmen des WIR-Programms des Landes Hessen (WIR= Wegweisende Integrationsansätze Realisieren) im Amt für Interkulturelles und Internationales ein

WIR-Vielfaltszentrum einrichten. Damit soll der Prozess der interkulturellen Öffnung weiter vorangetrieben, die Teilhabe von Zugewanderten an den Angeboten durch Empowermentstrategien gestärkt und das Ehrenamtsengagement mit Zugewanderten intensiviert werden.

Wir werden die Willkommenskultur stärken. Hierfür ist unter anderem die Fortführung und Verstärkung der bereits existierenden Angebote für Familien und Einzelpersonen geplant.

- Insbesondere für internationale Neubürger*innen ist die Umsetzung und Instandhaltung der Open Source Mobile „InteGreat App“ geplant, die unter anderem Informationen über kommunale Angebote für Zugewanderte bündelt und als erste Anlaufstelle bei Zuzug und Arbeitsmigration gedacht ist. Sie soll bereits im Vorfeld einer Übersiedlung nützliche Informationen zur Verfügung stellen und eng mit relevanten Institutionen, wie Universitäten, Arbeitsagentur, Ärzt*innen, entsprechenden Konsulaten sowie mit Unternehmen und Organisationen zusammenarbeiten.
- Wir unterstützen die Weiterführung und Intensivierung von Elternbildungs- und -partizipationsprojekten an Darmstädter Schulen und Kitas sowie die Stärkung der Communitys und ihrer Selbstorganisationen durch die Förderung zahlreicher Bildungsprojekte.
- Wir setzen uns für eine stärkere Beteiligung von Migrantenselbstorganisationen an Maßnahmen zur Demokratieförderung insbesondere mit einem neuen Modellprojekt (Darmstädter MSOs aktiv für Demokratie – DAMAfD) ein.
- Das Ehrenamt in der Arbeit mit Neuzugewanderten werden wir mit einem weiteren neuen Modellprojekt (Darmstädter*in trifft Neu-Darmstädter*in) stärken. Hierbei soll eine bereits in Darmstadt lebende Person freiwillig und ehrenamtlich eine Person, die neu in Darmstadt ankommt, in verschiedenen Bereichen wie Sport, Freizeit oder Kultur unterstützen. Die ehrenamtlichen Buddys sollen in einem oder mehreren verpflichtenden interkulturellen Workshops ausgebildet werden. Dieses ehrenamtliche Engagement wird von der Stadt zertifiziert. Eine Zusammenarbeit mit den Universitäten streben wir an. Für das Modellprojekt soll auch die „InteGreat App“ genutzt werden.
- In Integrationsforen wollen wir das kommunale Integrationsmanagement für Menschen, die zu uns geflüchtet sind und in Darmstadt ihre neue Heimat gefunden haben, sowie für alle Zugewanderten mit den relevanten Akteur*innen der Stadt weiterentwickeln. Dabei werden wir uns an den Erfolgsfaktoren und Handlungsempfehlungen orientieren, die im Wegweiser „Vom Zufluchtsort zur Heimat“ aufgeführt sind.
- Wir werden die Kampagne „Darmstadt bleibt weltoffen“ weiterführen.

Wichtige Integrationshelfer*innen: Mehrsprachigkeit, Vermittlungskräfte, Spracherwerb

- Wir werden weiterhin und verstärkt den Einsatz von interkulturellen Vermittlungskräften, die die Arbeit von Fachkräften in Schulen, Kitas und im Gesundheitswesen stark erleichtern, unterstützen. Ebenso wollen wir, dass weiterhin für diejenigen, die der deutschen Sprache nicht mächtig sind, wichtige Informationen mehrsprachig und in einfacher Sprache als Printversion sowie als online abrufbares Material aufgelegt wird.

Wie wichtig und hilfreich diese mehrsprachigen Angebote sind, ist während der Corona-Pandemie deutlich geworden. Auch die Neubürgerbroschüre, die mittlerweile neben Deutsch auf Englisch, Französisch, Spanisch, Türkisch, Arabisch, Russisch und Polnisch erhältlich ist, unterstützt mit ihren Handreichungen

Neubürger*innen. Sie ist ein klares Zeichen gelebter Willkommenskultur.

- Wir werden die Integrationskurse und auch die zusätzlichen Spracherwerbsangebote weiter ausbauen und gleichzeitig unsere Forderungen an Land und Bund aufrechterhalten, vermehrt und unbürokratisch Maßnahmen und Programme aufzulegen, die es der Stadt und den freien Trägern ermöglichen, dem hohen Bedarf an Deutsch-Kursen gerecht zu werden.

Demokratieförderung, Antidiskriminierung, Erinnerungsarbeit und Extremismusprävention

Die aufgeklärte demokratische Haltung der Stadtbevölkerung stärken

Wir sind überzeugt, dass die Gestaltung einer weltoffenen Einwanderungs- und Vielfaltsgesellschaft nur mit intensiver Demokratieförderung, Antirassismuarbeit, Erinnerungsarbeit und Extremismusprävention gelingen wird. Dies wird besonders durch aktuelle gesellschaftliche Entwicklungen – sei es in Form rechtsextremer oder radikalreligiöser Tendenzen oder in Form einer sich verschärfenden gesellschaftlichen Konflikt- und Spaltungslinie – deutlich.

- Um diesen Entwicklungen präventiv zu begegnen und etwas entgegenzusetzen, machen wir uns für die Stärkung zivilgesellschaftlicher Kräfte und der Akteur*innen in bildungspolitischen und pädagogischen Handlungsfeldern, für die Förderung demokratischer Teilhabe und für ein vielfältiges, gewaltfreies und demokratisches Miteinander stark.

Bereits seit über zehn Jahren setzt Darmstadt Bundesprogramme zur Demokratieförderung auf kommunaler Ebene in einer Lokalen Partnerschaft für Demokratie um.

- Wir wollen, dass die im Jahr 2017 im Rahmen des Programms „Demokratie Leben!“ zum ersten Mal als Veranstaltungsreihen konzipierte Demokratiereihe weiter durchgeführt wird. Dazu gehört die Auseinandersetzung mit Themen wie Nationalismus und Populismus in der Einwanderungsgesellschaft, Antiziganismus und Antisemitismus, Homo-, Bi- und Trans*feindlichkeit, Muslimfeindlichkeit sowie radikalreligiöse Tendenzen.
- Unterschiedliche Veranstaltungsformate wie Workshops, Informationsveranstaltungen, Demokratiekonferenzen, Podiumsdiskussionen, Projekte und Aktivitäten unter anderem auch mit Jugendlichen im schulischen und außerschulischen Bereich sollen weiterhin dazu dienen, die Darmstädter*innen in ihrer aufgeklärten demokratischen Haltung zu stärken.

Die erfolgreiche und wirksame Umsetzung solcher Projekte braucht eine breite Basis und ein gut funktionierendes Netzwerk: In der Partnerschaft für Demokratie und der AG „Aktion Weltoffenes Darmstadt!“ sind Vertreter*innen aus den Bereichen Politik, Wirtschaft und Arbeit, Bildung und Religion vertreten.

- Die beiden Netzwerke sollen weiter ausgebaut und in ihrer ehrenamtlichen Arbeit gestärkt werden. Wir werden auch in den nächsten Jahren den Preis „Gesicht zeigen!“ verleihen und damit ein deutliches Zeichen für Zivilcourage setzen.

Erinnerungsarbeit als Aufklärung und Zukunftsaufgabe

In Darmstadt gehen Demokratieförderung, Antirassismus- und Erinnerungsarbeit Hand in Hand. Wir verstehen Letztere als Aufklärung und Zukunftsaufgabe und sind überzeugt, dass diese Arbeit angesichts der aktuellen (welt-)politischen Lage zunehmend wichtiger wird. In Darmstadt gibt es eine lange Tradition des Gedenkens an die Zeit des Nationalsozialismus und der Kontaktpflege zu den ehemaligen Darmstädter jüdischen Mitbürger*innen. Wir betonen die Bedeutung der Darmstädter Gedenkjahre „Gegen das Vergessen!“, die sich mit ihren jeweiligen Schwerpunktsetzungen intensiv mit dem Nationalsozialismus, der Verfolgung und Vernichtung von Jüdinnen und Juden, Sinti und Roma im Holocaust sowie dem 2. Weltkrieg auseinandersetzen.

Das gebündelte Engagement vieler zivilgesellschaftlicher Gruppen und Initiativen, darunter viele aktive Schüler*innen, hält unsere Tradition der Erinnerung lebendig und füllt sie auch mit Leben. Im Sinne der Erinnerungsarbeit als Aufklärung und Zukunftsaufgabe sehen wir auch die Auseinandersetzung mit unserer jüngeren Vergangenheit als ausgesprochen wichtig an, wie beispielsweise das Gedenken an die rassistischen Angriffe in Hoyerswerda, das sich 2021 zum 30. Mal jährt.

- Wir werden auch in Zukunft Themen unserer neueren Vergangenheit bearbeiten.

Auf allen Ebenen vernetzt für eine demokratische und solidarische Gesellschaft

Wir positionieren uns klar und eindeutig gegen Rassismus, Menschenfeindlichkeit und Ausgrenzung und für die Freiheit als Kern der Menschenwürde sowie für Gleichheit, Respekt und Teilhabe in unserer Gesellschaft.

- Wir werden die internationale Vernetzung im Bereich der Demokratieförderung, die wir mit dem Beitritt zur europäischen Städtekoalition gegen Rassismus der UNESCO eingeleitet haben, ausbauen und vorantreiben.

Proaktiv gegen jede Form von Diskriminierung handeln

Diskriminierung aufgrund der ethnischen Zugehörigkeit, des Geschlechts, der Religion oder Weltanschauung oder aufgrund einer Behinderung, des Alters, der sexuellen Orientierung oder geschlechtlichen Identität nehmen wir in unserer Stadtgesellschaft nicht hin. Wir sehen es weiterhin als notwendig an, auf kommunaler Ebene proaktiv, steuernd und präventiv zu handeln.

- Wir werden Maßnahmen entwickeln, die dazu beitragen, dass in unserer Stadt kein Mensch einen anderen diskriminieren kann.
- Ein*e lokale*r Antidiskriminierungsbeauftragte*r soll durch eine Bedarfserhebung und die Entwicklung einer Antidiskriminierungsrichtlinie die Maßnahmen gezielt koordinieren und umsetzen.

Weiterer dringender Handlungsbedarf im Rahmen der Demokratie- und Vielfaltsförderung wird in der welt- und bundesweiten Zunahme von Antisemitismus gesehen. Die Corona-Pandemie hat deutlich gemacht, wie hoch die Akzeptanz antisemitischer Verschwörungsmythen ist. Die Annahme, dass es insbesondere in Krisenzeiten die Tendenz gibt, verstärkt Sündenböcke zu suchen, wird damit bestätigt.

Angesichts der vielfältigen Formen antisemitischer Ressentiments, denen Jüdinnen und Juden ausgesetzt sind und von denen sie bedroht werden, ist es wichtig, die Erfahrungen der Menschen, die von Antisemitismus betroffen sind, anzuerkennen und ernst zu nehmen. Antisemitismus muss in all seinen Ausprägungen bekämpft und auch zum Gegenstand der Präventionsarbeit werden.

Dass es eine große Bereitschaft in der Darmstädter Zivilgesellschaft gibt, die Präsenz und Bedeutung Jüdischen Lebens in Darmstadt deutlich zu machen, zeigt die breite Teilnahme an dem Jubiläumsjahr „1700 Jahre Jüdisches Leben in Deutschland“. Diese Ressource gilt es zu aktivieren. Die Bekämpfung von Antisemitismus sehen wir als gesamtgesellschaftliche Aufgabe, die von der Politik gesteuert werden muss.

- Daher wollen wir – in Anlehnung an DEXT und LSBT*IQ – eine Stelle einrichten, die in enger Abstimmung mit der Jüdischen Gemeinde gezielt Strategien und Maßnahmen auf kommunaler Ebene entwickelt. Diese sollen gemeinsam in einem starken lokalen Netzwerk, aber auch im Rahmen bundesweiter und internationaler Netzwerke, in denen Darmstadt Mitglied ist (European Coalition of Cities against Racism/ AG „Combat Antisemitism“, Mayors against Antisemitism), umgesetzt werden. Als Grundlage hierzu soll die Implementierung der vom Deutschen Bundestag am 18. Januar 2018 beschlossenen Arbeitsdefinition von Antisemitismus der Internationalen Allianz für Holocaust-Gedenken (IHRA) dienen.
- Die Aufgabenbeschreibung dieser Stelle sollte in enger Absprache mit der Jüdischen Gemeinde erarbeitet werden, um eine klare Abgrenzung zu den Aufgaben einer/eines Antisemitismusbeauftragten, die/der lediglich auf Bundes- und Landesebene eingesetzt ist, sowie zu einer kommunalen Antidiskriminierungsstelle zu gewährleisten.

Unabhängig und getrennt hiervon, wenngleich mit inhaltlichen Bezügen, hat bereits im Jahr 2018 die Steuerungsgruppe interkulturelle Öffnung die Einrichtung einer Antidiskriminierungsstelle für die Stadt Darmstadt empfohlen. Die landes- und bundesweit erhobenen Entwicklungen bestätigen den Bedarf. Auch auf Grundlage der Erfahrungen anderer Kommunen ist davon auszugehen, dass die Einrichtung einer solchen Stelle die „Diskriminierungsrealität“ sichtbarer machen wird und die Entwicklung sinnvoller und gezielter Strategien und Maßnahmen möglich macht.

Für uns ist selbstverständlich, dass Israel der historisch notwendige Schutzraum für Jüdinnen und Juden ist und das Recht auf Selbstverteidigung hat, um seine Bürger*innen zu schützen.

Präventiv gegen jede Form des Extremismus

Dem Erstarken extremistischer Ideologien und Haltungen und der Gefahr der gesellschaftlichen Spaltung müssen wir auch auf lokaler Ebene etwas entgegensetzen. Neben rechtsextremen Tendenzen müssen wir uns in Darmstadt seit einiger Zeit auch mit radikalreligiösen Strömungen (insbesondere Salafismus) sowie Muslimfeindlichkeit als immer größerer Herausforderung auseinandersetzen. Wir haben daher eine DEXT-Fachstelle (Demokratieförderung und Extremismusprävention) beim Amt für Interkulturelles und Internationales eingerichtet, die insbesondere Fachkräfte im Umgang mit demokratiefeindlichen und extremistischen Tendenzen Handlungssicherheit geben soll. Primär sollen folgende Zielgruppen erreicht werden: Lehrkräfte und Erzieher*innen in Schulen und Kitas, Fachkräfte aus der Kinder- und Jugendarbeit und der Schulsozialarbeit, Migrantenselbstorganisationen (Vereine von Migrant*innen), Jugendverbände und -einrichtungen, Vereine, Ämter (insbesondere das Jugendamt), Akteur*innen der Stadtteilarbeit und die breite Öffentlichkeit. Sekundär ebenfalls erreicht werden sollen: Politik und Verwaltung, Sportvereine, Bildungseinrichtungen, Geflüchtete und Geflüchtetenhilfe.

6.3. Darmstadt ist divers und international – in der Region, in Europa und in der Welt

Städtische, regionale, nationale, europäische und internationale Politik, Kultur und Wirtschaft stehen in Darmstadt in enger Verbindung miteinander. Die Wissenschaftsstadt Darmstadt selbst, Bürger*innen, Vereine, Institutionen und auch die Unternehmen sind in Europa und in der Welt exzellent vernetzt. Für viele Menschen aus Europa und nahezu allen Regionen der Welt ist Darmstadt zu einer neuen Heimat geworden. Menschen aus 140 Nationen leben in unserer Stadt.

Mehr Sichtbarkeit und mehr Aktivität für Europa in Darmstadts Städtepartnerschaften haben seit dem 2. Weltkrieg die Völkerverständigung gefördert und den Europäer*innen ein gemeinsames Bewusstsein für eine europäische Identität nähergebracht und in Darmstadt etabliert. Durch die Entwicklungen der vergangenen Jahre und insbesondere die zum Teil rückwärtsgewandten Neigungen sind wir dringend aufgefordert, die europapolitische Arbeit von heute neu zu denken.

- Wir unterstützen die „Urbane Agenda für die Europäische Union“ des Deutschen Städtetags sowie die Forderung des Deutschen Städte- und Gemeindebundes an die EU „politische Verantwortung für die Kommunen zu schaffen und die Partnerschaft zwischen EU und Kommunen zu sichern“.
- Wir werden in Darmstadt europapolitische Themen stärker in die Öffentlichkeit bringen und noch mehr für Europa werben. Hierbei wird die kritische Auseinandersetzung mit der europäischen Migrations- und Minderheitenpolitik weiterhin Gegenstand sein.
- Wir sehen die Zukunft der weltoffenen Wissenschaftsstadt Darmstadts nur in einem vereinten Europa und unterstützen die Arbeit von Bürgerinitiativen wie Pulse of Europe.

Europa und die Welt jungen Menschen näher bringen

Insbesondere jungen Menschen wollen wir das vereinte Europa an sich und die für ein vereintes Europa notwendigen Anstrengungen in einem demokratischen Umfeld näherbringen. Hierzu gehört, dass bisherige außerschulische Angebote wie Jugendorchester, digitaler Austausch, internationale Ferienspiele und weitere Initiativen unterstützt werden. Aber auch schulische Maßnahmen des Landes sollen gefördert werden. Dabei wollen wir bestehende und neue Programme der EU, des Bundes und des Landes in Kooperation mit den Schulen nutzen.

- Über den akademischen Rahmen hinaus wollen wir mithilfe von Erasmus+ mehr europäische Bezugspunkte und Verbindungen für Lernende und Lehrende in der beruflichen Aus- und Weiterbildung ermöglichen.
- Bei der grenzüberschreitenden Projektarbeit von eTwinning werden Schulen in verschiedenen Ländern zu elektronischen/europäischen Twins/Zwillingen. Die Nutzung dieses und ähnlicher Angebote wollen wir intensivieren.
- Europa-Tag, Modell EP Europaparlament und Planspiele sind bekannte und erprobte Erfahrungsmöglichkeiten für Schüler*innen, die wir weiter unterstützen und intensivieren wollen.

Bestehende Städtepartnerschaften intensivieren und neue beginnen

Die Wissenschaftsstadt Darmstadt pflegt seit über sechs Jahrzehnten partnerschaftliche Beziehungen zu 15 Städten in Europa und seit 2017 zu der Stadt San Antonio in den USA.

- Die Städtefreundschaft mit Naharyia (Israel) wollen wir reaktivieren und diese oder gegebenenfalls eine andere zu einer Städtepartnerschaft entwickeln.

Die aktuelle Corona-Krise hat die Notwendigkeit für intensiven Fachaustausch zwischen Städten deutlich gemacht und gezeigt, dass städtepartnerschaftliche Beziehungen besonders vertrauensvolle und daher effiziente Kommunikationswege bieten, die auch für die anstehenden Zukunftsprobleme unerlässlich sind. Darmstadt als international ausgerichteter Wissenschafts- und Wirtschaftsstandort braucht eine international handelnde Verwaltung.

- Eine Internationalisierungsstrategie für unsere kommunale Verwaltung soll von den Fachämtern und Einrichtungen der Stadtverwaltung gemeinsam gestaltet werden.

Der Austausch mit unseren europäischen und internationalen Partnerstädten sowie mit anderen Kommunen im Ausland kann unsere Innovationskraft erhöhen und neue Ideen für Problemlösungen bringen. Daher werden wir die Zusammenarbeit Darmstadts mit den Partnerstädten weiterhin aktiv und nachhaltig gestalten.

- Wir wollen den internationalen Fachaustausch der städtischen und stadtnahen Organisationen mit den entsprechenden Organisationen in den Partnerstädten weiter stärken und intensivieren.

Damit wollen wir einerseits unsere Expertise reflektieren, indem wir unsere Erfahrungen in der nachhaltigen Stadtentwicklung, der Kulturförderung, im Klimaschutz, in der Demokratieförderung, im kommunalen Integrationsmanagement, in den Bereichen Soziales und Gesundheit, der Frauenpolitik oder der Bürgerbeteiligung in die Fachbegegnungen einbringen.

Auf der anderen Seite wünschen wir uns bestätigende, verbessernde und innovative Impulse für die Wissenschaftsstadt Darmstadt und wollen die Begegnung auf Augenhöhe weiter nachhaltig entwickeln.

- Zusätzlich zu den bestehenden und erprobten Maßnahmen der realen Begegnung der Bürger*innen bei gegenseitigen Besuchen, etwa dem Europawochenende, wollen wir digitale Bürgertreffen und digitale Themenabende etablieren, die unsere Verbundenheit mit unseren Partnerstädten regelmäßig stärken und auch spontane Treffen auf Basis einer etablierten stabilen Organisations- und Kommunikationsstruktur ermöglichen. Dabei wollen wir auch die bestehende thematische Zusammenarbeit von Vereinen z.B. im Bereich der Musik, Kunst oder LSBT*IQ-Rechte unterstützen.

Sichtbarkeit der internationalen Aktivitäten der Stadt, der Vereine, Institutionen und Unternehmen

- Die bereits beschlossene Erweiterung des Bürgerkomitees für Städtepartnerschaften werden wir fortführen.
- Für den Aufbau eines Netzwerks „Internationales Darmstadt“ soll eine Koordinationsstelle beim Amt für Vielfalt und Internationales geschaffen werden. Diese arbeitet mit den relevanten Akteuer*innen TU Darmstadt, h_da, IHK, Sparkasse, DGB, Staatliches Schulamt, Pulse of Europe und anderen zusammen und kann bei Bedarf Arbeitsgruppen bilden mit Themenschwerpunkten wie Wirtschaft oder Kultur.
- In Abstimmung mit dem Regierungspräsidium sollen die für Darmstädter Unternehmen, Vereine und Institutionen angebotenen Unterstützungen für Aktivitäten in Europa und der Welt einfach zugänglich gemacht werden.

- In Abstimmung mit der Wissenschaftsstadt Darmstadt Marketing GmbH und den lokalen Unternehmen, Existenzgründer*innen, Bürger*innen, Schulen und Forschungseinrichtungen sollen die bereits existierenden europäischen und internationalen Aktivitäten Darmstadts gebündelt dargestellt werden. Wir wollen damit Darmstadt nach außen als internationale Stadt präsentieren und den bereits international aktiven sowie noch nicht aktiven Organisationen eine Möglichkeit der gegenseitigen Stärkung geben.

Mit Städtediplomatie in internationale Netzwerke einwirken

Wir setzen uns für eine nachhaltige, soziale und ökologische Welt ein und möchten über die Grenzen Europas hinaus die internationale kommunale Zusammenarbeit stärken.

Bis vor wenigen Jahren beschränkte sich die Zuständigkeit der Städte und Kommunen in Außenbeziehungen hauptsächlich auf die Pflege von Städtepartnerschaften. Heute übernehmen kommunale Partnerschaften oft die Funktion als Brückenbauer insbesondere dann, wenn sich auf der nationalstaatlichen Ebene Spannungen ergeben.

Die internationale kommunale Zusammenarbeit wird endlich als wertvolle Ressource für die Außenbeziehungen der Bundesrepublik erkannt. Wir sind überzeugt, dass wir uns durch lokales Handeln und lokale Politiken an der Lösung globaler Probleme – wie der Klimakrise oder den Fluchtbewegungen – im Rahmen der sogenannten „Städtediplomatie“ beteiligen müssen.

- Wir werden uns weiter in internationalen Netzwerken wie EU Mayors Konvent für Klimaschutz, Mayors for Peace, Mayors against Antisemitism, Städte gegen die Todesstrafe (Cities for Life), Europäische Städtekoalition gegen Rassismus oder Rainbow Cities Network einbringen und diese aktiv mitgestalten.
- Wir werden die Erfahrungen der Bürger*innen bei der Gestaltung des internationalen Profils Darmstadts stärker berücksichtigen. Bei der Neuorganisation der Bürgerbeteiligung in Richtung Bürgerräte wollen wir dies als eines der ersten Themen einbringen.
- Die bisher erfolgreiche Arbeit innerhalb des bundesweiten Bündnisses „Städte Sicherer Häfen“ soll im Rahmen von Entwicklungspartnerschaften erweitert werden, um zusammen mit anderen Partnerstädten und Städten im globalen Süden daran mitzuwirken, die Fluchtursachen zu minimieren.

Ein besonderes Augenmerk lenken wir dabei auf die Einbindung der Migrant*innencommunity und ihrer Selbstorganisationen in die internationale Zusammenarbeit und die kommunale Entwicklungspolitik.

Webseite der Stadt Darmstadt internationalisieren

Aktuell wird die Webseite der Stadt Darmstadt auf Englisch nicht in vollem Umfang angeboten und Informationen sind nicht intuitiv auffindbar.

- Die Umsetzung eines klar strukturierten Webauftritts in englischer Sprache wird 2022 erfolgen.
- Wo immer möglich, soll durch automatische im Hintergrund laufende Übersetzungsdienste jede Seite in der Sprache nicht deutsch sprechender Website-Besucher*innen angeboten werden.
- Es wird evaluiert, welche Sprachen über das Englische hinaus nötig sind, um die Webseite im Anschluss auch in diesen anzubieten.

- Auch Live-Veranstaltungen/ Videos sollen durch automatische Synchron-Übersetzungen in den wichtigsten Sprachen verständlich konsumierbar sein. Erste Pilotprojekte werden in den nächsten zwei Jahren erfolgen.
- Unabhängig von den digitalen Angeboten werden wir auch weiterhin ausgewählte Print-Medien in den wichtigsten Sprachen zur Verfügung stellen.

Agenda 2030 der Vereinten Nationen

Maßnahmen für Sustainable-Development-Goals-Ziele (SDG) für nachhaltige Entwicklung

Gemeinsam mit unseren Partnerstädten wollen wir auf kommunaler Ebene durch nachhaltige Entwicklung für eine gerechtere Welt eintreten.

- Wir streben eine engere Zusammenarbeit und gemeinsame Projekte mit den Partnerstädten hinsichtlich Themen der kommunalen Entwicklungspolitik an, zum Beispiel mit San Antonio und Bursa in den Bereichen Zuwanderung und Flucht oder Fachaustausch und gemeinsame Projekte zwischen Sozialen Diensten, Frauenförderung und Bürgerbeteiligung mit Ushgorod.
- Um auf den Klimawandel konzentriert zu reagieren, wollen wir anderen Städten im Ausland, vor allem in unserer Partnerstadt Ushgorod, mehr Unterstützung bei der Einführung von Maßnahmen zu Abfallwirtschaft und Mobilität bieten. Diese sollen zudem zur gezielten Verbesserung des lokalen Kleinklimas beitragen, mehr Lebens- und Aufenthaltsqualität sichern und die Gesundheit der Menschen schützen.

Frauenpolitik war von Anfang an international.

- Über Programme zu Städtepartnerschaften, in internationalen Konferenzen und in Projekten der kommunalen Entwicklungspolitik wollen wir den Dialog zwischen Politik und Zivilgesellschaft, das heißt mit Frauenrechtlerinnen und Frauenvereinen im und aus dem Ausland, intensivieren.
- Im Rahmen der internationalen Jugendarbeit sollen Mädchen in Ländern des globalen Südens eine besondere Zielgruppe sein, um ihnen durch Bildung und zivilgesellschaftliche Teilhabe neue Lebensentwürfe zu ermöglichen.
- Auch gegen die Gewalt gegen Frauen in Konfliktregionen soll Darmstadt durch zielgerichtete Projekte aktiv werden. Wir setzen unsere Kenntnisse zu ihrem Schutz und für eine frauenfreundlichere Welt ein.
- Die Erfahrungen aus der internationalen Frauenpolitik wollen wir auch nutzen, um – wenn angezeigt – in unseren Partnerstädten die Diskriminierung von LSBT*IQ-Menschen anzusprechen, zu reduzieren, wenn möglich zu beseitigen und die Akzeptanz für diverse Menschen zu fördern.

Budget

- Das jährliche Budget für europäische Projekte soll evaluiert, überprüft und gegebenenfalls umverteilt oder erhöht werden.

6.4. Selbstbestimmung und Gleichberechtigung von Frauen

Frauen haben sich in den vergangenen Jahrzehnten mehr Rechte, mehr Chancen und mehr Repräsentanz erkämpft. Doch das Ziel ist noch lange nicht erreicht. Bis Selbstbestimmung und Gleichberechtigung für Frauen Realität werden, definieren wir Frauen- und Gleichstellungspolitik auch weiterhin als eigenständiges Politikfeld. Die Querschnittsfunktion des Frauenbüros innerhalb und außerhalb der Verwaltung werden wir stärken.

Selbstbestimmung und Schutz vor häuslicher Gewalt

Wir wollen, dass für Frauen in allen Lebensphasen und in allen Lebensentwürfen ein selbstbestimmtes und gewaltfreies Leben möglich ist.

Sexualisierte, physische und psychische Gewalt gegen Frauen insbesondere im häuslichen Bereich ist für viele leider immer noch Alltag. In den vergangenen Jahren hat Darmstadt Gewalt gegen Frauen (und Kinder) als strukturelles gesellschaftliches Problem vehement bekämpft und priorisiert bearbeitet. Deswegen besteht in unserer Stadt diesbezüglich bereits ein sehr gutes Netzwerk. Die Darmstädter Umsetzung des Übereinkommens des Europarats zur Verhütung und Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und häuslicher Gewalt – die sogenannte Istanbul-Konvention – wird vom Deutschen Städtetag als Best-Practice-Beispiel aufgeführt.

- Für die Umsetzung der Istanbul-Konvention stellen wir weiterhin finanzielle Mittel zur Verfügung, um die bereits beschlossenen lokalen Handlungsempfehlungen umsetzen zu können.
- Wir werden das Darmstädter Frauenhaus neu bauen und es in diesem Zuge gemäß den Anforderungen der Istanbul-Konvention auf 16 Familienzimmer erweitern. Die aktuellen Planungen werden weitergeführt.
- Die beteiligten Träger im Netzwerk „Gewaltschutz“ werden auch in Zukunft wichtige Kooperationspartner*innen bei der Sicherstellung von Anlauf-, Beratungs- und Unterstützungsstellen für von Gewalt betroffene oder bedrohte Frauen und Kinder sein. Ihre Arbeit sichern wir finanziell ab.
- Das Programm „Soforthilfe nach Vergewaltigung und Beweissicherung“ führen wir fort und sichern es ebenfalls finanziell ab.
- In diesem Zusammenhang ist es auch wichtig, alle relevanten Akteur*innen im Kontext der Prävention, Verhinderung und polizeilichen bzw. strafrechtlichen Verfolgung von häuslicher und sexualisierter Gewalt gegen Frauen, Kindern und Jugendlichen kontinuierlich zu schulen und fortzubilden.

Zu einem selbstbestimmten Leben gehört auch die Möglichkeit, sich in allen Lebenslagen umfassend und ungehindert informieren zu können.

- Wir setzen uns für gute, geschützte und sichere Beratungsmöglichkeiten für Frauen in Schwangerschaftskonfliktsituationen ein.

Ein zentraler Aspekt der Selbstbestimmung ist die Bestimmung über den eigenen Körper und die eigene Sexualität. Darmstädter*innen, die über wenig Einkommen verfügen, können über den Verhütungsmittelfonds eine anteilige Kostenübernahme für Verhütungsmittel beantragen. Dies hat sich bewährt.

- Wir werden den Verhütungsmittelfonds daher auf eine Höhe von jährlich 15.000 Euro aufstocken.
- Für kostenfreie Hygieneartikel an ausgewählten Modellstandorten in der Stadt stellen wir zunächst 10.000 Euro jährlich zur Verfügung. Die Modellstandorte sollen evaluiert und ausgebaut werden.

Gleichberechtigung

Chancengerechtigkeit und Gleichberechtigung stehen für uns im Mittelpunkt. Dabei geht es auch darum, die Lebensentwürfe von Frauen in ihrer Vielfalt und Unterschiedlichkeit zu erkennen, zu akzeptieren und zu fördern.

Wir setzen uns für gleiche Karrierechancen für Frauen und Männer ein. Es braucht einen gleichberechtigten Zugang zu Führungspositionen in Wirtschaft, öffentlicher Verwaltung, Wissenschaft und Forschung sowie lebensphasenorientierte Arbeitszeitmodelle.

Die Stadt nimmt hier eine Vorbildfunktion ein: Die städtischen Unternehmen und die Verwaltung zeigen, dass Führung teilbar und auch in Teilzeit möglich ist. Sensibilisierung, Kooperationen und Anreize sind dabei wirksame Stellschrauben zur Förderung von Gleichstellung.

- Der Beitritt Darmstadts zur „Europäischen Charta für die Gleichstellung von Frauen und Männern auf lokaler Ebene“ bildet die Basis für die partizipative Weiterarbeit an den frauenpolitischen und gleichstellungspolitischen Themenstellungen, die im Darmstädter Gleichstellungsaktionsplan aufgerufen werden.
- Ebenso werden wir die Gleichstellungsberichterstattung qualitativ fortsetzen.
- Wir stärken auch künftig die frauenpolitische Infrastruktur inhaltlich und finanziell.

Ein wichtiger Teil frauenpolitischer Forderungen und Maßnahmen ist die eigenständige Existenzsicherung von Frauen und damit ihre finanzielle Unabhängigkeit.

- Die Themenstellung „Frauen und Erwerbsarbeit“ (und hier insbesondere die Auswirkungen der Corona-Pandemie auf die Erwerbsarbeit von Frauen) ist in der Ausbildungs- und Arbeitsmarktstrategie verankert und wird dort unter Beteiligung der relevanten Akteur*innen stetig vertieft und weiterentwickelt.
- Das kommunale Budget der Beschäftigungsförderung wird gendersensibel ausgegeben.
- Wir führen Gender Budgeting schrittweise ein und analysieren die gerechte Verteilung der Ressourcen.
- Die kommunale Förderung der Jugendberufshilfe und der Beschäftigungsförderung berücksichtigt die Lebensverlaufsperspektive von Mädchen und Frauen und setzt bei der Beratung und Förderung an den Übergängen und relevanten Entscheidungsszenarien an. Migration und Inklusion werden wir dabei als relevante Kriterien in die Förderstrukturen aufnehmen.

Darmstadt ist Wissenschafts- und Zukunftsstadt und damit ein attraktiver Standort für junge, kreative und spannende Start-ups. Frauen sind bei der Gründung von Unternehmen jedoch nach wie vor unterrepräsentiert.

- Wir setzen einen Förderfonds auf, um weiblich geführte Start-ups finanziell zu unterstützen.

6.5. Queeres Darmstadt

Wir setzen uns für die Rechte und Akzeptanz von LSBT*IQ ein und stellen uns ihrer Diskriminierung entgegen. Die enge Zusammenarbeit mit den LSBT*IQ-Akteur*innen in Darmstadt werden wir weiter vertiefen. Queere Menschen sollen selbstbestimmt leben können und sich nicht mehr vor Diskriminierung und Benachteiligung fürchten müssen. Wir sind am Ziel, wenn queere Menschen ganz selbstverständlich dazugehören und eine LSBT*IQ-Identität nicht mehr als abweichend von der Norm beschrieben wird. LSBT*IQ sind sichtbarer – Darmstadt ist queerer geworden. Die Stadt zeigt seit Jahren Flagge, ob zum Christopher Street Day, zum IDAHOBIT oder zum Jahrestag des Stonewall Aufstands in New York. Das werden wir fortsetzen. 2020 wurde der Prozess für die Errichtung eines Denkmals für die nach Paragraf 175 verfolgten Homosexuellen abgeschlossen und eine LSBT*IQ- Stelle in der Stadtverwaltung eingerichtet. Die Arbeit in dem von der Stadt zur Verfügung gestellten Queeren Zentrum in der Oetinger Villa in der Trägerschaft von vielbunt e.V. nimmt Fahrt auf.

- Wir unterstützen die Arbeit des queeren Jugendzentrums ideell und finanziell, zum Beispiel im Rahmen der Neustrukturierung der offenen Kinder- und Jugendarbeit mit der Finanzierung einer zusätzlichen Personalstelle.
- Wir werden die neu eingerichtete städtische Koordinierungsstelle ausbauen, um die Diversitykompetenz der Verwaltung weiter zu stärken.
- Unser Ziel ist es, in Zusammenarbeit mit vielbunt e.V., der LSBT*IQ-Netzwerkstelle Südhessen sowie der Antidiskriminierungsstelle des Landes Hessen und weiteren LSBT*IQ-Akteur*innen Strategien zu erarbeiten und umzusetzen, um queeres Leben in Darmstadt noch stärker zu unterstützen und die Akzeptanz weiter zu fördern.

Hilfe für LSBT*IQ-Jugendliche

Gerade in der Phase der Identitätsfindung kann es für queere Jugendliche zu Konflikten im Elternhaus kommen, wenn Eltern oder Erziehungsberechtigte eine LSBT*IQ-Identität nicht akzeptieren. Werden die Heranwachsenden in ihrer Entwicklung diskriminiert, eingeschränkt oder kommt es gar zu körperlicher Gewalt, können psychische Probleme die Folge sein.

Grundsätzlich stehen alle Jugendhilfeeinrichtungen allen jungen Menschen offen – dennoch sehen wir, dass es immer noch Hürden gibt und queere Jugendliche sich nicht willkommen, anerkannt und gut aufgenommen fühlen. Deshalb sind insbesondere Fortbildungs- und Sensibilisierungsangebote für die pädagogischen Fachkräfte sowie Vielfalt und klare Strukturen gegen Diskriminierung in den Einrichtungen notwendig.

- Es soll eine Angebotsstruktur aufgebaut werden, die auch separierte Einrichtungen möglich macht, wenn es die Umstände erfordern. Diese zielgruppenorientierte Jugendhilfe sehen wir als einen wichtigen Teil eines guten Unterstützungs- und Begleitungssystems an.
- Auch die ambulanten Angebote im Vorfeld zur stationären Jugendhilfe sind auf ihre Durchlässigkeit zu überprüfen. Das Wissen um die Lebensumstände und unter Umständen entstehenden Problemlagen von queeren jungen Menschen muss bei den Fachkräften in allen Bereichen vorhanden sein, um gut beraten, begleiten und ausreichend Verständnis für die Beziehungsarbeit entwickeln zu können. Dafür setzen wir uns ausdrücklich ein.

Queer-sensible Schulsozialarbeit

Die sozialraumorientierte Schulsozialarbeit, die in Darmstadt flächendeckend in allen Stadtteilen und Schulformen ausgebaut wurde, ist eine wichtige Anlaufstelle für Schüler*innen, Lehrkräfte, Eltern und andere.

- Es ist uns ein großes Anliegen, dass die Sensibilität und Fortbildung der Fachkräfte am Ort der Schule im Hinblick auf queere Themen gefördert wird.
- Wir setzen uns dafür ein, dass an Schulen qualifizierte Personen benannt werden, die als Ansprechpartner*in für queere Themen zur Verfügung stehen.
- Eine enge Kooperation mit dem SCHLAU-Projekt kann dabei wertvolle Unterstützung leisten und sollte daher intensiviert werden.
- Wir möchten das SCHLAU-Projekt mit einer hauptamtlichen Stelle zur Terminkoordination unterstützen, um noch mehr Jugendliche zu erreichen. Wir werden prüfen, bei welchem Träger diese anzusiedeln ist. Sie soll gemeinsam mit den umliegenden Landkreisen finanziert werden.

Inter* Sensibilisierung in der Kinderbetreuung

Die geschlechtliche Identität bei Kindern ist nicht immer eindeutig. In Kitas gibt es inter- und transgeschlechtliche Heranwachsende sowie Kinder, die sich später einmal als lesbisch, schwul oder bisexuell identifizieren. Erzieher*innen und Pädagog*innen erleben dies in ihrem Kita-Alltag, sind aber im Umgang diesbezüglich nicht durchgängig geschult.

- Wir setzen uns deshalb dafür ein, dass die Bildungsangebote für Erzieher*innen um queere Themen erweitert werden, um den Bedürfnissen von inter- und transgeschlechtlichen Kindern gerecht zu werden.

LSBT*IQ-Geflüchtete

Unter den Geflüchteten, die in den vergangenen Jahren nach Darmstadt kamen, sind ebenfalls queere Menschen. Diese haben es in den Gemeinschaftsunterkünften oft besonders schwer, da in vielen Kulturen Trans*- und Homofeindlichkeit noch weit verbreitet sind.

- Wir setzen uns für Schulungsangebote innerhalb des Bereichs Asyl- und Ausländerwesen ein, um Beschäftigte für die Bedarfe queerer Menschen zu sensibilisieren und Lösungsmöglichkeiten in Fragen der Unterbringung zu erarbeiten. Auch die beratenden Fachkräfte, die Mitarbeitenden in den Erstwohnhäusern oder in den Beratungsstellen, aber auch die ehrenamtlichen Unterstützer*innen möchten wir in die Schulungen einbeziehen.
- Im Amt für Soziales und Prävention arbeiten vier pädagogische Koordinationspersonen für die Belange in den Erstwohnhäusern. Wir werden eine geschulte Ansprechperson in der Verwaltung für Rainbow-Refugees benennen.

Barrierefreiheit im Queeren Zentrum

Das Jugendamt und das städtische Immobilienmanagement sind bereits beauftragt, mit vielbunt e.V. und dem Trägerverein des selbstverwalteten Jugend- und Kulturzentrums Oetinger Villa e.V. (JuKuZ Oetinger Villa) Gespräche über einen barrierefreien Ausbau des Gebäudes aufzunehmen.

- Den Einbau taktiler Leitsysteme, induktiver Höranlagen und weiterer Technik, um mehr Teilhabe zu ermöglichen, unterstützen wir ausdrücklich.

Unisex-Toiletten und Unisex-(Einzel)Umkleiden

In vielen europäischen Ländern sind Unisex-Toiletten bereits Normalität. Sie stehen allen zur Verfügung, sodass der Zwang entfällt, sich beim Gang auf die Toilette einem Geschlecht zuordnen zu müssen. Zudem werden trans- und intersexuellen Menschen vor dem Vorwurf geschützt, das vermeintlich falsche WC zu nutzen.

- Wir wollen, dass in öffentlichen Gebäuden insbesondere im Zusammenhang mit Renovierungs- und Umbaumaßnahmen sowie bei Neubauten vermehrt geschlechtsneutrale Toiletten einrichtet werden. In Sportstätten soll bei Baumaßnahmen (Neubau und Sanierungen) auf die Verfügbarkeit geschlechtsneutraler (Einzel)Umkleiden und Sanitäreinrichtungen geachtet werden.

Diskriminierungsfreie Sprache

In den vergangenen Jahren haben sich – auch in der kommunalen Verwaltung und den Dezernaten – Gendersternchen, Doppelpunkt oder Unterstrich bereits in vielen Bereichen durchgesetzt.

- Wir setzen uns dafür ein, dass die Stadt und die Stadtwirtschaft diskriminierungsfreie Sprache einsetzen. Dafür wird unter Mitwirkung der LSBT*IQ-Koordinierungsstelle und Einbezug der städtischen Unternehmen ein Leitfaden erarbeitet.

Darüber hinaus ist es uns wichtig, dass sich queere Menschen von der Bildsprache angesprochen fühlen und dort auch repräsentiert werden.

- Wir setzen uns daher dafür ein, dass die Stadt sowie die kommunalen Unternehmen in Werbeanzeigen und Publikationen darauf achten, die Vielfalt unserer Stadtgesellschaft zu zeigen, beispielsweise durch die Abbildung von Regenbogenfamilien, gleichgeschlechtlichen Paaren, Alleinerziehenden oder Menschen mit Behinderung.
- Zudem soll bei Stellenausschreibungen der Stadtverwaltung auf eine diverse Darstellung geachtet werden.

Selbstverständnis zur Antidiskriminierung bei Städtepartnerschaften

Die Akzeptanz und die Selbstbestimmung sexueller und geschlechtlicher Minderheiten stellt für uns einen universellen Wert dar.

- Wir werden ein Selbstverständnis zur Antidiskriminierung in Bezug auf Städtepartnerschaften erarbeiten.

Queer im Alter

In Deutschland leben schätzungsweise rund eine Million über 65-Jährige, die sich als Lesben, Schwule, Bisexuelle, trans- und intergeschlechtliche Menschen identifizieren. So vielfältig und unterschiedlich sie und ihre Lebensgeschichten auch sind, was viele von ihnen verbindet, ist die gemeinsame Erfahrung von Ablehnung, Ausgrenzung, Diskriminierung, Denunziation und teilweise auch von Gewalt und Strafverfolgung aufgrund ihrer sexuellen Orientierung und/oder geschlechtlichen Identität.

Im Alter sind LSBT*IQ dieser sogenannten Baby-Boomer-Generation aufgrund geringerer familiärer Unterstützung beziehungsweise höherer Kinderlosigkeit stärker auf professionelle Einrichtungen der Altenhilfe angewiesen. Gleichzeitig ziehen sie sich nach allgemeiner Einschätzung aus Wissenschaft und Praxis in Pflegeheimen zunehmend zurück. Oder sie bleiben als LSBT*IQ unsichtbar, da die eigene Identität aus Angst vor erneuter Zurückweisung nicht selten verborgen gehalten wird.

- Wir wollen daher für queere Menschen im Alter ein diskriminierungsfreies Umfeld schaffen, in dem sie Akzeptanz und Respekt erfahren. Dafür sollen den Mitarbeiter*innen von entsprechenden Einrichtungen und Pflegediensten Schulungen und Fortbildungsmaterial angeboten werden. Wo nötig, sind vor Ort Beratungsmöglichkeiten zu schaffen.
- Ferner setzen wir uns dafür ein, dass in Kooperation mit der Interessenvertretung für ältere Menschen in Darmstadt die Thematik aufgegriffen und Maßnahmen für und mit queeren Senior*innen erarbeitet werden.

Queer im Sport

Sport ist traditionell von einer eindeutigen Trennung nach Stereotypen geprägt. Im Training, in Wettkämpfen, auf Weltranglisten und bei Olympia ist die Aufteilung nach Mann und Frau grundlegendes Prinzip. An gemeinschaftlichen sportlichen Aktivitäten teilzunehmen, stellt daher für queere Menschen meist eine Herausforderung dar.

- Wir setzen uns dafür ein, dass mehr Sportangebote für queere Menschen initiiert werden. Vereine, die Projekte für trans* und inter* Jugendliche und Erwachsene sowie LSBT*IQ-Menschen im Allgemeinen schaffen möchten, werden bei der Umsetzung dieser Projekte von der Stadt unterstützt. Die städtische LSBT*IQ-Stelle soll hierbei eine koordinierende Rolle einnehmen.

Regenbogenfamilien

Familienformen werden immer vielfältiger. Es gibt Patchwork- oder Einelternfamilien sowie sogenannte Regenbogenfamilien, in denen mindestens ein Elternteil schwul, lesbisch, bisexuell oder transgeschlechtlich lebt.

- Wir werden die Kompetenz städtischer Stellen zur Beratung von Regenbogenfamilien weiter ausbauen.

7. Chancen von Anfang an – Zukunft durch gute Bildung

Gute Bildung ist der Schlüssel für Chancengleichheit und Teilhabe. Sie fördert die individuelle Entwicklung, sichert Beschäftigung und eigenständige Existenzsicherung, begünstigt Stadt- und Kulturentwicklung und ist bedeutsam für die Gestaltung der Stadt als attraktives Lebens- und Wohnumfeld und zugleich als Wirtschaftsstandort.

Bildungsbiografien setzen heute lebenslanges Lernen voraus. Deshalb heißt gute Bildung für alle, Bildung für alle Altersgruppen. Sie umfasst frühkindliche Grundbildung und Erwachsenenbildung, allgemeine Bildung und berufliche Bildung, schulische und außerschulische Bildung, formale und informelle Bildung, Hochschulbildung und Weiterbildung. Lern- und Bildungsorte sind vielfältig: Familien, Kindertagesstätten, Schulen, Kinder- und Jugendzentren, Vereine, Migrantenselbstorganisationen, Volkshochschulen, Familienzentren, Akademien, freie Bildungsträger, Betriebe, Kammern, Hochschulen, Universitäten und viele mehr. Wir werden Bildungsstrukturen ermöglichen, die allen Menschen die Teilhabe an Bildung und individuell ausgerichteter Förderung eröffnen.

Digitalisierungs- und Medienbildungsinitiative

Durch die Corona-Krise wurde das Schulsystem vor große Herausforderungen gestellt. Viele Lehrende haben mit Unterstützung der Eltern dazu beigetragen, sie zu meistern und versucht, mithilfe digitaler Werkzeuge den Bildungsauftrag der Schulen soweit wie möglich zu erfüllen. Dabei waren diejenigen erfolgreicher, bei denen die Digitalisierung in der Schule bereits vorangeschritten ist. Die in der Krise gewonnenen Erfahrungen im Umgang mit digitalen Arbeitsweisen müssen genutzt und gewinnbringend für eine zukunftsweisende Gestaltung des Schulalltags eingebracht werden. Klassische Wissensvermittlung und neue, digitale Lern- und Arbeitsformen werden sich in Zukunft verstärkt ergänzen.

- Wir werden die Digitalisierungsoffensive des Bundes von städtischer Seite aus unterstützen und vorantreiben. Datenschutz und Rechtssicherheit müssen dabei gewährleistet bleiben.
- Wir unterstützen den von der Stadt mit dem Medienentwicklungsplan eingeschlagenen Weg der Digitalisierungsoffensive und werden dessen zügige Umsetzung und die daraus folgenden Schritte mit hoher Priorität sicherstellen.
- Wir setzen in Darmstadt den „DigitalPakt“ der Bundesregierung zukunftsgerichtet um. Ein Schwerpunkt ist diesbezüglich das Projekt „Digitale Modellschule“, in dem das städtische Schulamt, drei Schulen sowie die Technische Universität Darmstadt engagiert sind. Es hat zum Ziel, die Schulen bei der Transformation hin zum digitalen Lernen zu begleiten und neben der Nutzung der digitalen Medien auch die Medienkompetenzen der Schüler*innen in den Fokus zu nehmen. Die Digitalisierungsaktivitäten werden nach Ende des Förderzeitraums weiter fortentwickelt.
- Entscheidungen und Maßnahmen bei Einkauf und Roll-Out von Hardware und Software im Zusammenhang mit der Medienentwicklung und Digitalisierung der Bildung werden zeitnah und transparent kommuniziert. Die Schulgemeinde wird stets darüber informiert, was zu welchem Zeitpunkt mithilfe welcher Förderung umgesetzt wird und welche Veränderungen für sie damit verbunden sind.
- Wir sorgen dafür, dass alle Schüler*innen einen gleichwertigen Zugang zu digitaler Bildung erhalten. Dies muss unabhängig von den finanziellen Verhältnissen der Familie oder der sozialen Lage erfolgen.

- Alle Schulen erhalten eine zukunftsfähige digitale Infrastruktur, um eine digital unterstützte Wissensvermittlung sicherzustellen. An den großen Schulen lässt sich dies häufig durch ins Kollegium integriertes IT-Fachpersonal realisieren. Wo dies nicht möglich ist, z.B. an kleineren Schulen, leistet das IT-Fachpersonal des Schulamts Unterstützung.
- An den Darmstädter Schulen erfolgt eine Anpassung der technischen Ressourcen an die aktuellen IT-Standards. Bei der durch das städtische Schulamt angebotenen IT-Standardisierung werden die individuellen Anforderungen der jeweiligen Schule angemessen berücksichtigt.
- Die Lehrenden erhalten eine personengebundene Ausstattung, die ihren jeweiligen schulischen Anforderungen entspricht, beispielsweise Notebook, Headset, Dokumentenkamera und Webcam inklusive der erforderlichen Software. Dabei werden sowohl kommunale Mittel als auch Landes- und Bundesmittel ergänzend zur Finanzierung genutzt.
- Die Schulen brauchen ausgebildete Medienpädagog*innen. Dies können ausgebildete Lehrkräfte der eigenen Bildungsstätte sein oder entsprechendes Fachpersonal aus externen Institutionen wie dem Institut für Medienpädagogik und Kommunikation Hessen e.V.. Diese müssen eng mit Lehrkräften und Schulsozialarbeiter*innen zusammenarbeiten. Im Interesse der Kinder und Jugendlichen ist es die gemeinsame Aufgabe aller an den Darmstädter Schulen Beschäftigten, eine zukunftsweisende Medienpädagogik unter Zuhilfenahme digitaler Technik pädagogisch und institutionell zu verzahnen.

Schulbausanierungsprogramm: Ausreichend finanzielle Mittel für gute Raumkonzepte

- Wir werden das Schulbausanierungsprogramm fortsetzen, notwendige Schulneubauten auf den Weg bringen und diese Projekte weiterhin mit den notwendigen finanziellen Mitteln hinterlegen.
- Dabei stellen wir sicher, dass den Kindern und Jugendlichen ausreichend Entfaltungs- und Freiräume im kreativ-musischen oder im sportlichen Bereich zur Verfügung stehen.
- Bei der Projektierung von Sanierungs- bzw. Neubaumaßnahmen für öffentliche Gebäude (Kitas, Schulen usw.) finden künftig die Anforderungen an eine gesundheitsfördernde – und speziell auch pandemietaugliche – Ausgestaltung Berücksichtigung. Dazu wird vor dem Hintergrund der Erfahrungen während der Corona-Pandemie ein Konzept mit grundlegenden Kriterien und geeigneten baulichen Maßnahmen entwickelt.
- Die Baumaßnahmen am Berufsschulzentrum Nord werden fortgeführt.
- Die Sanierungs- und Baumaßnahmen am Berufsschulzentrum Mitte werden ebenfalls fortgesetzt.
- Die Entwicklung der Schulhöfe erfolgt nach inklusiven sowie kind- bzw. jugendgerechten Kriterien und wird umgesetzt. Ihre Attraktivität soll in den jeweiligen Stadtteil ausstrahlen. Wichtig ist, dass das schulische Umfeld zum Aufenthalt im Freien und zur Bewegung einlädt. Dies führt auch zu einer verbesserten Identifikation mit der Schule.
- Das Umweltdiplom setzen wir fort. Der Fokus liegt dabei in Zukunft noch stärker als bisher auf der Klimabildung.
- In Schulgebäuden soll das Datenmanagement hinsichtlich des Energieverbrauchs ausgebaut werden.

Sozialraumorientierte Schulsozialarbeit

Schulen entwickeln ihre pädagogische Arbeit mit der Zielsetzung, Schüler*innen individuell zu fördern und zur umfassenden Entwicklung ihres persönlichen Potenzials anzuregen. Schule ist somit zentraler Lebens-

und Erfahrungsort für Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene. Deshalb nehmen Schulen verstärkt ihre Verantwortung im Bereich der Persönlichkeitsstärkung und Prävention wahr und realisieren vielfältige Projekte, zum Beispiel zum Verhalten in Konflikten, zur Vermeidung von Schulabbrüchen, zur Suchtprävention, zur Bewältigung von Krisensituationen und zur Gewaltvermeidung. In diesen Feldern besteht die Notwendigkeit, die Arbeit von Lehrkräften mit Angeboten und Möglichkeiten der Schulsozialarbeit konstruktiv zu verschränken.

- Wir fördern die konstruktive Zusammenarbeit in multiprofessionellen Teams, damit sie zu einer Selbstverständlichkeit wird. Dabei sollen sich alle Beteiligten „auf Augenhöhe“ miteinander abstimmen und ihre Ansätze und Perspektiven zum Wohl der Kinder und Jugendlichen vernetzen.
- Es gilt, die Trennung zwischen Landesaufgaben und kommunaler Verantwortung in diesem Bereich zu überwinden. Die Angebote und Maßnahmen aller Beteiligten sollen sich an den Bedürfnissen der Kinder, Jugendlichen und jungen Erwachsenen orientieren und sinnvoll verknüpft werden.
- Wir fördern die sozialraumorientierte Ausrichtung der Schulsozialarbeit durch die vertiefte Vernetzung und Abstimmung der Einrichtungen der offenen Kinder- und Jugendarbeit, der Jugendberufshilfe und anderer Angebote mit der Arbeit an den Schulen.

Lebensbegleitendes Lernen und Lernen an außerschulischen Lernorten

Die Corona-Pandemie hat die Bedeutung außerschulischer Lernorte deutlich vor Augen geführt. In Zukunft sollen die Ressourcen der Stadtgesellschaft noch stärker genutzt werden, um Alternativen zum Homeschooling oder zum Unterrichten im Schulgebäude anbieten zu können.

- Wir werden einen Dialog zwischen den Schulen und interessierten außerschulischen Lernorten anstoßen, um feste Kooperationsstrukturen zu etablieren.
- Die Kooperation mit außerschulischen Lernorten scheitert oft am Transport. Deshalb werden wir mit der HEAG mobilo einen kostenfreien Transport von Lerngruppen aus den Kitas und Schulen außerhalb der Hauptverkehrszeiten aushandeln.
- Wir unterstützen außerschulische Lernorte dabei, interessante Angebote für Kinder und Jugendliche zu entwickeln. In diesem Zusammenhang werden wir das städtische Förderprogramm „Schule kreativ“ wiederbeleben, das vor einigen Jahren von einer privaten Stiftung übernommen und später eingestellt wurde.
- Wir initiieren eine Datenbank, in der Pädagog*innen spannende Lernorte und Expert*innen in Darmstadt finden können. Ein besonderes Augenmerk liegt darauf, einen Austausch zwischen Schulen und Betrieben (z.B. Handwerksbetrieben) in Abstimmung mit IHK und Handwerkskammer zu schaffen.
- Wirkungsvolle Bildung stellt die unterschiedlichen Anforderungen und Kompetenzen der Menschen in den Mittelpunkt. Insofern werden wir Bildungsstrukturen ermöglichen, die sich an den Biografien orientieren und allen Menschen die Teilhabe an Bildung und individuell ausgerichteter Förderung eröffnen. Wir unterstützen deshalb den weiteren Ausbau des Digitalen Bildungswegweisers im Rahmen der Digitalstadt Darmstadt und werden unterschiedliche Bildungsangebote für lebenslanges Lernen noch besser vernetzen.

- Unser Ziel ist es, öffentliche und private Bildungsträger innerhalb eines lokalen „Bündnisses für Bildung“ zu vernetzen und gemeinsame Kampagnen anzustoßen. Ein Internetportal für den Zugang zu lokalen Bildungs- und Weiterbildungsangeboten soll aufgebaut werden und mit dem Digitalen Bildungswegweiser vernetzt bzw. idealerweise in diesen integriert werden.

Individualisiertes und kollaboratives Lernen

- Wir unterstützen an Darmstädter Schulen neben dem kollaborativen Lernen bzw. dem Lernen im Klassenverband das Konzept des individualisierten Lernens. Dabei wird jede*r Schüler*in innerhalb einer Klasse im Sinne der Binnendifferenzierung individuell gefördert und auf ihrem oder seinem jeweiligen Stand abgeholt.
Dies ist einmal mehr geboten, da während der Corona-Krise die Heterogenität der Lernstände noch gewachsen ist. Bei allen relevanten Entscheidungen und Planungen wie zum Beispiel Schulsanierungen oder -neubauten, (digitaler) Ausstattung und Personalentscheidungen, soweit diese in der Verantwortung der Stadt liegen, achten wir darauf, dass die konzeptionelle Eignung für individualisiertes Lernen berücksichtigt wird.

Inklusion konkret – Eine Chance für unser Schulsystem

- Den Prozess der Inklusion werden wir weiter fördern.
- Beim Aufbau der Schulangebote in den neuen Darmstädter Quartieren (z.B. im Ludwigshöviertel) werden wir tragfähige Konzepte zur Inklusion modellhaft entwickeln, konsequent umsetzen und evaluieren. Gleichzeitig soll erfolgreich Erprobtes auf das gesamte Stadtgebiet übertragen werden.
- Auf kommunaler Ebene werden wir bei Schulneubauten und Schulsanierungen folgende Aspekte berücksichtigen: barrierefreier Ausbau oder Umbau von Schulgebäuden, Bereitstellung von Differenzierungsräumen und Räumen für „praktisches Tun“, offene Lernlandschaften für einen multifunktionalen Einsatz, inklusionsgerechte Sanierung von Turnhallen und bedarfsgerechte Schaffung von Psychomotorikräumen.
- Neben der Priorität der Inklusion bekennen wir uns zur heute notwendigen Schulvielfalt (Regel- und Förderschulen) in Darmstadt. Es gilt, jedes Kind in seinen individuellen Möglichkeiten einzeln zu betrachten, bestmöglich zu fördern und den Elternwunsch im Sinne der Wahlfreiheit zu berücksichtigen.

Bildungsmonitoring und Schulentwicklung

- Im Rahmen des Bildungsmonitorings der Bildungsregion Darmstadt und Darmstadt-Dieburg sollen individuelle Bildungsbiografien erfasst und analysiert werden. Darüber hinaus ist es Ziel, die Durchlässigkeit und Nutzbarkeit des Bildungssystems für alle Bevölkerungsgruppen transparent zu machen. Wir begrüßen die Einführung des systematischen Bildungsmonitorings sehr und werden es verstetigen. Aus den Ergebnissen leiten wir unsere kommunalpolitischen Bildungsziele ab und setzen diese um.
- Wir werden die besondere Situation der Familien im Verlegerviertel berücksichtigen und passende Entwicklungskonzepte für das Quartier entwickeln.
- Im Süden von Eberstadt muss im Rahmen des Neuzuschnitts der Grundschulbezirke gemeinsam mit den dortigen Schulen eine Situation geschaffen werden, die in diesem wachsenden Stadtteil

mit dem Bereich Klinikum neue gesellschaftliche Vernetzungen entstehen lässt. Damit wird ein weiterer Schritt hin zu mehr Chancengerechtigkeit realisiert.

Darmstadt als Standort berufsbildender Schulen stärken

- Die von kommunalen Spitzenverbänden, Hessischer Landesregierung, Wirtschaftsverbänden, Gewerkschaften, Kammern und der Agentur für Arbeit 2020 verabschiedete „Erklärung der Partner des Bündnis Ausbildung Hessen zur Sicherstellung der dualen Ausbildung in Corona-Zeiten“ wird von uns unterstützt und verfolgt.
- Wir werden die Gespräche zwischen Stadt und Landkreis zur gemeinsamen Entwicklung der Berufsbildenden Schulen intensivieren, um zukunftsfähige Zentren aufzubauen. Berufsbildende Schulen sollen sich zukünftig verstärkt durch fachliche Schwerpunkte auszeichnen und auch Orte der Erwachsenenbildung werden. Dafür ist eine Abstimmung in der Bildungsregion notwendig, die über Kreis- und Stadtgrenzen hinaus wirken sollte.
- Der Berufsschulentwicklungsplan wird in abgestimmter Planung zwischen Stadt und Landkreis verwirklicht. Eine gemeinsame Schulträgerschaft von Stadt und Landkreis bleibt für uns perspektivisch ein wichtiges Ziel.
- Benachteiligte Jugendliche gilt es in besonderem Maße zu fördern. Wir werden die Weiterentwicklung von Produktionsschulen unterstützen und begleiten. Diese sollen Jugendlichen und jungen Erwachsenen zwischen 15 und 27 Jahren eine handlungsorientierte Alternative bieten, um den Übergang von Schule in den Beruf ohne lange Wartezeiten zu meistern.
- Auch im Bildungsbereich wollen wir das Angebot an klimabezogenen Themen stärken. Einen besonderen Beitrag leistet dabei das Modellprojekt „Zentrum für erneuerbare Energien“ an der Heinrich-Emanuel-Merck-Schule (HEMS) im Berufsschulzentrum Nord. Dort werden künftige Generationen von Schüler*innen, Studierenden und Auszubildenden auf dem neuesten Stand der Technik für eine nachhaltige, klimaverträgliche und energieeffiziente Gestaltung unserer Wirtschaft und Gesellschaft ausgebildet. Dies unterstützen wir ausdrücklich.

Ganztagschulkonzepte

- Das Spektrum an ganztägig arbeitenden Schulangeboten und die Bedeutung außerschulischer Lernorte werden wir weiter stärken und ausbauen.
- Das Programm „Pakt für den Nachmittag“ wird von uns weiterhin unterstützt und ausgebaut.
- Vorrangiges Ziel ist für uns darüber hinaus die zügige Entwicklung und der Ausbau von rhythmisierten gebundenen Ganztagschulen. Dazu werden wir qualitativ hochwertige Konzepte entwickeln und umsetzen.

Flexible Eingangsstufen

- Grundschulen mit dem Wunsch, eine flexible Eingangsstufe einzurichten, unterstützen wir. Flexible Eingangsstufe bedeutet, dass die Kinder nach ihren individuellen Voraussetzungen die ersten beiden Schuljahre in mindestens einem Jahr, maximal drei Jahren, in altersgemischten Gruppen durchlaufen. Diese Wahlfreiheit ist abhängig von der Zustimmung des Landes, um die wir uns in intensiver Zusammenarbeit mit interessierten Grundschulen aktiv bemühen.

Gesundheitsfördernde Schule

- Wir tragen dafür Sorge, dass in den Darmstädter Schulen jedem Kind ein kostengünstiges, gesundes, vollwertiges Mittagessen zur Verfügung steht. Die Produkte sollen den Kriterien regional, saisonal sowie biologisch entsprechen und täglich frisch zubereitet werden. Jeden Tag soll mindestens ein vegetarisches/veganes Gericht angeboten werden.
- Den Aufbau und die Arbeit von Schulsanitätsdiensten werden wir unterstützen und bei Bedarf für die Bereitstellung von geeigneten Räumlichkeiten sorgen.

Selbstständige Schulen entwickeln in gemeinsamer Verantwortung von Kommune, Land und Bund

- Wir unterstützen das Konzept der Selbstständigen Schule und werden auf Schulträgererebene mit den beteiligten Schulen die Umsetzung voranbringen und die Öffnung zum Lernumfeld fördern.
- Unser Ziel ist es, in Darmstadt zunächst einzelne Modellprojekte auf den Weg zu bringen. Innerhalb dieser sollen die Ressourcen von Bundes- und Landesebene mit denen der Kommune zusammengeführt und aus „einer“ Hand gemeinsam mit den beteiligten Schulen eingesetzt werden. Dies soll sowohl der Gestaltung der einzelnen Schulen als auch der Schullandschaft insgesamt zugutekommen.
- Ziel ist dabei die Reduzierung von „Reibungsverlusten“ im Zusammenwirken der verschiedenen Ebenen, die Stärkung der Wirksamkeit der eingesetzten Ressourcen und die Unterstützung der Qualität, der Agilität und Innovationsfähigkeit von Schulen.
- Die Übergänge zwischen Kindertagesstätte, Schule, Ausbildungs- und Arbeitswelt sowie lebensbegleitendem Lernen sind gemeinsam zu organisieren.

Grundbildung und Alphabetisierung

In Deutschland leben 7,5 Mio. Menschen, die über unzureichende schriftsprachliche Fähigkeiten verfügen. Bei vielen von ihnen tritt dieses Phänomen auf, obwohl sie neun bzw. zehn Jahre die Schule besucht haben. Diese sogenannten funktionalen Analphabet*innen sind größtenteils erwerbstätig. Dennoch führt fehlende oder nicht ausreichende Lese- und Schriftsprachkompetenz zu erheblichen Beeinträchtigungen in der Lebensqualität und zur Ausgrenzung vom gesellschaftlichen und kulturellen Leben. Teilhabe und persönliche Entwicklung werden verhindert.

- Wir unterstützen das Bündnis der Stadt Darmstadt mit dem Unternehmerverband. Auch darüber hinaus wurden bereits spezielle Angebote entwickelt: Die Stadt nutzt die Möglichkeiten des Projekts AlphaGrund (Arbeitsplatzorientierte Alphabetisierung und Grundbildung Erwachsener), um Beschäftigten zu helfen, die schlecht lesen und schreiben können oder deren Rechenfähigkeiten für ihre Tätigkeit nicht ausreichend ist.
- In dem Projekt BilDa bieten die Lese-, Schreib- und Rechenwerkstätten eine individuelle und teilnehmerorientierte Bildung für Darmstädter*innen an. Die kostenlosen Lese-, Schreib- und Rechenwerkstätten gibt es in mehreren Stadtteilen. In gemeinsamer Verantwortung mit dem Landkreis Darmstadt-Dieburg werden wir das Grundbildungszentrum (GBZ) unterstützen, um weitere Facetten der Thematik zu entwickeln.

Internationale Schule

- Wir werden den Bedarf an einer Internationalen Schule in Darmstadt prüfen und uns bei positivem Ergebnis für die Einrichtung einer solchen Schule einsetzen. Diese kann, je nach Voraussetzung, auch an einer Bestandsschule etabliert werden.

8. Darmstadt ist Kulturstadt

Kultur hält unsere Stadt lebendig! Deshalb ist es unserer Koalition wichtig, dass die kulturelle Vielfalt der Zeit vor Corona zurückkehrt und langfristig erhalten bleibt. Durch Kommunikations-, Netzwerk- und Strukturangebote wollen wir sie weiter unterstützen. Die sogenannten „Freiwilligen Leistungen“ zur Förderung der Kultur in ihrer ganzen Breite werden als „Investitionspflicht“ verstanden und entsprechend fortgeschrieben.

Neben der institutionellen „Hochkultur“ mit ihrer überregionalen Strahlkraft ist die sogenannte „Freie Szene“ mit all ihren Gattungen eine tragende Säule des kulturellen Lebens in Darmstadt. Als Identifikationsfaktor braucht sie dauerhaft Anerkennung und Unterstützung, so wie dies in den vergangenen Jahren geschehen ist und öffentliche Akzeptanz erfahren hat. Freie Träger und etablierte Kulturinstitutionen, die entsprechende Kulturprojekte anbieten, werden von uns auch zukünftig die notwendige Hilfe bei der Vernetzung und Durchführung von Projekten erhalten.

Kulturelle Netzwerke schaffen, Potenziale der Digitalisierung nutzen

Die Digitalisierung bietet für den Kulturbereich gleichermaßen Herausforderungen und Chancen. Wie wichtig es ist, Letztere zu nutzen, hat die Corona-Krise gezeigt.

- Die Arbeit des Vereins „Kultur einer Digitalstadt (KeD)“, der sich zu einem wichtigen Akteur hinsichtlich der breiten Vernetzung der Darmstädter Kulturszene entwickelt hat, wird von uns in den nächsten Jahren eine adäquate Förderung erhalten.
- Wir fördern auch diejenigen Akteure, die uns für die Entwicklung einer digitalen Schnittstelle zur besseren Abstimmung der Kulturarbeit in Darmstadt als Partner zur Seite stehen, wie zum Beispiel Kulturkataster KeD, Staatstheater Darmstadt und DIESE Studio.

Kultur von und für Studierende und Auszubildende

In Darmstadt gibt es fast 45.000 Studierende. Studentische Initiativen wie Schlosskeller, 806qm und Glaskasten bieten ihnen ein attraktives Kulturprogramm. Viele dieser überwiegend ehrenamtlich getragenen Institutionen sind wichtiger Bestandteil des kulturellen Lebens in unserer Stadt. Eine noch engere Vernetzung mit den anderen Kultureinrichtungen begrüßen wir.

- Unser Ziel ist es, mit einer Öffnung der Campusse für kulturelle Aktionen und Vorstellungen Kultur und Bildung enger miteinander zu verzahnen und gemeinsame Handlungsstränge zu ermitteln.
- Auch außeruniversitäre Kulturinstitutionen und Initiativen in Darmstadt, wie zum Beispiel das Staatstheater oder die Freie Szene, bieten attraktive Angebote für Studierende. Diese werden jedoch nur zu einem kleinen Teil ausgeschöpft. Wir werden eine gemeinsame Initiative anstoßen, um dies zu ändern.
- Wir setzen uns bei der hessischen Landesregierung dafür ein, dass die Vergünstigungen, die Studierende im Staatstheater Darmstadt erhalten, auch für Auszubildende gelten. Diese attraktiven Angebote dürfen kein Privileg von Menschen in akademischer Ausbildung sein, sondern sollen allen in Ausbildung offenstehen.

Clubkultur bewahren

Die große Darmstädter Club-Landschaft ist Keimzellen der Jugend-, Sub- und Gegenkultur und damit ein

unverzichtbares Element unserer vielfältigen Gesellschaft. In der Corona-Krise wurden die Clubs als erstes geschlossen und konnten, wenn überhaupt, bisher nur wieder sehr begrenzt öffnen.

- Wir werden deshalb neue Räume und Veranstaltungsorte mobilisieren, wo Clubevents infektionsschutzkonform wieder stattfinden können.
- Die Schaffung einer temporären Open-Air-Clubarena auf dem Messplatz, die den verschiedenen Veranstalter*innen und Initiator*innen von Clubevents kooperativ zur Verfügung steht, ist bereits in Planung und wird ab Juli 2021 umgesetzt.
- In der Nacht treffen im öffentlichen Raum vielfältige Interessen aufeinander. Zur besseren Verständigung zwischen Clubs, Bars und deren Gästen auf der einen Seite sowie Nachbarschaft, Verwaltung und Politik auf der anderen werden wir die Etablierung eines/einer Nachtbürgermeister*in prüfen. (siehe auch Kapitel Ordnung und Sicherheit)
- Das Angebot des HeinerLiners wird weiter ausgestaltet, sodass es von Frauen und Mädchen sowie anderen vulnerablen Personengruppen genutzt werden kann, um nachts sicher nach Hause zu kommen.

Gründung eines Theaterpädagogischen Zentrums

Unsere Stadt verfügt mit dem Verein Freie Szene Darmstadt und seinen rund 40 Gruppen über eine große und erfahrene freie Theaterszene.

- Wir werden den Erfahrungsschatz und das große Potenzial nutzen und im Schulterschluss mit den Theaterpädagog*innen des Mollerhauses ein Theaterpädagogisches Zentrum in Darmstadt etablieren, das sich neben der aktiven Aufführungspraxis auch auf die Ausbildung spezialisiert. Es ist zu prüfen, ob Teile des Ausbildungszentrums im Kreativquartier im Pa*Mo angesiedelt werden können.

Sanierung von Stadtbibliothek, Justus-Liebig-Haus und Literaturhaus

- Die Stadtbibliothek ist dringend sanierungsbedürftig. Wir werden – wie bereits von der Stadt geplant – den Zustand prüfen und veranlassen, dass ein energetisches Sanierungskonzept erarbeitet wird.
- Das Justus-Liebig-Haus als eines der großen zentral gelegenen Bürgerhäuser wird in die Sanierungspläne einbezogen.
- Zudem hat sich die Koalition darauf geeinigt, für die Umsetzung des Brandschutzkonzeptes für das Literaturhaus einen Betrag von 400.000 Euro in den Haushalt 2022/23 einzustellen.
- Wir werden die Erarbeitung eines Sanierungsprogramms für marode oder beschädigte Denkmäler und Kunstwerke im öffentlichen Raum anstoßen.

Für eine vielfältige Film- und Kinolandschaft / Kino als spezifische Kunstform bewahren

Die Kulturindustrie und seit Neustem die Streaming-Dienste haben dazu beigetragen, dass das Filmgenre sich immer weiter von der ursprünglichen Kunstform entfernt hat und ein beliebiges Unterhaltungsprodukt geworden ist. Das hat zur Folge, dass zunehmend weniger Menschen ins Kino gehen. Die Corona-Pandemie hat das Kinosterben noch einmal deutlich beschleunigt.

- Wir wollen die Darmstädter Kinolandschaft erhalten. Dabei ist es uns wichtig, dass bei der Programmgestaltung nicht allein Aktualität und Vorgaben der Filmindustrie im Vordergrund stehen,

sondern dass der Film als Kunstform und museales Element begriffen wird und entsprechende Produktionen berücksichtigt werden. In einem ersten Schritt wird ein Konzept mit den schon existierenden Kinos und der Stadtgesellschaft erarbeitet. Vereine und Institutionen wie zum Beispiel das Deutsche Polen-Institut, die Società Dante Alighieri Darmstadt, der Studentische Filmkreis, der Fotoclub Darmstadt und andere Initiativen, die wichtige Beiträge zur Darmstädter Kinolandschaft leisten, werden dabei einbezogen.

Kultur von allen – für alle

Seit 2016 der Aktionsplan zur Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention beschlossen wurde, ist es das erklärte Ziel, Darmstadt zu einer inklusiven Stadt zu machen, in der jeder Mensch die Möglichkeit hat, sich vollständig und gleichberechtigt an allen gesellschaftlichen Prozessen zu beteiligen. Das gilt auch für Kunst und Kultur, und zwar sowohl was die passive als auch die aktive Teilhabe anbelangt.

Wie vielfältig die Kulturarbeit von und mit Menschen mit Behinderung ist, hat unter anderem das Festival „Alles inclusive?!“ gezeigt, das bereits zweimal in Darmstadt stattfand.

- Durch entsprechende Netzwerkarbeit werden wir inklusive Kunstprojekte wie zum Beispiel BEHINDArt, das Theaterlabor Inc und das Festival „Alles inclusive?!“ im Darmstädter Kulturleben noch breiter verankern und einbinden, damit diese eine größere Öffentlichkeit erfahren.

Eine Kulturachse mitten in der Stadt

Durch die Neugestaltung des Georg-Büchner-Platzes sowie des Friedensplatzes sind in der Innenstadt zwei neue Räume entstanden. Beide Orte sind umgeben von Kultureinrichtungen und werden mit temporären Kunst- und Kulturaktionen bespielt. Es ist eine Kulturachse mitten in der Stadt entstanden, die einen wichtigen Beitrag zur Belebung der Innenstadt leistet.

- Wir werden diese Entwicklung mit Initiativen wie unter anderem der „Kulturellen Mitte“ oder dem Ehrenamt für Darmstadt weiter vorantreiben.
- Durch die Bildung einer virtuellen Museumsmeile von der Kunsthalle über Schlossmuseum, Hessisches Landesmuseum bis zur Mathildenhöhe und zum Bioversum Kranichstein werden wir die Kulturachse erweitern und stärken.
- Künstlerische Interventionen bestehender und entstehender Kulturinitiativen auf brachliegenden Flächen unterstützen wir, indem wir zwischen den unterschiedlichen Interessen vermitteln.
- Wir werden auch weiterhin in den Stadtteilen öffentliche Räume für Kultur und Interaktion schaffen.

Neugestaltung der unteren Rheinstraße als würdiges Entree der Wissenschaftsstadt Darmstadt

Die untere Rheinstraße ist die zentrale Einfahrt von Westen zur Stadt. Wir haben vereinbart, dass sie zu einem würdigen Entree umgestaltet wird. Dabei sollen insbesondere die kulturellen und wissenschaftlichen Stärken unserer Stadt sichtbar gemacht werden. (siehe auch Kapitel Stadtentwicklung)

- Es wird ein klares Kommunikationskonzept mit dem Fokus auf kulturelle und wissenschaftliche Glanzpunkte entwickelt.

- Die Aufenthaltsqualität für den Fußverkehr sowie die Anliegerschaft werden wir durch neue Grünflächen und die Instandsetzung der Brunnenanlagen verbessern. Außerdem wollen wir hier einen gut ausgebauten Radweg als Anbindung an die Innenstadt schaffen.
- Unser Ziel ist es zudem, die mittlere Rheinstraße, vom Kennedyhaus bis zur Grafenstraßen, zu einem autofreien Boulevard mit Grün- und Wasserflächen umzugestalten.

Platzentwicklung im Umfeld der Kunsthalle

Zwischen Kunsthalle und DGB-Haus befand sich einst der historische Eingang vom Westen zur Residenzstadt Darmstadt. Damit dieser Ort seiner historischen Bedeutung angemessen wahrgenommen wird, bedarf er einer grundlegenden Umgestaltung. Das Gebiet rund um die Kunsthalle ist bereits neu gestaltet.

- Die Umgestaltung des Platzes zwischen Kunsthalle und DGB-Haus wird auf der Grundlage des landschaftsarchitektonischen Wettbewerbs von 2017 fortgesetzt, sodass der Ort als Einheit erscheint.
- Die Umgestaltung wird genutzt, um Darmstadts Geschichte als Stadt der Künste – übersetzt in eine moderne Formensprache – auch an dieser Stelle ins Bewusstsein zu rufen.

Für erlebbare Kultur im öffentlichen Raum

Straßentheater ist ein geeignetes Medium, um Innenstadt und Stadtteile unabhängig von Angeboten, die an Konsum gebunden sind, erlebbar zu machen. Dank des Vereins Kw8 Werkstatt für Theater und Kultur (Festival Just for Fun), Theaterquarantäne (Sprungturmfestival) und DIESE Studio werden bereits zahlreiche öffentliche Plätze regelmäßig kulturell bespielt.

- Das kulturelle Angebot soll in Zukunft noch ausgeweitet werden, um die öffentlichen Plätze aufzuwerten und gemeinschaftliche Kulturerlebnisse zu schaffen, die unentgeltlich und ohne Schwellenangst zugänglich sind. Wir werden entsprechende Flächen zur Verfügung stellen. Dies erfolgt mietfrei und nach Konzeptvergabe.
- Verbindliche Kriterien wie Hygiene-Konzepte etc. für kulturelle Veranstaltungen im öffentlichen Raum sowie auf Außenflächen von Clubs und Veranstaltungshäusern werden anhand der allgemein geltenden Corona-Verordnungen von Bund und Land erarbeitet.

Internationales Waldkunstzentrum dauerhaft unterstützen, Potenziale nutzen

Seit vielen Jahren leistet der Verein für Internationale Waldkunst wertvolle Pionierarbeit bei der Vermittlung von Kunst im Naturraum. Darüber hinaus finden im Internationalen Waldkunst Zentrum regelmäßig Symposien, Aktionen und waldpädagogische Veranstaltungen für Kinder statt.

- Durch eine institutionelle Förderung werden wir dieses kulturelle Alleinstellungsmerkmal für die Stadt dauerhaft sichern. Das neu entstehende Ludwigshöviertel erhält durch die Nachbarschaft fruchtbare Impulse.

Kunst und Kultur gehören in die Stadt

2014 konnte im Rahmen der Aufnahme des Pallaswiesen-/Mornewegviertels (Pa*Mo) in das

Städtebauförderprogramm „Soziale Stadt/Sozialer Zusammenhalt“ auf einem ehemaligen Industriegelände an Landwehrstraße und Kirschenallee ein Kreativquartier ins Leben gerufen werden. Erste Unternehmen der Kreativwirtschaft sowie freie Kulturschaffende sind dort bereits eingezogen. (siehe auch Kapitel Stadtentwicklung)

- Die Entwicklung des Pa*Mo zu einem lebendigen, kreativen Erlebnisraum werden wir vorantreiben und verstetigen.
- Um junge Kreative in Darmstadt zu halten, tragen wir dafür Sorge, dass im Pa*Mo weitere bezahlbare Atelier- und Arbeitsräume insbesondere für junge bildende Künstler*innen entstehen.
- Die Entwicklung des Kreativquartiers soll von öffentlichkeitswirksamen Maßnahmen begleitet werden, um es bekannter zu machen und in das kulturelle Leben der Stadt zu integrieren. Dabei muss die Kreativwirtschaft stärker in den Fokus gerückt werden.
- Wir unterstützen die „Kulturtanke“ und das dort zurzeit laufende Projekt „Amt für künstlerische Vermessung des Pa*Mo“, das DIESE Studio in Zusammenarbeit mit dem Schuldruckzentrum Darmstadt e.V. initiiert hat und durchführt. Unser Ziel ist, die „Kulturtanke“ unter Einbeziehung der Stadtteilwerkstatt und weiterer lokaler Partner*innen dauerhaft als soziokulturelles Zentrum im Pa*Mo zu etablieren. Adäquate Fördermittel werden wir zur Verfügung stellen.

Leere Räume kulturell nutzen und neue Räume erschließen

Wir werden neue Räume zur kulturellen Nutzung erschließen. Denn durch temporäre Kunst- und Aktionsflächen kann ein attraktives Umfeld für Einzelhandel, Dienstleistungs- und Tourismusbranche geschaffen werden.

- Wir wollen, dass insbesondere leere Räume kulturell zwischen-, um- oder nachgenutzt werden.

Volksfeste und Festivals wieder stattfinden lassen

Volksfeste und Festivals wie das Heinerfest, das Schlossgrabenfest, die Residenzfestspiele oder das Golden Leaves Festival sind verbindende Elemente für Kultur und Stadtgesellschaft.

- Volksfeste und Festivals sollen sobald wie möglich wieder stattfinden können.
- Sollten die Corona-Auflagen weiterhin bestehen, werden wir gemeinsam alternative Konzepte entwickeln, um die Veranstaltungen zu realisieren.
- Wir werden prüfen, inwieweit der ökologische Fußabdruck durch eine nachhaltige Gestaltung der Feste reduziert werden kann.

Kultur der Erinnerung stärken

Geschehnisse wie in Halle oder Hanau haben gezeigt, dass es dringend notwendig ist, die Erinnerung an die Verbrechen des Nationalsozialismus wach zu halten und die Erinnerungskultur weiterhin zu stärken. Vandalismus und Diebstahl bedrohen öffentliche Erinnerungsorte, auch in Darmstadt.

Für uns bedeutet erinnern Aufklärung. Nur wenn wir das Geschehene verstehen, der Opfer gedenken und Konsequenzen für unser heutiges Zusammenleben ziehen, bleiben wir eine weltoffene und tolerante Stadtgesellschaft, die weiterhin gegen Diskriminierung jeglicher Art immun ist und niemanden ausgrenzt.

- Die begonnene Planung zur Neugestaltung des Gedenkortes an die Darmstädter Brandnacht wird unter Einbeziehung der Neugestaltung des Ernst-Ludwigs-Platzes fortgeführt.
- Das Mahnmal zum Gedenken an die Opfer des Paragrafen 175 wird an einem öffentlich wirksamen Aufstellungsort errichtet. Die Planungen gemeinsam mit der Kunstkommission laufen bereits.
- Die Dauerausstellung zur Verfolgung der Sinti und Roma wird nach der Sanierung des Stadthauses Grafenstraße dort einen würdigen und museumspädagogisch guten Ort erhalten.
- Die Aufarbeitung der Geschichte des Leibgardistendenkmals und der Darmstädter Leibgardisteneinheit ist eine wichtige erinnerungspolitische Aufgabe. Daher unterstützen wir die Initiative der Stadt, in Kooperation mit dem Deutschen Polen Institut und der Technischen Universität Darmstadt dazu ein Forschungsprojekt durchzuführen.
- Die bereits beschlossene Umbenennung von Straßen mit historisch belasteten Namen erfolgt in einem transparenten Verfahren, begleitet von einer Ausstellung, einem Symposium und Bürgerbeteiligung.

Mathildenhöhe: Welterbe werden

Die Mathildenhöhe gilt als herausragendes Ensemble am Übergang vom 19. ins 20. Jahrhundert. Doch sie ist weit mehr als eine Ansammlung faszinierender historischer Bauten. Sie verkörpert den Geist des Aufbruchs und der Moderne, die hier mehrfach ihren Ausgang genommen haben. Ihr liegt die Idee zugrunde, Darmstadt städtebaulich, ästhetisch, landschaftsplanerisch und sozial weiterzudenken. Dieser umfassende Weltentwurf macht die Mathildenhöhe einzigartig und verleiht ihr universelle Bedeutung. Deshalb unterstützen wir die Bewerbung um den UNESCO-Welterbestatus.

- Nach Erteilung des Zuschlags werden wir alle Anstrengungen aufbringen, den Welterbe-Status langfristig zu sichern und unserer Verantwortung sowohl gegenüber der Stadt als auch der Weltöffentlichkeit nachzukommen.
- Die Mittel für den Bau des Besucherzentrums, das zu den Auflagen der UNESCO gehört, stehen bereit, ein Konzeptwettbewerb hat bereits stattgefunden. Das Projekt bietet neue Chancen, die Bedeutung der Mathildenhöhe und der ihr zugrunde liegenden Ideen zu vermitteln. Wir tragen dafür Sorge, dass die am Osthang entstandenen studentischen Kulturprojekte an einem anderen Ort fortgeführt werden können.
- Perspektivisch soll ein Design-Museum mit interaktiver Vermittlungsstruktur die verschiedenen Design-Sammlungen innerhalb der Stadt bewahren und in einem großen Haus zusammenfassen. Die Basis könnten die Sammlungen des Instituts für Neue Technische Form (INTeF) und des Werkbunds bilden. Als Ort ist der Osthang der Mathildenhöhe besonders geeignet.
- Die Geschichte der Mathildenhöhe hat gezeigt, dass die Übergänge von Kunst und Kreativwirtschaft fließend sind. Wir werden die öffentliche Wahrnehmung für die Kreativwirtschaft stärken und unterstützen in diesem Zusammenhang die Bewerbung als World Design Capital (WDC) im Zusammenspiel mit der Stadt Frankfurt und dem Kulturfonds FrankfurtRheinMain.

„Neue Künstlerkolonie“ im Park Rosenhöhe neu beleben

- Die derzeitige Nutzung der „Neuen Künstlerkolonie“ muss überprüft werden. Wir wollen sie gemeinsam mit Kunst- und Kulturschaffenden konzeptionell neu aufstellen.

Neubau eines Kunstdepots

Die reichhaltigen Schätze der Archive von Stadtarchiv, Städtischer Kunstsammlung, Internationalem Musikinstitut und teilweise auch des Hessischen Landesmuseums Darmstadt benötigen ein konservatorisch angemessenes Gebäude für ihre Bestände. Dazu bauen wir ein Kunstdepot, das konservatorisch aber auch klimatisch den höchsten Ansprüchen entspricht. Im Kontext des Städtebauförderprogramms „Sozialer Zusammenhalt“ im Pa*Mo wird damit ein weiterer kultureller Schwerpunkt gesetzt.

- Wir prüfen, inwieweit die Sammlung des Vereins Kunst Archiv Darmstadt perspektivisch integriert werden kann, um die räumliche und personelle Situation dieses wichtigen Gedächtnisses der Bildenden Kunst Darmstadts zu verbessern.
- Wir tragen dafür Sorge, dass ausreichend Mittel zur Verfügung stehen, um die städtische Kunstsammlung progressiv weiterzuführen.

Kulturelle Vielfalt sichern und ausbauen

Die Koalition ist sich einig, dass die Darmstädter Kulturszene auch weiterhin Raum für künstlerische Entwicklungen erhält, sodass das Vermächtnis der Moderne weitergeführt werden kann.

- Wir werden alle kulturellen Spielorte in städtischer Verantwortung, soweit noch nicht geschehen, energetisch sanieren lassen.
- Das Staatstheater Darmstadt ist einer der Leuchttürme in der reichhaltigen Kulturszene unserer Stadt. Wir begrüßen die erzielte Einigung zwischen der Stadt und der hessischen Landesregierung über die Sanierung des Kleinen Hauses. Damit wird der Spielbetrieb nachhaltig gesichert. Die Zeit der Sanierungsarbeiten, in der das Schauspiel ins Große Haus und in die Kammerspiele ausweichen muss, werden wir konstruktiv begleiten.
- Wir bemühen uns darum, die Geschäftsstelle der Deutschen Akademie der Darstellenden Künste von Bensheim nach Darmstadt zu holen, um dem Kulturstandort Darmstadt eine weitere Facette hinzuzufügen.
- Wir werden die Kooperation mit der Deutschen Akademie der Darstellenden Künste hinsichtlich des von ihr initiierten neuen Festivals „Performing Arts & Digitalität“ weiterführen.
- Das Eisenbahnmuseum Kranichstein stellt ein wichtiges Denkmal der Industriekultur in Darmstadt dar. Wir planen eine Festschreibung der institutionellen Förderung zur Sicherung dieses anerkannten Museums.
- Unser Ziel ist es, die umfang- und abwechslungsreiche Geschichte Darmstadts lebendig zu halten und erlebbar zu machen. Hierzu konzipieren und installieren wir ein stadtgeschichtliches Museum, das die Entwicklung von der Besiedlung um 800 n. Chr., über die Zeit als Residenzstadt, Ort der Künste, Heimat bedeutender Adelsgeschlechter, Brandnachtoper bis hin zur heutigen Wissenschaft- und Digitalstadt und vieles mehr zeigt. Um der Bedeutung Gewicht zu verleihen, streben wir die Umsetzung in einem zentral gelegenen Gebäude an.
- Comedy Hall und Kikeriki Theater sind wichtige Teile des kulturellen Lebens unserer Stadt. Wir wollen ihren Bestand sichern und werden prüfen, inwiefern dies durch eine städtische Übernahme der Liegenschaft gelingen kann.

9. Sicherheit und Ordnung: Prävention vor Repression

Sicherheit

Wir werden zusammen mit der Stadtgesellschaft und den Sicherheitsbehörden Angsträume und Kriminalitätsschwerpunkte systematisch ermitteln und diesen mit geeigneten Maßnahmen entgegenwirken. Hierzu gehört beispielsweise die Verbesserung der Straßenbeleuchtung aber auch die generelle Aufwertung von Aufenthaltsräumen, um das subjektive Sicherheitsempfinden der Bürger*innen zu steigern.

- Die Präventionskonvention soll konsequent angewendet werden. Dabei lehnen wir grundsätzliche Aufenthaltsverbote von Personengruppen ab, werden aber entschieden gegen die Entstehung einer offenen Drogenszene vorgehen.
- Die vorausschauende Präventionsarbeit soll gekoppelt mit aufsuchender Sozialarbeit fortgesetzt werden. Dabei können aber auch repressive Maßnahmen zum Einsatz kommen. So soll zum Beispiel an besonderen öffentlichen Orten, wie Kinderspielplätzen, Schulhöfen oder Friedhöfen, das Alkoholverbot konsequent durchgesetzt werden. Zudem fördern wir die Netzwerkarbeit und Präventionsprojekte in den Stadtteilen.

Der Schutz von Persönlichkeitsrechten ist für uns ein sehr hohes Gut. Der Einsatz fest installierter bzw. mobiler Videobeobachtung kann daher nur die Ultima Ratio sein, wenn dies die Sicherheitslage erforderlich macht (beispielsweise an Kriminalitätsschwerpunkten oder neuralgischen Orten). Dabei sollte die Einführung transparent für die Bürger*innen erfolgen.

- Jegliche Videobeobachtung soll gemäß den gesetzlichen Vorgaben regelmäßig evaluiert werden. Zudem ergänzen wir dies um ein regelmäßiges Controlling, das die Entwicklung der lokalen Kriminalitätsstatistik betrachtet. Es dient als Grundlage, um die Videobeobachtung entsprechend zu erweitern, zu reduzieren oder gegebenenfalls zu entfernen.
- In einem Pilotprojekt werden wir prüfen, ob durch die Sammlung von Daten über Einsätze und Unfallstatistiken Prognosen zur Einsatzvorbereitung und der Entlastung von Einsatzkräften aufgestellt werden können. Darüber hinaus wollen wir in Pilotprojekten wie „5G4resilience“ die Nutzung moderner Mobilfunktechnologien in der Notfallmedizin und im Katastrophenschutz erproben.
- Wir setzen uns für die Durchsetzung der Hundeleinenpflicht, wie sie in der Präventionskonvention formuliert ist, ein. In Parkanlagen und im Umfeld von Schulen, Kindergärten und Spielplätzen werden wir vermehrt Hinweisschilder aufstellen. Im gleichen Zuge möchten wir aber auch prüfen, ob Hundewiesen im Stadtgebiet ausgeweitet oder neu ausgewiesen werden können.

Stadtpolizei

Die Sicherheit steigert in erster Linie eine sichtbare und bürgernahe Polizeipräsenz. Daher arbeiten wir an einer guten Ausstattung der Stadtpolizei.

- Wir werden die offenen Stellen bei der Stadtpolizei besetzen und für eine bedarfsgerechte Erhöhung der Stellenkontingente sorgen. Bedienstete, die für die Sicherheit der Bevölkerung

zuständig sind, sollen in einem ordentlichen Beschäftigungsverhältnis direkt bei der Wissenschaftsstadt Darmstadt und dem verantwortlichen Ordnungsamt angestellt sein.

- Für die Stadtpolizei soll es regelmäßige Weiterqualifizierungen geben. Wir setzen uns insbesondere für Trainings gegen Diskriminierung jedweder Art (zum Beispiel „racial profiling“) und die Sensibilisierung für sexuelle Belästigung („cat calling“) im öffentlichen Raum ein.
- Wir machen die Bürger*innen auf die Möglichkeit aufmerksam, sich bei Fehlverhalten der Stadtpolizei an den/die Ordnungsdezernent*in, die/den Bürgerbeauftragte*n oder die/den unabhängigen Polizeibeauftragte*n des Landes Hessen zu wenden.
- Das Konzept der Stadtwache am Luisenplatz soll evaluiert und weiterentwickelt werden, um die Bürgernähe der Stadtpolizei und auch das Sicherheitsempfinden der Menschen an diesem zentralen Platz weiter zu erhöhen. Eine Ausweitung der Öffnungszeiten und ein Ausbau der Öffentlichkeitsarbeit sollen dabei geprüft werden.
- Die Zusammenarbeit zwischen der Landes- und der Stadtpolizei soll weiterentwickelt und Synergien genutzt werden.
- Wir setzen uns für eine verstärkte Präsenz von Ordnungskräften auf der Straße und im Stadtgebiet ein.

In den vergangenen Jahren gab es insbesondere in den Abendstunden Nutzungskonflikte im öffentlichen Raum, die sogar die Schließung einzelner Parkanlagen nach sich zogen.

- Um dieser Entwicklung entgegenzuwirken, wollen wir Modellprojekte der Kooperation zwischen Sozialarbeiter*innen und der Stadtpolizei ausarbeiten, denn oft braucht es deeskalierende Kommunikation und vor allem Ansprechpartner*innen, die ohne Hürden erreichbar sind.
- Um gleichzeitig auch auf die Anliegen der Anwohner*innen einzugehen, prüfen wir die Einführung eines/einer sogenannten „Nachtbürgermeister*in. Diese Person agiert vermittelnd zwischen Kulturschaffenden, Veranstalter*innen, Anwohner*innen sowie Politik und Verwaltung, damit ein lebendiges, urbanes Nachtleben weiterhin möglich ist.
- Des Weiteren möchten wir insbesondere Jugendliche für die Gefahren übermäßigen Drogenkonsums sensibilisieren.

Verkehrsüberwachung

- Zur Verbesserung der Verkehrssicherheit und zum Schutz von Leben und Gesundheit aller Verkehrsteilnehmer*innen setzen wir uns für eine kontinuierliche Verkehrsüberwachung durch die Stadtpolizei ein. Dazu wird die Geschwindigkeits- und Rotlichtüberwachung mit den standortfesten und mobilen Überwachungsanlagen fortgesetzt und in Gefahrenbereichen intensiviert.
- Ferner wird der ruhende Verkehr kontinuierlich überwacht. Wir möchten Verkehrsverstöße wie das Parken auf Geh- oder Radwegen sowie nicht regelkonformes Radfahren konsequent ahnden. (siehe auch Kapitel Mobilität)

Feuerwehr

Die Darmstädter Berufsfeuerwehr ist mit den Anforderungen einer wachsenden Stadt und den immer häufiger vorkommenden Starkwetterereignisse in Folge der Klimakrise konfrontiert. Wir wollen die Voraussetzungen dafür schaffen, dass das bisherige Schutzniveau der Darmstädter Bevölkerung erhalten bleibt.

- Die Darmstädter Berufsfeuerwehr soll eine bedarfsgerechte Personalausstattung aufweisen.
- Ausbildung und Trainings werden angemessen ausgebaut, um auch neuen Herausforderungen wie zum Beispiel Elektrobränden in Fahrzeugen und verstärkter Waldbrandgefahr bestmöglich begegnen zu können.
- Alle Feuerwehren sollen gut ausgerüstet sein, um den wachsenden Anforderungen des Brandschutzes in jeder Hinsicht gerecht zu werden.
- Das neue Zwei-Wachenkonzept der Berufsfeuerwehr wird zeitnah und unter Berücksichtigung der Darmstädter Klimaziele umgesetzt. (siehe auch Kapitel Stadtentwicklung)
- Ein neuer Standort für die Freiwillige Feuerwehr Innenstadt wird entwickelt und ein Konzept für die Freiwillige Feuerwehr Eberstadt erarbeitet, um die Funktionsfähigkeit des Standortes langfristig sicherzustellen.

Veterinäramt

- Wir werden die Lebensmittelüberwachung stärken und die Kontrolle von Gaststätten intensivieren.

Sauberkeit

Wir wollen, dass die Menschen sich in Darmstadt nicht nur sicher, sondern auch wohlfühlen. Hierzu gehören gepflegte öffentliche Räume frei von Sachbeschädigungen.

- Deswegen möchten wir Pflegezustand und Sauberkeit, Ruhestörungen oder sonstige Belästigungen erfassen und analysieren, um darauf aufbauend Konzepte zur Verbesserung zu entwickeln. Hierzu zählen insbesondere:
 - eine schnelle Beseitigung von Farbschmierereien durch den EAD – gegen Gebühr auch an Privathäusern
 - das vermehrte Aufstellen von Abfallbehältern und eine Anpassung des Leerungsrhythmus entsprechend den Anforderungen
 - eine erhöhte Präsenz von Kräften der Stadtpolizei – zu Fuß und per Fahrrad
 - Aufklärungskampagnen für rücksichts- und respektvolles Verhalten
 - Wir werden darüber hinaus weitere Maßnahmen zur Verschönerung von Innenstadt und Stadtteilen durch Bepflanzung und Begrünung sowie intakte Brunnenanlagen und Wasserflächen einleiten. (siehe auch Kapitel Stadtentwicklung)

Öffentlicher Raum

Wir unterstützen ansprechende, kostengünstige oder kostenlose Kulturangebote für alle Altersklassen auf öffentlichen Plätzen und wollen diese in Zukunft noch häufiger ermöglichen.

- Als Angebot, das alle Interessen berücksichtigt, werden wir prüfen, ob es Flächen gibt, auf denen Events unterschiedlichster Art oder Partys legal organisiert werden können, wobei Lärm- und Umweltschutz für uns im Mittelpunkt stehen. An diesen Orten könnten auch Outdoor-DJ-Pults installiert werden. (mehr dazu im Kapitel Kultur)

Ausländerbehörde

- Wir entwickeln die Ausländerbehörde sowohl personell als auch organisatorisch weiter, sodass den Bedarfen der Bürger*innen entsprechend Rechnung getragen werden kann.

10. Sport und Ehrenamt – Bindeglieder unserer Gesellschaft

Sportentwicklung

Auch beim Sport ist unserer Koalition Klima- und Umweltschutz wichtig. Wir werden deshalb umweltverträgliche Sportarten und die Bilanzierung der Klimaverträglichkeit stärker in den Fokus rücken.

- Die Energieberatung für Vereine mit eigenen Liegenschaften wird ausgebaut.
- Die Instandsetzung und Sanierung von Sportanlagen von Vereinen sowie der Stadt und von der dazu gehörigen Infrastruktur unter Beachtung hoher energetischer Standards setzen wir fort. Vereine mit eigenen Sportstätten und -anlagen werden wir auch weiterhin unterstützen.
- Auch in Zukunft werden wir die Darmstädter Sportvereine stärken. Dabei prüfen wir, wie das Ehrenamt konkret gestützt werden kann, beispielsweise durch die gezielte Bereitstellung von Beratung. Denkbar wären die Erweiterung der Kompetenzen und Aufgaben des Sportamtes oder ein Ausbau des Vereinscoachings der HEAG Holding.
- Wir werden veranlassen, dass das Sportamt der Stadt den Vereinen bei der Umsetzung von Sportveranstaltungen mit regionaler und überregionaler Bedeutung mehr als bisher zur Seite steht.
- Auf Grundlage einer Bestands- und Bedarfsanalyse des Sports in Darmstadt werden wir eine systematische Umsetzungsplanung vornehmen. Der Sanierungs- und Neubaubedarf wird erfasst und anschließend anhand des Bedarfs der Bürger*innen priorisiert, um daraus eine Sportentwicklungsplanung für das kommende Jahrzehnt zu erstellen. Diese Planung soll regelmäßig auf Aktualität überprüft und entsprechend angepasst werden.
- Darüber hinaus werden wir dafür sorgen, dass die Sportvereine bei der Unterhaltung ihrer Sportanlagen stärker durch das städtische Sportplatzpflegeteam (innerhalb der Darmstädter Sportstätten GmbH & Co. KG (DSG)) unterstützt werden, zum Beispiel beim Grünschnitt oder bei einzelnen Projekten.
- Im Sinne einer nachhaltigen Stadtentwicklung wollen wir Vereinen auf der Grundlage von wirtschaftlichen und inhaltlichen Entwicklungskonzepten helfen, damit auch ihre Liegenschaften unter ökologischen Gesichtspunkten (z.B. Cool-Down-Effekt) saniert werden können, sofern die Sportanlagen zentral für die jeweiligen Quartiere und sportlich bedeutsam sind.

Vereine und Sportangebote

- Gemeinsam mit dem Sportkreis werden wir zeitnah ein Konzept für eine zeitlich begrenzte kostenlose Mitgliedschaft in Sportvereinen entwickeln, die Kinder und Jugendliche zur Teilnahme an Angeboten verschiedener Vereine und Sportarten berechtigt. Zudem wollen wir erreichen, dass im Sportamt ein*e Bewegungskordinator*in („Sportland Hessen bewegt“) eingesetzt wird.
- Wir werden für die Vergabe von Nutzungs- und Belegungszeiten in städtischen Sporthallen (einschließlich der Schulsportstätten), städtischen Bädern sowie Außenanlagen transparente Kriterien entwickeln.
- E-Sport werden wir in die Sportförderung aufnehmen. Vorab sollen die städtischen Gremien (Sportkommission, Sportausschuss), die betroffenen Vereine und die Bürger*innen klären, welche Arten von E-Sport förderfähig sind.
- Unser Ziel ist, das Baseball-Feld „Memory Field“ von der Bundesanstalt für Immobilienaufgaben zu erwerben und anschließend zu sanieren. Gleichzeitig werden wir prüfen, ob durch den Kauf der

Eissporthalle einerseits der Eissport in der Stadt gefördert und andererseits eine günstigere Nutzung der Halle für die Bürger*innen herbeigeführt werden kann.

- Wir wollen den Rollsport in unserer Stadt sichern und durch die Bündelung der Trainings- und Wettkampfmöglichkeiten die aktuelle Situation für diese Sportart verbessern.
- Wir stellen fest, dass es das Bedürfnis nach Mountainbike- und BMX-Angeboten gibt. Wir prüfen, ob im Stadtgebiet legale MTB-Trails oder Pump-Tracks geschaffen werden können, auch unter Gesichtspunkten der Umweltverträglichkeit.

Bewegungsangebote

Wir werden die Integration von Spiel, Sport und Bewegung in die urbane Alltagswelt weiterentwickeln und fördern. Das Augenmerk liegt dabei sowohl auf der Quartiersorientierung als auch auf speziellen Zielgruppen.

- Wir achten in allen Vierteln auf eine ausreichende sportliche Infrastruktur.
- Wir streben an, die Funktionstrennung von Stadt-, Grün-, Sport- und Bewegungsflächen aufzuheben und Parks, Plätze und Verkehrsflächen für alle Arten von Sport und Bewegung freizugeben.
- Unser Ziel ist, dass in jedem Stadtteil eine – zumindest teilweise – geöffnete Sportanlage für die allgemeine Öffentlichkeit zur Verfügung steht.
- Zur Förderung des Amateur- und Breitensports werden wir einen Sport-, Gesundheits- und Bewegungsatlas in Auftrag geben, in dem alle Darmstädter Sportangebote im öffentlichen Raum aufgeführt werden. Dabei sollen alle Bewegungsangebote sichtbar gemacht werden. Der Atlas soll von den Bürger*innen pflegbar sein und vom Sportamt oder der HEAG Holding moderiert werden. Zudem sollen auch Angebote der Gesundheitsförderung (Ärzt*innen, Vereine, Fitnessstudios, Spielplätze, BGM-Angebote, Physiotherapeut*innen, Ergotherapeut*innen, Ernährungscoaches) aufgenommen werden.
- Wir haben vereinbart, für alle Altersgruppen im gesamten Stadtgebiet sukzessive weitere Bewegungsangebote zu schaffen. Dazu zählen Angebote wie „Calistenics Parcour“ (moderne Form der Trimpfpfade), Parkour (urbaner Hindernislauf) oder andere Outdoor-Fitnessmöglichkeiten. Einer der potenziellen Orte ist beispielsweise die Albert-Schweitzer-Anlage, die von vielen Darmstädter*innen bereits als Joggingstrecke genutzt wird.
- In enger Abstimmung mit der Interessenvertretung für Senior*innen, mit Sportvereinen und mit den Freien Trägern der Seniorenarbeit werden wir weitere Konzepte zur Bewegungsförderung insbesondere von älteren Menschen entwickeln, die aber auch anderen zur Nutzung offenstehen.

Schwimmbäder

- Das Eberstädter Mühlthalbad wird umfassend und denkmalgerecht saniert. Der Umkleidetrakt, die Technik und die Außenanlagen werden erneuert. Die Vereine und die Öffentlichkeit sind in die Planung einzubeziehen. Sollte eine Schließung des Bades notwendig sein, muss diese möglichst kurzgehalten werden. Der Fortbestand als Familien- und Freizeitbad ist uns ein zentrales Anliegen.
- Für das neue Nordbad ist ein neues Kurs- und Bewegungsangebot geplant, das allen Bevölkerungsschichten und -gruppen Angebote für Sport-, Bewegung, Gesundheit und Rehabilitation bietet. Ein besonderer Fokus soll auf Aktivitäten liegen, die darauf zielen, das Schwimmen zu erlernen.

- Ziel ist es, insbesondere all jenen Kindern Schwimmunterricht anzubieten, die Pandemie-bedingt keinen Unterricht erhalten konnten. Gemeinsam mit den Vereinen, Grundschulen und weiterführenden Schulen soll ein Konzept erarbeitet werden, wie die zur Verfügung stehende Wasserfläche optimal genutzt werden kann, um den Rückstand an Schwimmunterricht zu kompensieren. Auch Babyschwimmkurse sind wieder in größerem Umfang anzubieten. Diese sollen ebenfalls ins Konzept aufgenommen werden.
- Wir werden prüfen, ob die Badezeiten in den Freibädern und Badeseen in den Sommerferien dauerhaft bis 21.00 Uhr ausgeweitet werden können.

Merck-Station am Böllenfalltor

- Gemeinsam mit dem SV 98 werden wir prüfen, inwiefern das Merck-Station am Böllenfalltor in spielfreien Zeiten auch für andere Sportarten nutzbar gemacht werden kann.

Bürgerpark Nord und Südwest

- Der Bürgerpark Nord wird als Sport- und Bewegungspark erhalten und gepflegt. Nach seinem Vorbild werden wir auch im Südwesten der Stadt unter Beachtung der Naturschutzbelange einen Park schaffen, der neben normierten Sportflächen über offene Sport- und Bewegungsangebote verfügt.

Schule und Kitas

- Die Kooperationen zwischen Kinderbetreuungseinrichtungen, Grundschulen und Sportvereinen wollen wir in Zusammenarbeit mit dem Sportkreis ausbauen und verstetigen. Dadurch ist es möglich, Vereinssportanlagen vormittags besser auszulasten. Zudem setzen wir uns für einen Beitritt zum Pilotprojekt „Hessischer Bewegungscheck“ ein, der im Schuljahr 2020/2021 als Teil des Landesprogramms „Sportland Hessen bewegt“ gestartet ist.
- Wir setzen uns für das Projekt des Sportkreises für eine vierte Sportstunde pro Woche an den Darmstädter Grundschulen ein.
- Zudem möchten wir das Radfahren für Kinder und Jugendliche sicherer machen. Bei einer Ausweitung der Rad-Mobilität muss bereits in der Grundschule neben der Vermittlung von Verkehrsregeln auch die motorische (sichere) Ausübung gelehrt werden.

Frauen und Gleichstellung

- Wir achten auf ein ausgeglichenes Verhältnis bei der Förderung von Männern und Frauen. Durch gezielte Maßnahmen wollen wir den weiblichen Anteil in der ehrenamtlichen Vereinsarbeit erhöhen.
- Wir werden beim Um- und Neubau städtischer Sportanlagen nach Möglichkeit genderneutrale (Einzel-)Umkleiden und Toiletten schaffen.
- Um die Gleichstellung im Sport zu gewährleisten, möchten wir in Kooperation mit dem Sportkreis und den Sportvereinen eine Kampagne zur Sensibilisierung gegenüber LSBT*IQ ins Leben rufen.
- Der Preis „Sportler des Jahres“ wird in „Sportpreis des Jahres“ umbenannt.

Migration

- Für Menschen mit Migrationshintergrund soll der Zugang zu Sport und Vereinen erleichtert werden. Dazu wollen wir die Zusammenarbeit mit den Sportvereinen ausbauen.
- Wir werden Sportstätten und Bewegungsräume als Ort interkultureller Zusammenkünfte und deren Potenzial für Integration und die Begegnung von Menschen unterschiedlicher sozialer Schichten fördern.

Inklusion

- Wir möchten neue inklusive Sportangebote schaffen und die besondere Vielfalt der bestehenden Angebote erhalten.
- Barrieren in den Sport- und Freizeitanlagen werden wir abbauen, um mehr Menschen die Teilhabe am Sport zu ermöglichen.

11. Solide Finanzen und starke Wirtschaft. Ökologie und Ökonomie zusammenbringen.

Wir stehen für eine nachhaltige Wirtschafts- und Finanzpolitik, die sich den Herausforderungen der Klimakrise stellt und Ökonomie mit Ökologie und sozialer Verantwortung verbindet. Deshalb setzen wir weiterhin auf eine solide Haushaltspolitik und eine kommunale Wirtschaftspolitik, die Wirtschaftsförderung und Standortentwicklung ebenso als integralen Teil der Stadtentwicklungspolitik sieht wie Pflege und Ausbau unserer umfassenden kommunalen Infrastruktur. Für diese brauchen wir auch weiterhin eine starke Stadtwirtschaft. Ebenfalls besondere Bedeutung für das Gemeinwesen hat in Darmstadt die Wissenschaft – als Impulsgeberin für die Wirtschaft, Quelle von Innovation und eigenständiger, harter Standortfaktor. Deshalb verstehen wir die Stärkung der lokalen Wissenschaftslandschaft gleichfalls als zentralen Bestandteil der Stadtentwicklungsaktivitäten.

Die Corona-Pandemie hat nicht zuletzt auch die Stadt mit ihren unterschiedlichen Strukturen und Funktionen einem harten Stresstest unterzogen. Darmstadt und die Stadtgesellschaft haben sich dem gewachsen gezeigt. Trotz aller Trauer um die Opfer, die zu verzeichnen sind, ist deutlich geworden, dass die Stadt als solche weitgehend robust und widerstandsfähig ist. Die Darmstädter*innen ihrerseits haben erneut Solidarität, Hilfsbereitschaft und Flexibilität bewiesen.

Darauf kann die Post-Corona-Stadt aufbauen. Um sie zu gestalten, werden wir die stadtplanerischen Lerneffekte aus der Krise aufgreifen. Dies gilt zum Beispiel im Hinblick auf die hohe Bedeutung der Aufenthaltsqualität des öffentlichen Raums und der Grünbereiche sowie auf die gerechte Verteilung der Verkehrsflächen. Ein zentrales Handlungsfeld ist in diesem Zusammenhang die Innenstadt. Ihre Transformation zu einem funktional vielfältigen Stadtteil werden wir aktiv begleiten. Dem Handel und den Dienstleister*innen im Citymarketing ist unsere Koalition weiterhin eine starke Partnerin. Zugleich verstehen wir die traditionelle Rolle der Stadtverwaltung mit ihren Bürgerservices im Gefüge der Innenstadt als Verpflichtung ebenso wie als Gestaltungsaufgabe. (siehe auch Kapitel Stadtentwicklung)

In der Haushaltspolitik hat sich in den letzten beiden Legislaturperioden nicht mehr und nicht weniger als ein epochaler Wandel vollzogen. Die ungebremsste Neuverschuldung wurde gestoppt. An ihre Stelle ist – trotz aller Einsparbemühungen, die weiter uneingeschränkt Gültigkeit haben müssen und werden – eine neue finanzielle Handlungsfähigkeit für die Belange der Stadtgesellschaft getreten, die sich zum Beispiel in weit überdurchschnittlichen Investitionen in die Kinderbetreuungs- und Bildungsinfrastruktur niederschlägt. Rechnerischen Schulden stehen mehr und mehr reale Werte und Zukunftschancen gegenüber. Diesen soliden und verlässlichen Weg werden wir weitergehen. Er ermöglicht es uns auch, den fiskalischen Herausforderungen, die die Corona-Krise voraussichtlich noch mit sich bringen wird, aktiv und ohne Schaden für die Stadt zu begegnen.

Haushaltspolitik

Die Wissenschaftsstadt Darmstadt hat in den vergangenen Jahren in erheblichem Maße von der soliden und erfolgreichen Haushalts- und Finanzpolitik profitiert. Eine solide Haushaltspolitik und eine erfolgreiche Sachpolitik bedingen einander. Einerseits ermöglicht nur ein nachhaltig ausgeglichener Haushalt ausreichend Spielräume für wichtige Investitionen in die kommunale Infrastruktur, andererseits stützt eine moderne Infrastruktur das Wachstum und die Anziehungskraft und damit den Wohlstand unserer Stadt. Von 2015 bis 2020 konnten sechs Jahre in Folge ausgeglichene Haushalte erwirtschaftet werden, in denen nicht mehr Geld ausgegeben als eingenommen wurde. In den beiden letzten Jahren, 2019 und 2020,

wurden sogar darüber hinaus echte Rücklagen gebildet. Damit wurde eine sinnvolle Risikovorsorge betrieben. Diese hat sich in der Corona-Krise als überaus wertvoll erwiesen. Die angesparten Rücklagen waren ausreichend, die Corona-bedingten Defizite des Jahres 2021 vollständig auszugleichen.

- Wir werden deshalb auch weiterhin unserer Linie treu bleiben und engagierte Politik durch eine nachhaltige, konsequente, disziplinierte und fachkundige Haushaltsführung sicherstellen.

Nach Überwindung der Corona-Pandemie wird die Haushaltspolitik vor neuen Herausforderungen stehen, denen wir uns tatkräftig stellen werden. Es zeichnet sich bereits jetzt ab, dass nicht nur eine Fortführung, sondern eine Neu-Fokussierung der soliden Darmstädter Haushaltspolitik notwendig sein wird. Die Wiederherstellung eines ausgeglichenen Haushalts muss dabei im Vordergrund stehen, um neues ausreichendes Potenzial für die dringend erforderlichen Infrastrukturmaßnahmen zu erschließen.

- Die Neuauflage eines umfassenden Konsolidierungsprogramms mit dem Ziel, zeitnah die Wiederherstellung eines ausgeglichenen Haushalts zu ermöglichen und neue Rücklagen zu bilden, wird entschlossen angegangen.
- Vor dem Hintergrund der durch die Corona-Pandemie erheblich angespannten Haushaltslage und der erforderlichen Haushaltsgenehmigung durch die Kommunalaufsicht steht die Umsetzung aller vereinbarten Vorhaben unter einem Haushaltsvorbehalt. Das gilt insbesondere für nicht-investive Maßnahmen, die in direkter Weise den Ergebnishaushalt belasten und rein konsumtiven Charakter aufweisen.
- Im Zusammenhang mit der Konsolidierung können kontinuierliche Optimierungsmaßnahmen der städtischen Verwaltungsprozesse in Hinblick auf Effizienz und Effektivität als Beitrag zur Haushaltsdisziplin dienen. Hierbei müssen – gerade auch verwaltungsinterne – Digitalisierungsmöglichkeiten verstärkt Berücksichtigung finden.

Die für eine wachsende Stadt erforderlichen Investitionen in die kommunale Infrastruktur und für neue Klimaschutzmaßnahmen werden in den kommenden Jahren erhebliche Anstrengungen und hohe liquide Mittel erfordern. Dazu kann auch die Aufnahme von Krediten notwendig sein, die in diesem Sinne aber nicht zum Werteverzehr, sondern zum Werteaufbau eingesetzt werden. Keine wachsende Stadt ist in der Lage, allein durch den Einsatz von Eigenkapital neue Infrastruktur zu schaffen. Wenn neue Kredite zur Finanzierung von langlebigen Investitionsgütern und wichtigen Zukunftsmaßnahmen eingesetzt werden, ist dies nicht nur gerechtfertigt, sondern entspricht sogar dem Gedanken der intergenerativen Gerechtigkeit. Wenn aufgrund des Bevölkerungswachstums die Pro-Kopf-Verschuldung trotz neuer Investitionskredite im langfristigen Trend stabil bleibt, ist dies ebenfalls Ausdruck einer nachhaltigen und soliden Finanzpolitik. Hierbei muss aber – auch dem neuen kommunalen Haushaltsrecht folgend – die Tilgung von Krediten gewährleistet sein, ohne neue Liquiditätskredite aufzunehmen. Eine nachhaltige und solide Haushaltspolitik muss eine zielgerichtete Stadtentwicklungspolitik im Blick haben.

- Wir treten für zukunftsichernde Investitionen in die Weiterentwicklung und Modernisierung der kommunalen Infrastruktur und den Ausbau der Daseinsvorsorge in unserer wachsenden Stadt ein. Nur so kann Darmstadt seinen aktuellen Herausforderungen gerecht werden.
- Die Produkte und Leistungen der kommunalen Daseinsvorsorge sollen für die Bürger*innen verlässlich, bezahlbar und in guter Qualität bereitgestellt werden.

- Sollten sich Investitionsgüter oder Beteiligungsunternehmen als nicht erforderlich erweisen bzw. nicht der kommunalen Daseinsvorsorge dienen, kann auch eine Veräußerung dieser Güter in Frage kommen. In diesem Fall sollen Beteiligungsverkäufe und Sondererlöse nicht konsumtiv im Ergebnishaushalt verwendet, sondern nur für wichtige Investitionen im Finanzhaushalt oder zum Schuldenabbau eingesetzt werden.
- Durch weitere Divestment-Maßnahmen (Desinvestitionen) wollen wir noch stärker zur Energiewende beitragen. Daher sollen keine städtischen Gelder in fossile Energieträger investiert und bestehende Geldanlagen umgeschichtet werden. Wir wollen vielmehr unsere Rolle im Markt nutzen, um klimafreundliche Produkte und Technologien zu fördern.

Der diversifizierte und breite Branchenmix in Darmstadt hat gerade in der Corona-Krise zu einer spürbaren Dämpfung der Steuerschwankungen und der weiteren negativen finanziellen Auswirkungen der Pandemie beigetragen. Es zeichnet sich ab, dass unsere Stadt die Corona-Pandemie besser meistern kann als viele andere deutsche und hessische Kommunen. Dies gilt sowohl hinsichtlich der Gewerbesteuererinnahmen als auch bei den Anteilen an der Einkommensteuer, da die Arbeitslosigkeit und die Zahl der Bedarfsgemeinschaften nur geringfügig angestiegen ist. Darmstadt weist die niedrigste Arbeitslosenquote aller hessischen Großstädte und den geringsten Corona-bedingten Anstieg auf.

Zu einer Stabilisierung der heimischen Wirtschaft tragen auch gleichbleibende und verlässliche Steuerhebesätze bei.

- Wir beabsichtigen, die Gewerbesteuerhebesätze in der aktuellen Legislaturperiode konstant zu halten und nicht anzuheben. Hier stehen wir einerseits mit den Umlandkommunen in direkter Konkurrenz, zum anderen liegt der Hebesatz der Metropole Frankfurt am Main nur unwesentlich über dem Darmstädter Hebesatz.

Auch der Hebesatz der Grundsteuer B soll in der aktuellen Legislaturperiode grundsätzlich stabil gehalten werden. Hier gilt, dass der Haushaltsausgleich in erster Linie durch Konsolidierungsbemühungen erzielt werden soll.

- Daher werden wir die anstehende bundesweite Reform der Grundsteuer nicht zu Steuererhöhungen nutzen, sondern den neu festzulegenden Hebesatz der Grundsteuer B so bestimmen, dass ein gleichbleibendes Aufkommensniveau erreicht wird. Dies gilt ausdrücklich nicht für unbebaute, aber baureife Grundstücke.
- Wir wollen den neu geschaffenen Spielraum des Grundsteuergesetzes zur Einführung einer zusätzlichen Grundsteuer C auf ungenutztes Bauland und die damit eröffnete Lenkungsfunktion soweit wie möglich ausschöpfen, um den Wohnungsbau weiter voranzutreiben.

Die Verwendung öffentlicher Mittel muss dem Gebot der Transparenz und Nachvollziehbarkeit gegenüber den Bürger*innen unterliegen und Mitwirkungsmöglichkeiten bieten. Dieser Verantwortung werden wir schon heute in vielfältiger Weise gerecht. Ein gutes Beispiel dafür ist der „Bürgerhaushalt“, in dem alle Haushaltspositionen bis ins Detail hinein nachvollziehbar dargestellt werden und ein Vorschlags- und Abstimmungsrecht der Bürger*innen bei bestimmten Haushaltsaufwendungen umgesetzt wird.

- Um den gewählten Stadtverordneten aber auch allen Bürger*innen unserer Stadt den inhaltlichen Zugang zum kommunalen Haushalt weiter zu vereinfachen und größtmögliche Transparenz zu

bieten, wird die Verfeinerung der Haushaltssystematik und der Ausbau des bereits vorhandenen Kennzahlensystems vorangetrieben.

Im vergangenen Jahr ist es gelungen, den webbasierten interaktiven Haushaltsplan einzuführen. Damit wird jeder/jedem Interessierten die Möglichkeit eröffnet, sich ein detailliertes Bild von der Finanzlage der Wissenschaftsstadt Darmstadt zu machen. Durch eine einfache und logische Benutzerführung sowie die Verwendung von Tabellen, Grafiken und Erläuterungen werden die wesentlichen Informationen des Haushaltsgeschehens transparent dargestellt.

- Das Instrument des webbasierten interaktiven Haushaltsplans werden wir nochmals verfeinern und auch um langjährige Strukturdate unserer Stadt und interkommunale Vergleichsringen ergänzen.
- Um die Aussagekraft des Haushalts – insbesondere für wichtige Strategiefelder – weiter zu erhöhen, werden wir Auswertungsmöglichkeiten und flächendeckende Kennzahlen einführen, die Aussagen zum Fortgang der Klimaschutzmaßnahmen und Stadtteilauswertungen ermöglichen.
- In der aktuellen Legislaturperiode sollen ferner alle wesentlichen kommunalpolitischen Maßnahmen im Hinblick auf Gender Budgeting geprüft werden. Zu der Frage der Geschlechtergerechtigkeit sollen für den Haushalt der Stadt Kennzahlen entwickelt werden, wo es mit vertretbarem Aufwand und zu erwartendem Nutzen sinnvoll erscheint.
- Schließlich soll auch eine verfeinerte Haushaltssystematik Hinweise liefern, in welcher Höhe für welche Teilbereiche des Haushalts Fördermittel des Landes, des Bundes oder der EU generiert werden konnten. Eine verstärkte Fördermittelakquise erscheint stets sinnvoll, aber gerade im Hinblick auf Maßnahmen des Klimaschutzes, der dort angesiedelten Förderprogramme und der finanziellen Herausforderungen der Stadt unbedingt erforderlich.

Starke Stadt – Starke Stadtwirtschaftsstrategie

Wir werden uns auch weiterhin für den Ausbau der starken Darmstädter Stadtwirtschaft einsetzen und sie auf dem eingeschlagenen Kurs des nachhaltigen Wirtschaftens unterstützen. Im Juni 2020 hat die Stadtverordnetenversammlung mit breiter Mehrheit die Stadtwirtschaftsstrategie 2020 - 2025 beschlossen und damit die Basis für eine nachhaltig und sozial-ökologisch agierende Darmstädter Stadtwirtschaft in den nächsten Jahren gelegt.

- Unsere Koalition unterstützt die Stadtwirtschaftsstrategie 2020 - 2025 ausdrücklich. Sie wird weiter ausgebaut werden.

Nicht zuletzt ist die Darmstädter Stadtwirtschaft ein Vorbild für weibliche Führungskultur und verfügt über zahlreiche Frauen, die in zentralen Positionen Großartiges für die Stadt leisten.

- Wir wollen weiblichen Vorbildern und denen, die es noch werden wollen, Raum geben, ihre Geschichten von Erfolg bis Niederlagen zu erzählen. Dafür werden wir ein Networking-Programm initiieren, das Chancen aufzeigt und Wege ebnet.

Dass Darmstadt den Herausforderungen der Vergangenheit stets begegnen konnte, in der Corona-Krise gut aufgestellt war und den Menschen in der Stadt zu jedem Zeitpunkt eine sichere Versorgung garantieren konnte, ist maßgeblich auf das breite Portfolio an städtischen Unternehmen und Beteiligungen zurückzuführen. Die Bedeutsamkeit der Daseinsvorsorge wird sich in Zukunft nicht verringern, im Gegenteil.

Wir nehmen diesen Handlungsauftrag aktiv an und werden mitwirken, das Verständnis der grundlegenden Leistungen, die den Menschen in Stadt und Region unumschränkt zur Verfügung stehen sollten, immer wieder den aktuellen Bedürfnissen, wie zum Beispiel dem digitalen Wandel, anzupassen und zukunftsfähig auszubauen.

- Wir bekennen uns ausdrücklich zur Nichtveräußerung der kommunalen Leitunternehmen und favorisieren vielmehr ihre Stärkung und ihren Ausbau.

Die Stadtwirtschaft ist ein Alleinstellungsmerkmal unserer Stadt. Das enge und vertrauensvolle Zusammenwirken von Stadtverwaltung und -wirtschaft ist ein zentraler Garant für eine gute Zukunft unserer Stadt und zugleich essenzieller Baustein des einzigartigen Darmstädter „Ökosystems“ gemeinsam mit Wissenschaft, privaten Unternehmen und der Zivilgesellschaft. Städtische Unternehmen sind dabei in praktisch allen Feldern der Stadtpolitik tätig und positiv wirksam.

- Wir werden den weiteren Umbau des **Klinikums Darmstadt** zu einem fachlichen, technischen und baulichen Leuchtturm des Gesundheitswesens in Südhessen vorantreiben, auch und gerade aus der Erfahrung der Pandemie heraus.
- Die **Entega AG** wird von uns als nationales Leitunternehmen der ökologischen Transformation von Wirtschaft und Gesellschaft unterstützt und gestärkt. Die **HEAG mobilio GmbH** wird im Verbund mit der **Stradadi GmbH** und der **DADINA** die Umsetzung der Mobilitätswende im ÖPNV-Bereich in der Stadt und mit dem Landkreis vorantreiben. Hierbei liegt unser Fokus klar auf schienengebundener Infrastruktur mit langfristiger Wirksamkeit.

Darmstadt mit smarten Lösungen voranzubringen, ist richtig und verlangt beharrliches Handeln. So kann die digitale Stadt dazu beitragen, die analoge Stadt besser zu machen – immer unter der Voraussetzung, mit ethisch hohen Standards den Nutzen für die Bürger*innen und die Nachhaltigkeit von Projekten in allen gesellschaftlich relevanten Bereichen in den Mittelpunkt zu stellen.

- Wir werden den Digitalstadt-Prozess, wie er von der **Digitalstadt Darmstadt GmbH** gesteuert wird, verstetigen und als Querschnittsthema weiter ergänzen. Auch hier hat die Corona-Krise von einem Tag auf den anderen gezeigt, was in Darmstadt schon zuvor zum Beispiel mit der Bildungsplattform auf den Weg gebracht worden ist.

Darmstadt ist als Start-up-City Aufsteigerin im Konzert der großen Städte wie Berlin, Hamburg oder München. Dies ist der Vielzahl der kreativen Initiativen zu verdanken, mit denen wir kooperieren. Es ist vor allem aber auch der aktiven Gründerförderung als Kernstrategie der Wirtschaftsförderung geschuldet, die ihre Vorortung im **HUB31**, dem gemeinsamen Gründerzentrum mit der IHK Darmstadt, und in der Förderung von Gründer*innen im Weltraumumfeld durch die **cesah GmbH Centrum für Satellitennavigation Hessen** hat.

- Beide Gesellschaften, HUB31 und cesah, werden wir weiter stärken. Sie schaffen die Grundlage für eine stete Erneuerung des Wirtschaftslebens in Darmstadt und damit für eine langfristige Zukunftsfähigkeit unserer Wirtschaftscluster.

- Da Frauen bei der Gründung von Unternehmen nach wie vor unterrepräsentiert sind, setzen wir einen Förderfonds auf, um weiblich geführte Start-ups finanziell zu unterstützen.
- Wir wollen Kapitalgeber*innen, Investor*innen und junge Unternehmer*innen in Darmstadt noch intensiver zusammenbringen. Ein Förderprogramm soll dabei finanzielle Komponenten umfassen, aber auch Plattform und Netzwerk zum Austausch untereinander sowie mit Politik und Verwaltung sein.

Darüber hinaus schaffen wir weitere Grundlagen, die noch wesentlich früher ansetzen:

- Im **MINT-Zentrum Darmstadt** wird in Zukunft bei Schüler*innen bereits vor der Berufs- oder Studienentscheidung das Interesse für Natur- und Ingenieurwissenschaften geweckt. Sie können auf diesem Weg vielleicht später einmal mitwirken, Strategien im Umgang mit dem Klimawandel zu entwickeln.

Genauso wie wir bereits heute mit der Stadtverwaltung und insbesondere der Stadtwirtschaft in kleine Forschungsprojekte und große Forschungsverbünde wie das **DELTA – Reallabor der Energiewende** einsteigen, um als Wissenschaftsstadt den gesellschaftlichen Transformationsprozess mitzugestalten und für die Menschen in Darmstadt einen optimalen Nutzen zu erzielen.

- Zusätzlich zum Delta-Projekt werden Fördermöglichkeiten sondiert, die im Rahmen der nationalen Wasserstoff-Strategie für den Einsatz grünen Wasserstoffs in Industrie und Gewerbe sowie für Infrastruktur (z.B. Wasserstoff-Tankstellen) vom Bund zur Verfügung gestellt werden.

Im Kernbereich der Stadtentwicklung hat die **bauverein AG** einen Weg eingeschlagen, der zeitgemäßen Neubau, energetische, bauhistorisch verantwortliche und sozial verträgliche Sanierung und zugleich die Erhöhung des Bestands an gefördertem Wohnraum im Dreieck der Nachhaltigkeit verbindet.

- Wir werden unser Wohnungsunternehmen bauverein AG weiter unterstützen und stärken.
- Zugleich leistet die bauverein AG mit ihrer Tochter **BVD New Living GmbH & Co. KG** sehr wichtige Beiträge in der Entwicklung der neuen Quartiere Lincoln Siedlung und Ludwigshöviertel. Diese Kompetenz werden wir weiter ausbauen. Sie soll auch bei zukünftigen Vorhaben wirksam werden.
- Die **Darmstädter Stadtentwicklungs GmbH & Co. KG (DSE)** wird auch weiterhin zentrale Infrastrukturen, Schulen und Kindergärten verlässlich, bedarfsgenau und nach hohen kommunalen Standards errichten.

Dieser Pfad, eigene Baukompetenz zur Anwendung zu bringen, wo dies notwendig und richtig erscheint, ist ein wichtiger Baustein kommunaler Handlungsfähigkeit, den wir keinesfalls aus der Hand geben werden.

Nachhaltige Wirtschafts- und Stadtentwicklung fördern – Robuste Strukturen stärken, Impulse für die Zukunft setzen

Aus dem industriellen Strukturwandel der 1990er-Jahre heraus ist es unter dem Leitbild Wissenschaftsstadt erfolgreich gelungen, krisenfeste Strukturen in der Wirtschaft zu stärken und zu fördern, die Wohlstand und sozialen Frieden in unserer Stadt sichern. Allein in den 2010er-Jahren konnten fast 20.000 neue

Arbeitsplätze in Darmstadt hinzugewonnen werden. Die etablierten Cluster Chemie/Pharma/Biotech, Maschinenbau/Elektrotechnik, IT, Weltraum-/Satellitentechnik und Kosmetik stehen zusammen mit dem lokal basierten Handwerk, Handel und Dienstleistungssektor für ein stabiles, gut aufgestelltes Wirtschaftsleben, das an vielen Stellen mit Forschung und Entwicklung eng verbunden ist. Ein besonderes Merkmal von Darmstadt ist es dabei, einen robusten, sogar wachsenden produzierenden Kern vorweisen zu können, der zahlreiche Arbeitsplätze in der Fertigung bietet und damit einen hohen, auch sozialpolitischen Wert darstellt.

Dies wissen wir zu schätzen und bekennen uns zu einer vertrauensvollen Zusammenarbeit mit den Unternehmen vor Ort und ihren Verbänden. Wir sind uns vollkommen bewusst, dass solche Strukturen nicht einfach gegeben sind, sondern der kontinuierlichen Pflege und Weiterentwicklung bedürfen – auch hinsichtlich der Bereitstellung von Flächen zum Aus- und Umbau sowie zur maßvollen Neuansiedelung von Firmen. Daran werden wir arbeiten, genauso wie wir es uns zum Ziel setzen, bestehende Gewerbequartiere, wo dies notwendig ist, städtebaulich und grünplanerisch zu qualifizieren sowie effiziente Flächennutzung wie die Stapelung von Funktionen, die Rückkehr von Industrie 4.0.-Produktion ins Geschoss und, soweit verträglich, lebendigere Mischungen zu begünstigen. Die Standortanforderungen der Wirtschaft sind divers. Dem wollen wir mit vielfältigen und differenzierten Angeboten an die Unternehmen begegnen können. In jüngerer Zeit wurden mit massiver Unterstützung der Stadt durch die Ansiedlung von Alnatura und Akasol Leuchtturmprojekte der ökologisch orientierten Wirtschaft mit europäischer Strahlkraft realisiert. Zusammen mit der Entega AG als Schlüsselakteurin der regenerativen Energieversorgung und weiteren Unternehmen vor Ort kristallisiert sich hier mehr und mehr ein vielversprechendes Nachhaltigkeitscluster heraus, das wir weiter ausbauen. Dies gilt genauso für die Gründungsförderung. Darmstadt ist auf dem Weg, in Kooperation von Stadt, IHK, Hochschulen und innovationsorientierten Unternehmen zu einem der führenden Start-up-Standorte zu werden. Dies werten wir als Gestaltungsauftrag und verstehen Investitionen in diesem Arbeitsfeld als kommunale Zukunftssicherung.

Nachhaltige Wirtschafts- und Stadtentwicklung fördern

- Wir werden der regionalen Wirtschaft und Investor*innen weiterhin ein attraktives Umfeld bieten und dazu die notwendige Infrastruktur unter Berücksichtigung der Kriterien von Ressourcenschonung, Klimaschutz und Biodiversität ausbauen und gestalten.
- Wir werden Maßnahmen zur Müllvermeidung im lokalen Einzelhandel durch ein gemeinsames Pfandsystem für Transportbehältnisse, wie den Faircup-Becher, weiter fördern. Darüber hinaus werden wir die Einführung einer kommunalen Verpackungssteuer beispielsweise zur Finanzierung von Mehrwegsystemen prüfen.
- Unternehmen mit Wertstoffkreislauf, Repaircafés und „Unverpackt“-Läden, die durch ihr Angebot (Verpackungs-)Müll auf nahezu Null reduzieren und wiederverwertbare Produkte des täglichen Gebrauchs anbieten, unterstützen wir.
- Wir machen uns für Investitionsmodelle für Klimaschutz, wie zum Beispiel Energie-Genossenschaften, Mieterstrommodelle oder Klimaschutzfonds, und für Energieberatung stark. Konkrete Umsetzung findet dies bereits in Initiativen wie der „Effizienzklasse“, einem gemeinsamen Beratungsunternehmen von ENTEGA und Handwerkskammer, oder der bauTega GmbH, einer Kooperation von ENTEGA und bauverein AG.
- SoLaWi-Initiativen, das heißt, solidarische Landwirtschaft, genossenschaftlich in Kooperation mit der regionalen Landwirtschaft organisiert, regional und saisonal ausgerichtet, unterstützen wir. Dies gilt genauso für weitere zivilgesellschaftliche Initiativen, die lokal und regional auf die Stärkung der

Dreiheit Bio – Regio – Fair abzielen oder dies in Zukunft tun werden.

Ausdrücklich begrüßen wir hierbei den Ansatz der Ökomodell-Region Hessen-Süd, Themen des ökologischen Anbaus, der Verarbeitung und des Vertriebs nicht an kommunalen Grenzen enden zu lassen, sondern regional vernetzt zu arbeiten.

- Wir setzen uns bei den Unternehmen der Stadtwirtschaft für die Weiterentwicklung der Berichterstattung über ihr verantwortliches sozial-ökologisches Handeln ein. Dabei sollen insbesondere die Auswirkungen ihrer wirtschaftlichen Aktivitäten im Hinblick auf eine ökologisch und ökonomisch nachhaltige Entwicklung, soziale Gerechtigkeit und demokratische Werte (z.B. Bürgerbeteiligung, Solidarität und Menschenwürde) Berücksichtigung finden.

Darmstadt ist eine Stadt der europäischen Raumfahrt. Das **ESOC** ist gemeinsam mit seiner Schwesterorganisation **EUMETSAT** ein Highlight der lokalen Wissenschaftslandschaft. Darauf können wir zu Recht stolz sein. Technologische Impulse, enorme regionalwirtschaftliche wie internationale Werbeeffekte werden dadurch generiert. Wir wollen mitwirken, dies auszubauen und noch besser für Stadt und Region zu nutzen.

- Der Idee eines Besucherzentrums beim ESOC stehen wir positiv gegenüber und sind bereit, uns zusammen mit der Landes- und Bundesregierung für seine Verwirklichung einzusetzen.

Die Corona-Pandemie hat den Städtetourismus und Geschäftsreisen nach Darmstadt, wie überall sonst auch, zum Erliegen gebracht und Hotellerie, Gastronomie ebenso wie Kultur und Handel, die von Gästen profitieren, einen schweren Schlag versetzt. Noch ist nicht absehbar, wann und ob (besonders bei Geschäftsreisen) der Stand vor der Krise wieder erreicht werden wird. Wir stehen in dieser Situation an der Seite der Betroffenen und wollen den Neuanfang zugleich für neue Impulse nutzen.

- Wir werden deshalb, sobald dies werblich sinnvoll ist und auf fruchtbaren Boden fallen kann, eine Marketing-Kampagne zur Wiederbelebung des Städte- und Tagestourismus starten. Die **Darmstadt Marketing GmbH** wird dabei in Zusammenarbeit mit den lokalen Akteur*innen die Chancen, die sich aus der Welterbebewerbung Mathildenhöhe ergeben, in den Mittelpunkt stellen und die Vorteile Darmstadts als der Größe nach mittlerem, jedoch umso vielfältigerem Städtereiseziel herausarbeiten.
- Auch den Neustart des Einzelhandels werden wir unterstützen. Im Verbund von **Darmstadt Citymarketing e.V.** werden wir zusammen mit den Geschäftsleuten eine Strategie erarbeiten, um die Innenstadt und die Stadtteile Darmstadts lokal und regional zu bewerben. Für beide Maßnahmen beabsichtigen wir, im städtischen Haushalt entsprechende Mittel bereitzustellen.

Auch das **darmstadtium** und die **Centralstation** sind durch die Corona-Krise unverschuldet durch eine schwere Zeit gegangen. Zugleich haben sie vorbildlich an deren Bewältigung mitgewirkt. Das darmstadtium hat dabei seinem Alleinstellungsmerkmal als nachhaltige Kongressstätte besondere Kompetenzen und Erfahrungen für hybride Veranstaltungsformate hinzugefügt. Dies ist eine gute Basis für die Zukunft.

- Wir werden den Neustart der Kultur und des Kongresswesens anschieben und unterstützen. So werden die beiden Teilgesellschaften, darmstadtium und Centralstation, auf den exzellenten Weg zurückfinden, den sie vor der Pandemie eingeschlagen hatten.

Die Darmstädter Stadtteile und Quartiere pflegen ihre eigenen Persönlichkeiten und Identitäten. Das ist gut so. Zusammen prägen sie die Vielfalt und den Charme von Darmstadt als exzellentem Ort zum Leben und Arbeiten. Mit der konsequenten Realisierung des Einzelhandels- und Zentrenkonzepts und der Neuansiedlung von Versorgern stärken wir wohnstandortnahe Einkaufsmöglichkeiten, fördern die Umsetzung der ökologischen Mobilitätswende, indem Autofahrten verzichtbar werden, und tragen nicht zuletzt dazu bei, die Stadtteilzentren als traditionelle Treffpunkte und Plätze des sozialen Austauschs zu sichern. Wirtschaftsförderung und Stadtentwicklung gehen hierbei Hand in Hand. Dies gilt auch für die Weiterentwicklung der Gewerbegebiete und die Frage der Bereitstellung neuer Flächen in den Stadtteilen. (siehe auch Kapitel Stadtentwicklung)

- Unser Ziel ist es, die Nähe von Wohnen und Arbeiten überall in Darmstadt voranzubringen.

Die Stadt als Arbeitgeberin

- Die Stadt soll auch in Zukunft ihrer Verantwortung als Arbeitgeberin gerecht werden, flexible und hybride Arbeitszeitmodelle ermöglichen, Vielfalt stärken und Diskriminierung verhindern, Führungspositionen gendergerecht besetzen und kontinuierlich Qualifizierungsangebote schaffen. Durch diese und andere Maßnahmen (wie beispielsweise das Jobticket) und eine zielgerichtete Personalentwicklung stellen wir die Attraktivität der Stadt als Arbeitgeberin sicher.

Zukunftsorientierte Planung und Gestaltung von Gewerbeflächen

- Wir werden das Gewerbeflächenmanagement inklusive Maßnahmen zur Bodenbevorratung der Stadt aktiv und zukunftsgerichtet ausbauen.

Um unsere Stadt mit Maß und Verstand weiterzuentwickeln, ist es notwendig, Denk- und in der Folge mögliche Handlungsoptionen offen zu halten. Dabei geht es nicht darum, einseitig für bestimmte Nutzungen zu planen, sondern das Zusammenwirken von Arbeiten, Wohnen, ökologischer Mobilität und Versorgung kombiniert mit Fragen der Grün- und Naturraumentwicklung für den einzelnen Stadtteil genauso wie für die Gesamtstadt vernetzt im Blick zu haben.

- Deshalb führen wir ergebnisoffen eine fundierte Überprüfung – eine sogenannte Vorbereitende Untersuchungen – der Entwicklungsmöglichkeiten im Umfeld von Wixhausen und Arheilgen durch. Sie wird in einem mehrjährig angelegten, von Beteiligung begleiteten Prozess Gutachten zu allen relevanten naturschutzrechtlichen und planerischen Fragestellungen beinhalten – Fragen, die auch die Menschen in den benachbarten Stadtteilen bewegen.

Integraler Teil der Überlegungen ist dabei nicht nur ein ÖPNV-Depot als Solitär, sondern die Straßenbahnanbindung von Wixhausen, um den Stadtteil zusammen mit dem Radschnellweg Darmstadt – Frankfurt und der bestehenden S-Bahn-Anbindung zu einer von der ökologischen Mobilitätswende bevorzugten Ortslage zu machen. Dafür lassen wir eine gesonderte Machbarkeitsstudie durchführen.

- Mögliche neue Flächen für Unternehmen werden wir als Gewerbegebiet der Zukunft entwickeln – mit hoher Aufenthaltsqualität, Durchgrünung, Biodiversität und Attraktivität für Arbeitende und Besucher*innen.
- Insgesamt werden neue Gewerbestandorte planungskonzeptionell nachhaltig und ökologisch mit hoher Qualität der öffentlichen Räume und Grünräume ausgerichtet sowie, wo möglich, mit einer attraktiven Funktionalität ausgestattet.
- Die Revitalisierung von Altstandorten zielt ebenfalls auf funktional vielfältige, städtebaulich verbesserte und stadträumlich gut vernetzte Strukturen ab. Innovativen Ideen wie der Stapelung von Nutzungen und der Rückkehr von Fertigung ins Geschoss mit Industrie 4.0-Lösungen stehen wir positiv gegenüber.
- Grundsätzlich soll das Flächenangebot für Gewerbeflächen durch Nutzung von Reserveflächen, Aufwertung, Effizienzsteigerung und Umnutzung bereits bebauter Flächen verbessert werden. Bevor für neue Flächen im Außenbereich Bebauungspläne entwickelt werden, wird ein Flächennachweis über die Innenentwicklungspotenziale (Gewerbeflächenpotenzialanalyse) erstellt, in dem die vorhandenen Flächenreserven im Innenbereich dargestellt sowie deren Verfügbarkeit und Entwicklungsfähigkeit aufgezeigt werden.
- Zugleich erkennen wir vollkommen an, dass wesentliche Teile von Industrie und Gewerbe weiterhin gut geschnittene Grundstücke in einem störungs- und behinderungsfreien Umfeld benötigen. Auch hier wollen wir ausreichend Angebote schaffen, um die urbane Dynamik insgesamt aufrechtzuerhalten – mit dem Ziel, langfristig Wohlstand und sozialen Frieden in der Stadtgesellschaft zu bewahren.
- Die Flächenpolitik der Stadt soll insbesondere auch Mittelstand und Handwerk gute Rahmenbedingungen bieten. Ansätzen, die den Begriff des Handwerkerhofs neu interpretieren und zeitgemäß umsetzen, stehen wir positiv gegenüber, wo diese betriebswirtschaftlich tragfähig sind.

Insgesamt gehen wir von einer zunehmenden Diversifizierung der unternehmerischen Standortanforderungen aus und wollen diesem Trend entsprechen. Er steht ebenso wie die Diversität von Lebensstilen für urbane Vielfalt und Widerstandsfähigkeit gegenüber Krisen.

12. Darmstadt weiter als Digitalstadt profilieren

Die Wissenschaftsstadt Darmstadt gilt bereits heute als eine der führenden Städte für Digitalisierung und Zukunftstechnologien in Deutschland. Dies wird durch wiederholte Auszeichnungen als Zukunftsstadt und durch die Top-Platzierungen bei nationalen Smart-City-Rankings unterstrichen. Eine wichtige Rolle spielt hierbei die Darmstädter Forschungslandschaft aus Universitäten und Instituten, von denen ein Schwerpunkt im Bereich Cyber-Sicherheit liegt und die sich in der Ansiedlung des nationalen Forschungszentrums für angewandte Cybersicherheit ATHENE widerspiegelt. Um auch in Zukunft Vorreiterin für Digitalisierung zu sein, entwickelt sich Darmstadt stetig weiter. 2021 wurde das neue Amt für IT und Digitalisierung etabliert, in dem die Aktivitäten rund um die interne Digitalisierung der Verwaltung forciert werden sollen.

Digitalstadt Darmstadt

Im Juni 2017 hat Darmstadt den Wettbewerb „Digitale Stadt“ des Branchenverbands Bitkom e.V. gewonnen. Daraufhin wurde 2018 offiziell der Ausbau Darmstadts zur digitalen Modellstadt, zur „Digitalstadt Darmstadt“, eingeleitet. Unter anderem mit der Gründung der Digitalstadt Darmstadt GmbH und dem bundesweit viel beachteten Ethik- und Technologiebeirat sind Strukturen geschaffen worden, die die zahlreichen Institutionen in Wissenschaft, Wirtschaft, Politik und Verwaltung miteinander vernetzen. Viele Digitalisierungsprojekte konnten dadurch vorangetrieben werden. Neben konkreten Verbesserungen zum Wohle der Darmstädter Bürger*innen beispielsweise in den Bereichen Smart Traffic und Smart Waste stellt die Vernetzung dutzender Akteur*innen einen großen Wert an sich dar. Besonders hervorzuheben sind die in 2019 beschlossenen „Ethischen Leitplanken für die Entwicklung Darmstadts zur Digitalstadt“, die bundesweit eine Vorreiterrolle einnehmen. 2020 hat sich Darmstadt erfolgreich beim Förderwettbewerb des Bundesministeriums für Inneres, Bau und Heimat (BMI) „Smart Cities made in Germany“ beworben und wird in den kommenden sieben Jahren den Prozess der Digitalstadt Darmstadt, insbesondere im Bereich der Klimaresilienz, fortschreiben.

- Wir werden die Digitalisierung auch weiterhin zum Wohle der Darmstädter Bürger*innen gestalten und unterstützen das Projekt „Digitalstadt Darmstadt“.
- Wir unterstützen weiterhin SmartCity-Projekte und Lösungen in Bereichen wie beispielsweise Smart Lighting und Smart Gardening.
- Darüber hinaus werden wir die Digitalstadt-Aktivitäten für die Bürger*innen durch eine virtuelle Präsentation zum Beispiel auf der Digitalstadt-Plattform sowie durch Veranstaltungen noch deutlicher sichtbar machen.
- Um den lokalen Einzelhandel gegenüber dem Online-Handel internationaler Konzerne zu stärken, werden wir das Projekt „Digitales Schaufenster“, das in Zusammenarbeit von Darmstadt Citymarketing e.V. und der Digitalstadt Darmstadt GmbH entstanden ist, weiter ausbauen. Es soll zum Beispiel um direkte Bestellfunktionen erweitert werden. Ideen und Feedback von Nutzer*innen und Ladeninhaber*innen werden dabei berücksichtigt.

Weitere Digitalisierung der Stadtverwaltung

- Wir werden für die Stadtverwaltung eine Digitalisierungsstrategie entwickeln, die auf Basis einer Bestandserhebung und Reifegradermittlung einen Ambitionsgrad für die Digitalisierung von

internen Abläufen, Amtsvorgängen für Bürger*innen, die Weiterentwicklung der technischen Infrastrukturen sowie die notwendigen personellen Entwicklungen darstellen wird.

- Über den Fortschritt der Digitalisierung in der Stadtverwaltung, insbesondere über die Angebote für die Bürger*innen, werden wir transparent im Sinne eines Projektfortschritts berichten.
- Auch die Digitalisierung der städtischen Arbeitsabläufe wollen wir vorantreiben. Der digitale Rechnungsworkflow soll um einen digitalen Bestellprozess erweitert werden, bei dem Beschaffungsvorgänge durch einen digitalen Warenkorb erleichtert werden.
- Durch die Digitalisierung von Verwaltungsprozessen soll eine transparente, zügige Erledigung der Anliegen der Bürger*innen ermöglicht werden. Dies beinhaltet auch die Option, Zahlungsvorgänge digital zu erledigen.
- Das digitale Antragsmanagement soll stetig erweitert und verbessert werden. Unser Ziel ist es, zu jedem Papierformular einen digitalen Zwilling zu schaffen und den damit verbundenen Prozess zu transformieren.
- Künftig soll jedem/jeder Bürger*in über das „Servicekonto Hessen“ ein Überblick über die bei der Stadt an verschiedenen Stellen gespeicherten Bescheide und hinterlegten Nachweise ermöglicht werden.

Teilhabe und Beteiligung von Bürger*innen

Teilhabeberechtigung ist für uns ein zentraler Grundwert. Wir wollen, dass sich jede*r Bürger*in am gesellschaftlichen Leben der Stadt beteiligen und über die Wahlen hinaus Einfluss auf politische Entscheidungen nehmen kann. Das Internet entwickelt sich immer mehr zum zentralen Medium, das den Zugang zu Arbeit, Bildung und Beteiligung an demokratischen Prozessen ermöglicht. Niemand darf aus finanziellen oder sozialen Gründen ausgeschlossen werden.

- Wir werden kostenlose Basiszugänge in Form von Internet-Terminals in öffentlichen Bibliotheken und kommunalen Gebäuden einrichten, die allen Bürger*innen zugänglich sind.
- Wir werden digitale Begegnungsräume, Plattformen sowie Bildungs- und Weiterbildungsangebote schaffen. Diese sollen insbesondere Menschen zur Verfügung stehen, die sich in einer schwierigen Lebenssituation befinden.
- Beim weiteren Ausbau der digitalen städtischen Infrastruktur achten wir auf Barrierefreiheit, sodass beispielsweise auch ältere Menschen diese problemlos nutzen können.
- Die Internationalisierung der Website darmstadt.de werden wir stärker in den Fokus rücken. Insbesondere die Beschreibungen von Dienstleistungen müssen auch in englischer Sprache abrufbar sein. (siehe auch Kapitel Darmstadt ist divers und international)
- Wir wollen die Beteiligungsmöglichkeiten bei der Digitalstadt Darmstadt GmbH ausbauen. Dafür soll auch die Website da-bei.darmstadt.de genutzt werden, denn unser Ziel ist es, alle Beteiligungsformate für Darmstädter Bürger*innen auf einer zentralen Plattform zu bündeln. Darüber hinaus soll das Stadtlabor der Digitalstadt Darmstadt GmbH zu einem Erlebnisort der Digitalisierung in Darmstadt werden.
- Bürgerbefragungen sollen zukünftig auch digital durchgeführt werden.
- Der Darmstädter Mängelmelder wird ausgebaut. Ziel ist es, noch mehr Kategorien abzudecken und der Bürgerschaft Kenntnis über den Status der Mängelbeseitigung zu gewähren, beispielsweise durch eine Art Zeitstempel „Zuletzt bearbeitet am ...“.

- Wir werden die Arbeit der Stadtverordnetenversammlung und insbesondere die dort geführten Diskussionen durch die Einführung eines Sitzungs-TVs zugänglicher machen.
- Die verschiedenen Darmstädter Apps („Darmstadt im Herzen“, Darmstadt App) wollen wir zusammenführen und um Verwaltungsdienstleistungen und weitere Dienstleistungen der Stadtwirtschaft für Darmstädter Bürger*innen und Bürgerbeteiligung erweitern. Auch die digitale Vernetzung innerhalb der Bürgerschaft soll als Funktion aufgenommen werden (z.B. zur Schaffung von Nachbarschaftsnetzwerken). Die Einrichtung einer zentralen „Dienstleistungs-App“ für Anliegen und Beteiligung der Bürger*innen werden wir prüfen.

Digitale Infrastruktur

- Den Ausbau des WiFi Darmstadt werden wir kontinuierlich fortsetzen.
- Unser Ziel ist es, dass alle Schulen und Jugendzentren über freies WLAN verfügen und eine Glasfaserverkabelung vorhanden ist.
- Darmstadt und Südhessen sind auf dem Weg, 5G-Modellregion der Bundesregierung für Anwendungsfälle im Bereich der Digitalmedizin und Notfallvorsorge im ÖPNV zu werden. Dies werden wir aufgreifen und Anwendungen unterstützen, die die Vorteile von 5G hinsichtlich Übertragungsgeschwindigkeit, Bandbreite und Netzstabilität nutzen, um zum Beispiel ökologisch sinnvolle Mobilitätsangebote zu machen, einen besseren Verkehrsfluss zu garantieren, den Katastrophenschutz zu stärken, urbane Logistiklösungen voranzubringen oder effiziente Lösungen auf dem Gebiet des Internets der Dinge (IoT) und von Industrie 4.0 einzurichten.
- Genauso nehmen wir aber auch Ängste und Sorgen von Teilen der Bevölkerung hinsichtlich der Auswirkungen von Mobilfunkstrahlung ernst. Wir sehen hier ebenfalls Forschungsbedarf und bauen auf eine faktenbasierte und seriöse Auseinandersetzung mit der Thematik. Wir werden deshalb weiterhin auf Aufklärung, Information und Transparenz im Dialog mit der Bürgerschaft setzen und, wo uns dies möglich ist, wissenschaftliche Studien unterstützen, die sich der Fragestellungen annehmen.

Schutz der Privatsphäre und IT-Sicherheit

IT-Sicherheit und das Recht auf Privatheit sind Grundvoraussetzungen zur Entwicklung einer digitalen Gesellschaft. Ein hohes Datensicherheitsniveau schützt Bürger*innen, Kund*innen, Einrichtungen der öffentlichen Hand und Unternehmen gleichermaßen.

- Wir werden den Ausbau einer sicheren IT-Infrastruktur stärken und die in Darmstadt ansässigen Institutionen dabei einbinden. Der Einsatz von freier und offener Software soll geprüft und Verschlüsselungen bei allen digitalen Datenübertragungen gewährleistet werden.
- Für uns ist Open Source auf dem Weg zu mehr Datensouveränität ein wichtiger Schritt. Wir werden uns nach dem Motto „Public money, public code“ stärker mit dem Einsatz von freier und quelloffener Software in der Verwaltung auseinandersetzen. Hierfür soll eine Arbeitsgruppe eingerichtet werden, die die Verwendung von Open Source in der Stadtverwaltung prüft und Handlungsempfehlungen erarbeitet.
- Wir werden die Beratungsangebote zum Thema Datenschutz und Datensicherheit für die Darmstädter Bürger*innen und Betriebe ausbauen und über die Digitalstadt Darmstadt GmbH das Netzwerk für Beratungsangebote stärken.

Informationsfreiheit und Transparenz

In der Öffnung der städtischen Informations- und Datenbestände und des damit vorhandenen Wissens der Verwaltung liegen gleichermaßen bürgerrechtliche Partizipations- sowie erhebliche wirtschaftliche Wertschöpfungspotenziale. Deshalb wollen wir umfassende Maßnahmen für Informationsfreiheit, Open Government, Open Access und Open Science etablieren.

- Wir werden die Zugänglichkeit von öffentlichen Informationen erleichtern und eine proaktive Bereitstellung durch die Stadtverwaltung vorantreiben.
- Wir bekennen uns zur Fortführung und konsequenten Umsetzung der begonnen Open-Data-Strategie, damit in Zukunft Verwaltung, Bürger*innen und auch die Forschung von öffentlichen Daten der Stadt profitieren können. Der Aufwand muss dabei stets in einem angemessenen Verhältnis zum Informationsgehalt stehen. Wir achten zudem darauf, dass keine Persönlichkeitsrechte verletzt werden oder objektive Sicherheitsrisiken vorhanden sind. Veröffentlichte Daten sollen vollständig und aus sich heraus nachvollziehbar sein.
- Darmstadt hat sich als eine der ersten Städte eine Open-Data-Strategie gegeben und ist nationale Vorreiterin beim Thema Datenplattform. Diese Ausgangsposition werden wir, auch durch Schaffung von Personalkapazitäten, konsequent nutzen und die offene Zurverfügungstellung möglichst umfassender Datensätze für die Öffentlichkeit umsetzen – jedoch immer auch mit kritischem Blick auf den Schutz personengebundener Daten und ethisch heikle Folgewirkungen. Dabei wollen wir insbesondere die Visualisierung und grafische Aufbereitung von Daten ausbauen. Sie ist ein Schlüssel zum Verständlichmachen abstrakter Statistiken und schafft damit unmittelbaren Bürgernutzen.
- Wir werden eine Informationsfreiheitsatzung für die Wissenschaftsstadt Darmstadt erarbeiten und verständliche, handhabbare und weitreichende Transparenzregeln einführen.
- Software als Teil der öffentlichen Infrastruktur soll nach Möglichkeit unter der Kontrolle der Stadt stehen. Deshalb werden wir dafür sorgen, dass bei städtischen Ausschreibungen für Software-Anschaffungen beziehungsweise Anschaffungen, bei denen Software ein Teilaspekt ist, das Recht zur Bearbeitung und Weiterentwicklung zur Voraussetzung gemacht wird, wo immer dies technisch umsetzbar ist.
- Wir werden die Transparenz hinsichtlich aktueller Stadtprojekte und Strategien besonders im Bereich Klimaschutz fördern, indem wir auf einer Online-Plattform Maßnahmen mit Leistungskennzahlen veröffentlichen. Damit wird gezeigt, inwieweit sich die Stadt in Bezug auf Projekt- und Zeitziele sowie der Finanzierung im definierten Rahmen befindet. Es soll zum Beispiel einen Fortschrittsbericht mit stetig aktualisierter CO₂-Bilanz geben, kombiniert mit einer Übersicht aller städtischen Aktivitäten zu Klimaschutz und Klimaanpassung.

Wirtschaftsförderung

Darmstadt ist „Digitalstadt“ und damit beispielhaft dafür, wie mit neuen Technologien der Alltag der Bürger*innen, die Arbeit der Wirtschaft und die Vernetzung der Wissenschaft erleichtert werden können. Unternehmen, Forschungs- und Bildungseinrichtungen wird eine verlässliche und moderne IT-Infrastruktur geboten. Dem Handel wird der Zugang zu lokalen Handels- und Dienstleistungsangeboten auch digital ermöglicht. Lieferlogistik kann über die Projekte der Digitalstadt effizienter gestaltet werden. Ziel ist es, die

Wettbewerbsfähigkeit der Darmstädter Wirtschaft mit digitalen Produktionsprozessen langfristig zu sichern und damit auch die Qualität als Wirtschaftsstandort zu steigern. Dabei wollen wir ein besonderes Augenmerk auf die Bedürfnisse kleiner und mittelständischer Unternehmen legen.

- Wir fördern die Aktivierung von Räumen für die Digital- und Informationswirtschaft.
- Gemeinsam mit der Wirtschaft werden wir Beratungsangebote zum Homeoffice schaffen.
- Das Konzept der Digitalstadt soll verstärkt als Plattform für regionale und nachhaltige Angebote („Unverpackt“-Läden, Car- und Lastenrad-Sharing, Biomärkte, etc.) nutzbar gemacht werden.
- Wir werden die Chancen der Digitalisierung auch für die Vermarktung regionaler Lebensmittel nutzen. Hierfür werden wir prüfen, inwieweit das erfolgreiche Münchner Online-Wochenmarkt-Konzept auf Darmstadt übertragbar ist. Unser Ziel ist eine Online-Lebensmittel-Plattform, auf der die Waren der regionalen Erzeuger*innen einfach bestellt werden können. Die Auslieferung soll über Kurierdienste wie beispielsweise LieferradDa erfolgen.

Forschung unterstützen

- Wir werden allen Forschungseinrichtungen Zugang zu Infrastruktur und Werkzeugen der Datenplattform der Digitalstadt Darmstadt GmbH ermöglichen. Wir werden darüber hinaus prüfen lassen, inwieweit Forschungsinstitute und Unternehmen auch Daten für die Datenplattform zur Verfügung stellen könnten.

Digitalisierung und Kultur

Die fortschreitende Digitalisierung der Gesellschaft stellt nicht nur einen technologischen Umbruch dar, mit ihr geht ein Wandel einher, der unser gesamtes Leben und Miteinander durchdringt. Dieser Prozess darf nicht allein Technikexpert*innen überlassen werden. Darmstadt ist eine Stadt sowohl mit starker IT-Branche als auch mit großer Kulturtradition. Wir wollen beide noch weiter miteinander vernetzen.

- Wir setzen uns für eine Förderung von Kunstprojekten durch IT-Know-how und die Verwendung von Virtual Reality/Augmented Reality-Technologien ein, wie zum Beispiel eine virtuelle 3D-Visualisierung eines Mathildenhöhenrundgangs. Ein besonderer Fokus soll dabei auf der Digitalisierung des Stadtarchivs und der Darmstädter Kunstsammlung liegen.
- Die Arbeit des Vereins „Kultur einer Digitalstadt“ (KeD), der sich zu einem wichtigen Akteur hinsichtlich der breiten Vernetzung der Darmstädter Kulturszene entwickelt hat, wird von uns in den nächsten Jahren eine adäquate Förderung erhalten.
- Wir fördern auch diejenigen Akteure, die uns für die Entwicklung einer digitalen Schnittstelle zur besseren Abstimmung der Kulturarbeit in Darmstadt als Partner zur Seite stehen, wie zum Beispiel Kulturkataster KeD, Staatstheater Darmstadt und DIESE Studio.
- Die Entwicklung eines „digitalen Kulturführers“ wird angestrebt.

Erneuerbare Energien sowie Nachhaltigkeit in der IT – Green IT

Digitale Techniken sind für die Energiewende unabdingbar. Erst durch sie werden die notwendigen Steuerungsmechanismen bereitgestellt, um erneuerbare Energien oder Wasser effizient und nachhaltig zu nutzen. Auch in diesem Segment gibt es in Darmstadt führende Wissenschaftler*innen. Ein Beispiel ist das Projekt DELTA der Technischen Universität Darmstadt zur Digitalisierung im Bereich der erneuerbaren

Energien. Ziel dabei ist es, verschiedene Quartierstypen – von Industrie über Gewerbe und Bildung bis hin zum Wohnen – mit Netzinfrastrukturen in den Sektoren Strom, Wärme, Gas, Kommunikation und Verkehr zu verknüpfen. Beim hochdotierten Bundeswettbewerb „Reallabore der Energiewende“ wurde DELTA als einziges Projekt in Hessen ausgezeichnet.

- Wir werden das Projekt DELTA in der Außendarstellung der Wissenschaftsstadt Darmstadt verankern. Dabei werden wir es von städtischer Seite unterstützen – beispielsweise durch die Gründung eines Kompetenzzentrums „Digitalisierung für erneuerbare Energien“.
- Für die städtische IT-Infrastruktur und genutzte Dienste werden wir sicherstellen, dass ausschließlich Strom aus erneuerbaren Energien verwendet wird. Wo das nicht möglich ist, sind durch Zahlungen an Klimaprojekte die klimatischen Auswirkungen zu kompensieren.
- Technologien mit nachhaltigen digitalen Geschäftsmodellen sowie nachhaltiger Hard- und Software wollen wir unterstützen.
- Wir fördern digitale Innovationen für den Klimaschutz.
- Der immense Energiebedarf der IT-Infrastruktur, insbesondere des Streamings, erfordert eine Analyse und Strategien zur Reduktion der Energieverbräuche.
- Um den Prozess der CO₂-Neutralität bis 2035 für die Bürger*innen transparent zu machen, werden wir prüfen, wie ein kontinuierliches öffentliches Monitoring des CO₂-Ausstoßes der Stadt, der Stadtwirtschaft und der Bürger*innen mit vertretbarem Aufwand möglich ist und dies gegebenenfalls schnellstmöglich umsetzen.
- Wir werden, wo möglich, Künstliche Intelligenz zum Einsatz bringen, um den Energieverbrauch in öffentlichen Gebäuden zu steuern, Einsparungen zu erzielen und die Effizienz zu steigern.

Bildung und Weiterbildung

Der Zugang zu Bildung, ganz gleich ob analog oder digital, ist essenzielle Grundvoraussetzung für die Stabilität unseres Gemeinwesens und für den Wohlstand der Stadt. Daher ist es notwendig, digitale und analoge Bildung allen Kindern und Jugendlichen in gleichem Maß zu ermöglichen. Auch der Zugang zu digitalen Bildungsangeboten darf nicht von den finanziellen Möglichkeiten der Eltern abhängig sein. Neben der digitalen Infrastruktur werden wir vor allem einen wesentlichen Akzent auf die Medienkompetenz und auf medienpädagogische Angebote setzen. Wir wollen, dass alle Schulkinder, Eltern und Erziehungsverantwortlichen sowie das pädagogische Fachpersonal auf dem Weg in die digitale Transformation abgeholt und gut begleitet werden.

- Wir schaffen weiterhin Bildungsangebote, die über alle Aspekte des Internets und der digitalen Kommunikation informieren. Darüber hinaus sollen Fort- und Weiterbildungen für Schüler*innen, Eltern und Lehrer*innen angeboten werden, um die Digitalisierung an den Schulen voranzubringen.
- Wir werden das Medienzentrum stärken und dessen Arbeit weiter in der Stadtgesellschaft publik machen.
- Das Haus der digitalen Medienbildung und die Kooperationsprojekte mit dem Institut für Medienpädagogik und Kommunikation (MUK), wie zum Beispiel das Mediendiplom, werden wir absichern.
- Als Herzstück des mit dem Klimaschutzbeirat erarbeiteten Konzepts wird bis Ende 2022 eine webbasierte Plattform mit Tipps, Ratschlägen und Hintergrundinformationen zur CO₂-Reduktion für alle Bürger*innen erstellt.

Digitalmedizin und eHealth

Digitale Technologien haben große Potenziale zur Bewältigung aktueller Herausforderungen in der Medizin und im Gesundheitswesen. Ansätze von Künstlicher Intelligenz in der Unterstützung bildgebender Diagnostik und neuartiger pharmazeutischer Wirkstoffe, ärztliche Sprechstunden unter Verwendung von Videotelefonie oder auch der Einsatz digitaler Patientenakten stellen nur einige der möglichen digitalen Anwendungsfelder dar.

- Wir werden eine IT-Infrastruktur in Darmstadt aufbauen, die eine verantwortungsvolle Verwendung der digitalen Patientenakte ermöglicht und die besten Standards der IT-Sicherheit und der ethischen Leitlinien beachtet. Das neue hessische Kompetenzzentrum für verantwortungsbewusste Digitalisierung, das 2019 an der Technischen Universität Darmstadt gegründet wurde, soll dabei einbezogen werden.
- Wir unterstützen die Gründung des Vereins „Kompetenzzentrum für digitale Medizin“. Damit sollen digitalmedizinische Anwendungen für den Datenaustausch etabliert und eine Vernetzung von Kliniken und Forschungseinrichtungen gefördert werden.
- Moderne Technologien und Programme können einen Beitrag dazu leisten, dass ältere Menschen in unserer Stadt länger und selbstständiger leben können. Wir planen deshalb den Ausbau von Beratungsangeboten und die Förderung des Einsatzes von digitalen Assistenztechnologien im häuslichen Umfeld (Ambient Assisted Living - AAL).
- Unter Einbindung in die telemedizinische Modellregion Odenwald soll die Kommunikation zwischen Krankenhäusern, Gesundheitsamt, niedergelassenen Ärzt*innen und Pflegeeinrichtungen mittels digitaler Schnittstellen in diagnostischen und therapeutischen Prozessen zum Wohl der Patient*innen verbessert werden.
- Wir tragen Sorge dafür, dass die Bürger*innen über digitale Medizin von der Kita bis zur Pflege informiert werden und beziehen die Selbsthilfegruppen im medizinischen Bereich in den öffentlichen Diskurs ein.

Bündnis 90/DIE GRÜNEN Darmstadt
Lauteschlägerstr. 38
64289 Darmstadt
Telefon 06151 - 61430
Telefax 06151 - 61401
kreisverband@gruene-darmstadt.de
www.gruene-darmstadt.de

CDU Darmstadt
Steubenplatz 12
64293 Darmstadt
Telefon 06151 - 17120
Telefax 06151 - 171219
info@cdu-darmstadt.de
www.cdu-darmstadt.de

Volt Darmstadt
Heidelberger Straße 14
64283 Darmstadt
darmstadt@voltdeutschland.org
www.voltdarmstadt.org